

No. 56795*

**Austria
and
Liechtenstein**

Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on cooperation in the field of taxation (with annex and Final Act). Vaduz, 29 January 2013

Entry into force: *1 January 2014, in accordance with article 52(1)*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 1 July 2021*

Note: *See also annex A, No. 56795.*

**No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

**Autriche
et
Liechtenstein**

Convention entre la République d'Autriche et la Principauté de Liechtenstein sur la coopération dans le domaine de la fiscalité (avec annexe et acte final). Vaduz, 29 janvier 2013

Entrée en vigueur : *1^{er} janvier 2014, conformément au paragraphe 1 de l'article 52*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : *Autriche,
1^{er} juillet 2021*

Note : *Voir aussi annexe A, No. 56795.*

**Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern

*Die Republik Österreich
und
das Fürstentum Liechtenstein,*

im Wunsch, die finanzpolitischen Beziehungen der beiden Staaten weiter zu festigen;
im Willen, die Zusammenarbeit im steuerlichen Bereich zu stärken und den gegenseitigen Wettbewerb zu fördern;
in Anbetracht der bereits bestehenden engen Zusammenarbeit im Bereich der Doppelbesteuerung,
sind wie folgt übereingekommen:

Teil 1 Allgemeines

Art. 1 Inhalt und Zweck

1. Mit diesem Abkommen soll durch bilaterale Zusammenarbeit der Vertragsstaaten die effektive Besteuerung der betroffenen Personen in der Republik Österreich sichergestellt werden.
2. Zu diesem Zweck vereinbaren die Vertragsstaaten eine bilaterale Zusammenarbeit, die im Kern folgende Elemente enthält:
 - a) Vermögenswerte bei einer liechtensteinischen Zahlstelle von in der Republik Österreich ansässigen betroffenen Personen werden auf der Grundlage dieses Abkommens nachversteuert;
 - b) auf Erträgen und Gewinnen aus Vermögenswerten bei einer liechtensteinischen Zahlstelle wird von in der Republik Österreich ansässigen betroffenen Personen nach den Regelungen dieses Abkommens eine abgeltende Steuer erhoben;
 - c) Vermögenswerte von in der Republik Österreich ansässigen betroffenen Personen, die von einer liechtensteinischen Zahlstelle verwaltet werden, unabhängig von ihrer Belegenheit in Liechtenstein oder im Ausland, sind von diesem Abkommen erfasst;
 - d) die Besteuerung von Zuwendungen an und von intransparenten Vermögensstrukturen wird geregelt;
 - e) Liechtenstein kann von der Republik Österreich nach Maßgabe dieses Abkommens die Einführung von Maßnahmen zur Sicherung der Besteuerung von in Liechtenstein ansässigen Personen verlangen in Bezug auf Kapitalerträge, die bei Zahlstellen in der Republik Österreich erzielt werden.
3. Ungeachtet sonstiger Bestimmungen findet dieses Abkommen keine Anwendung auf Erträge oder Gewinne, von denen in Anwendung des Abkommens vom 7. Dezember 2004 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Gemeinschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind (nachfolgend «Zinsbesteuerungsabkommen» genannt), ein Steuerrückbehalt erhoben worden ist oder eine freiwillige Offenlegung erfolgt. Teil 2 dieses Abkommens bleibt unberührt.
4. Ungeachtet sonstiger Bestimmungen bezieht sich mit Wirkung ab dem Datum der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen etwaiger Änderungen des Zinsbesteuerungsabkommens, einschließlich durch ein neues Abkommen, der Verweis auf das Zinsbesteuerungsabkommen in Absatz 3 auf das Abkommen in der entsprechend geänderten Fassung.

Art. 2 Begriffsbestimmungen

1. Für die Zwecke dieses Abkommens, soweit nichts anderes bestimmt ist,
 - a) bedeutet der Ausdruck «Vertragsstaat», je nach Zusammenhang, die Republik Österreich oder das Fürstentum Liechtenstein;
 - b) bedeutet «Republik Österreich» das Hoheitsgebiet der Republik Österreich;
 - c) bedeutet «Liechtenstein» das Fürstentum Liechtenstein und im geographischen Sinne verwendet das Hoheitsgebiet des Fürstentums Liechtenstein;
 - d) bedeutet der Ausdruck «zuständige Behörde»:
 - in der Republik Österreich der Bundesminister für Finanzen oder die von ihm bestimmte Behörde;
 - in Liechtenstein die Regierung des Fürstentums Liechtenstein oder deren Bevollmächtigte;
 - e) bedeutet der Ausdruck «liechtensteinische Zahlstelle»:
 - (i) Banken nach dem liechtensteinischen Bankengesetz und Wertpapierhändler;
 - (ii) in Liechtenstein ansässige natürliche und juristische Personen nach liechtensteinischem Recht, einschließlich Personengesellschaften und Betriebsstätten ausländischer Gesellschaften, die im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit regelmäßig Vermögenswerte von Dritten entgegennehmen, halten, anlegen, übertragen oder lediglich Erträge nach Artikel 18 Absatz 1 leisten oder absichern. Eingeschlossen sind nach dem Treuhändergesetz zugelassene natürliche und juristische Personen und Träger einer Bewilligung nach Artikel 180a PGR, sofern sie Mitglied des Verwaltungsorgans einer Vermögensstruktur sind.
- Für die Zwecke von Teil 3 dieses Abkommens werden Personen, die Dividenden oder Zinsen direkt an ihre Beteiligten oder Gläubiger zahlen, allein durch diesen Umstand nicht zur Zahlstelle, sofern die Summe der jährlich bezahlten Dividenden und Zinsen einen Betrag von 1 Million Schweizer Franken nicht übersteigt;
- f) bedeutet der Ausdruck «Vermögenswerte» das

- (i) bei liechtensteinischen Zahlstellen im Sinne des Buchstaben e Ziffer i auf Konten oder Depots verbuchte Vermögen oder
- (ii) von liechtensteinischen Zahlstellen im Sinne des Buchstaben e Ziffer ii verwaltete im In- oder Ausland belegene Vermögen nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g des liechtensteinischen Vermögensverwaltungsgesetzes, ausgenommen Vermögen, das auf
- österreichischen Konten oder Depots verbucht ist und dem Kapitalertragsteuerabzug unterlegen ist oder
 - Konten oder Depots verbucht ist, auf die das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt angewendet wird.
- Nicht als Vermögenswerte gelten Inhalte von Schrankfächern und Versicherungsverträge, die regulatorisch der liechtensteinischen Finanzmarktaufsicht unterstellt sind, ausgenommen Vermögenswerte, die von einer Lebensversicherungsgesellschaft für einen Versicherungsnehmer im Zusammenhang mit einem individualisiert verwalteten Vermögen in Verbindung mit einem minimalen Versicherungsschutz und Aus- oder Rückzahlungsbedingungen, die nicht auf Tod, Invalidität oder Krankheit beschränkt sind, gehalten werden (nachfolgend «Lebensversicherungsmantel» genannt);
- g) bedeutet der Ausdruck «Konto» oder «Depot» ein Konto oder ein Depot, auf dem Vermögenswerte nach Buchstabe f verbucht sind.
- h) bezieht sich im Falle einer Zahlstelle nach Buchstabe e Ziffer i der Ausdruck «betroffene Person» auf eine in der Republik Österreich ansässige natürliche Person, die:
- (i) als Vertragspartner einer liechtensteinischen Zahlstelle Konto- oder Depotinhaber sowie nutzungsberechtigte Person der entsprechenden Vermögenswerte ist; oder
 - (ii) nach den von einer liechtensteinischen Zahlstelle gestützt auf die geltenden liechtensteinischen Sorgfaltspflichten und unter Berücksichtigung sämtlicher bekannten Umstände getätigten Feststellungen als nutzungsberechtigte Person von Vermögenswerten gilt, die gehalten werden von:
 - einer Sitzgesellschaft (insbesondere juristischen Personen, Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Trusts, Treuhandunternehmen und ähnlichen Verbindungen, die kein Handels-, Fabrikations- oder anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben); oder
 - einer Lebensversicherungsgesellschaft im Zusammenhang mit einem Lebensversicherungsmantel; oder
 - einer anderen natürlichen Person über ein Konto oder Depot bei einer liechtensteinischen Zahlstelle.

Eine Sitzgesellschaft gilt ausnahmsweise als nutzungsberechtigte Person, wenn der Nachweis erbracht ist, dass sie nach dem Recht des Ortes ihrer Errichtung oder der tatsächlichen Verwaltung selbst effektiv besteuert wird oder nach dem österreichischen Recht als intransparent bezüglich ihres Einkommens gilt.

Eine in der Republik Österreich ansässige natürliche Person gilt nicht als betroffene Person hinsichtlich Vermögenswerte von Personenverbindungen, Vermögensseinheiten, Trusts oder Stiftungen, wenn keine feststehende wirtschaftliche Berechtigung an solchen Vermögenswerten besteht.

Die nutzungsberechtigte Person eines Lebensversicherungsmantels gilt nicht als betroffene Person, wenn die Versicherungsgesellschaft gegenüber der liechtensteinischen Zahlstelle darlegt, dass die steuerlichen Voraussetzungen für die Anerkennung der Lebensversicherungspolice in der Republik Österreich erfüllt sind.

Für die Zwecke von Teil 3 dieses Abkommens gilt eine natürliche Person nicht als betroffene Person, wenn sie:

- als liechtensteinische Zahlstelle handelt; oder
- im Auftrag einer juristischen Person, eines Investmentfonds oder eines vergleichbaren Investmentssystems handelt; oder
- im Auftrag einer anderen natürlichen Person handelt, welche die betroffene Person ist, und deren Identität und Wohnsitz der Zahlstelle mitteilt.

Liegen einer liechtensteinischen Zahlstelle Informationen vor, die den Schluss nahelegen, dass die natürliche Person, die Erträge nach Artikel 18 Absatz 1 vereinnahmt oder zu deren Gunsten solche Erträge vereinnahmt werden, nicht die betroffene Person ist, so unternimmt sie angemessene Schritte zur Feststellung der Identität der betroffenen Person. Kann die liechtensteinische Zahlstelle die betroffene Person nicht feststellen, so behandelt sie die fragliche natürliche Person als die betroffene Person.

In den Fällen der Gesamtrechtsnachfolge tritt der Rechtsnachfolger an die Stelle der betroffenen Person.

Ist zumindest eine betroffene Person an einer Kollektivbeziehung oder einem Gemeinschaftskonto beteiligt, so sind die Vermögenswerte der betroffenen Person zuzurechnen. Dies gilt nicht, wenn die liechtensteinische Zahlstelle sämtliche beteiligten Personen bestimmen kann. In diesem Fall ist eine Aufteilung der Vermögenswerte gemäß der Anzahl der Vertragspartner vorzunehmen («nach Köpfen») und die Abrechnung entsprechend auszugestalten, es sei denn, die liechtensteinische Zahlstelle ist über eine abweichende Berechtigungsquote informiert und dokumentiert sie entsprechend. Ist zumindest eine betroffene Person an einer Personengesellschaft beteiligt, gelten die Regelungen dieses Absatzes zu Kollektivbeziehung und Gemeinschaftskonto entsprechend;

- i) bezieht sich im Falle einer Zahlstelle nach Buchstabe e Ziffer ii der Ausdruck «betroffene Person» auf eine:
- (i) in der Republik Österreich ansässige natürliche Person, die an den Vermögenswerten einer transparenten Vermögensstruktur im Sinne Absatz 2 nutzungsberechtigt ist. Ist im verwalteten Vermögen eine qualifizierte Beteiligung an einer Sitzgesellschaft oder ein Lebensversicherungsmantel enthalten, ist unter Bedachtnahme auf Artikel 31 entsprechend Buchstabe h vorzugehen; ist zumindest eine betroffene Person am Vermögen einer transparenten Vermögensstruktur nutzungsberechtigt, so sind die Vermögenswerte der betroffenen Person zuzurechnen. Dies gilt nicht, wenn die liechtensteinische Zahlstelle sämtliche nutzungsberechtigte Personen bestimmen kann. In diesem Fall ist eine Aufteilung der Vermögenswerte gemäß der Anzahl der nutzungsberechtigten Personen vorzunehmen («nach Köpfen») und die Abrechnung entsprechend auszugestalten, es sei denn, die liechtensteinische Zahlstelle ist über eine abweichende Berechtigungsquote informiert und dokumentiert sie entsprechend; oder
 - (ii) in der Republik Österreich ansässige natürliche Person, die an eine intransparente Vermögensstruktur im Sinne des Buchstaben n Zuwendungen tätigt oder von dieser Zuwendungen erhält.

Für Zwecke der Artikel 33 und 34 bezieht sich der Ausdruck «betroffene Person» zudem auf eine in der Republik Österreich ansässige Körperschaft.

- j) bedeutet der Ausdruck «Kontoinhaber» oder «Depotinhaber» die Person, die in Bezug auf die Vermögenswerte einer betroffenen Person die Vertragspartei einer liechtensteinischen Zahlstelle gemäß Buchstabe e ist;
- k) bedeuten die Ausdrücke:
- «Stichtag 1» den 31. Dezember 2003;
 - «Stichtag 2» den 31. Dezember 2011;
 - «Stichtag 3» den letzten Tag des fünften Monats nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens;
 - «Stichtag 4» den letzten Tag des sechsten Monats nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens;

- l) bedeuten die Ausdrücke:
- «BAO» die österreichische Bundesabgabenordnung;
 - «EStG» das österreichische Einkommensteuergesetz 1988;
 - «VersStG» das österreichische Versicherungsteuergesetz 1953;
 - «VbVG» das österreichische Verbandsverantwortlichkeitsgesetz;
 - «FinStrG» das österreichische Finanzstrafgesetz;
 - «StiftEG» das österreichische Stiftungseingangssteuergesetz;
 - «StGB» das österreichische Strafgesetzbuch;
 - «StG» das liechtensteinische Steuergesetz;
 - «PGR» das liechtensteinische Personen- und Gesellschaftsrecht.

Soweit in diesem Abkommen auf eine Gesetzesbestimmung eines Vertragsstaates verwiesen wird, ist die im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens geltende Fassung maßgeblich.

- m) bedeutet der Ausdruck «Vermögensstrukturen» Stiftungen, stiftungsähnliche Anstalten und besondere Vermögenswidmungen mit oder ohne Persönlichkeit;
- n) bedeutet der Ausdruck «intransparente Vermögensstrukturen» in Liechtenstein verwaltete Vermögensstrukturen, die nach Maßgabe des Absatzes 2 als intransparent anzusehen sind;
- o) bedeutet der Ausdruck «Zuwendung» die unentgeltliche Vermögensübertragung in offener oder verdeckter Form unabhängig davon, aus welchen Gründen sie erfolgt.

Eine Zuwendung von einer intransparenten Vermögensstruktur liegt auch vor, wenn

- die Vermögensübertragung durch eine Bedingung oder Befristung auferlegt wurde,
- geldwerte Vorteile zugewendet werden (zB Nutzungsüberlassung von Immobilien),
- einer intransparenten Vermögensstruktur unentgeltlich Wirtschaftsgüter übertragen werden und diese dafür ihrerseits Vorteile zuwendet (zB gemischte Schenkung, Schenkung unter Auflage),
- Verbindlichkeiten von der intransparenten Vermögensstruktur übernommen werden.

2. Ungeachtet anderer Bestimmungen dieses Abkommens gilt Folgendes:

- a) In Liechtenstein verwaltete Vermögensstrukturen gelten für die Zwecke von Teil 2 dieses Abkommens stets als transparent bezüglich ihres Einkommens und Vermögens.
- b) In Liechtenstein verwaltete Vermögensstrukturen mit Persönlichkeit gelten für Zwecke von Teil 3 und Teil 4 dieses Abkommens als intransparent, wenn folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:
- Weder der Stifter noch ein Begünstigter oder eine diesen nahestehende Person sind Mitglied im Stiftungsrat oder in einem Gremium, dem Weisungsbefugnisse gegenüber dem Stiftungsrat zustehen;
 - Es besteht kein Abberufungsrecht des Stiftungsrats durch den Stifter, einen Begünstigten oder eine diesen nahestehende Person ohne wichtigen Grund;
 - Es besteht kein ausdrücklicher oder konkludenter Mandatsvertrag.

Diese Voraussetzungen gelten sinngemäß für sämtliche Vermögensstrukturen mit Persönlichkeit.

Art. 3 Identität und Ansässigkeit der betroffenen Person

1. Um die Identität und die Ansässigkeit der betroffenen Person zu ermitteln, registriert die Zahlstelle nach den geltenden liechtensteinischen Sorgfaltspflichten für die Aufnahme einer Geschäftsbeziehung deren Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Anschrift und Angaben zum Wohnsitz. Für vertragliche Beziehungen oder für Transaktionen bei Fehlen einer vertraglichen Beziehung, die beim oder nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingegangen oder durchgeführt wurden, wird der Wohnsitz für natürliche Personen mit einem von der Republik Österreich ausgestellten Reisepass oder Personalausweis, die geltend machen, in einem anderen Staat als in der Republik Österreich oder Liechtenstein ansässig zu sein, aufgrund einer Wohnsitzbescheinigung der zuständigen Steuerverwaltung des Staates bestimmt, als dessen Ansässiger sich die natürliche Person ausweist. Fehlt eine solche Bescheinigung, so gilt die Republik Österreich als Ansässigkeitsstaat.

2. Für Zwecke des Teils 2 dieses Abkommens ist der Wohnsitz am Stichtag 2 maßgebend. Der Wohnsitz bestimmt sich nach den Grundsätzen des Absatzes 1.

Teil 2 **Regelung zur Nachversteuerung von Vermögenswerten**

Art. 4 Information der betroffenen Person durch die liechtensteinische Zahlstelle

1. Liechtensteinische Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i informieren die Konto- und Depotinhaber und liechtensteinische Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer ii informieren die betroffenen Personen bis spätestens

zwei Monate nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens über den Inhalt dieses Abkommens und die daraus resultierenden Rechte und Pflichten der betroffenen Person.

2. Eröffnet eine betroffene Person zwischen dem Inkrafttreten dieses Abkommens und dem Stichtag 3 eine Geschäftsbeziehung bei oder mit einer liechtensteinischen Zahlstelle, so erfolgt die Information nach Absatz 1 zusammen mit einem Hinweis auf Artikel 7 bei Vertragsschluss.

Art. 5 Rechte und Pflichten der betroffenen Person

1. Eine betroffene Person, die am Stichtag 2 und beim Inkrafttreten dieses Abkommens bei derselben liechtensteinischen Zahlstelle gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer i ein Konto oder Depot unterhält, muss der liechtensteinischen Zahlstelle spätestens per Stichtag 3 schriftlich mitteilen, für welche der beim Inkrafttreten dieses Abkommens bestehenden Konten oder Depots die Nachversteuerung durch Einmalzahlung nach Artikel 8 erfolgen soll und für welche Konten oder Depots sie der liechtensteinischen Zahlstelle die Ermächtigung zur freiwilligen Meldung nach Artikel 10 gewährt. Für sämtliche Vermögenswerte, die von liechtensteinischen Zahlstellen gemäß Art. 2 Abs. 1 Buchstabe e Ziffer ii verwaltet werden, muss entweder die Nachversteuerung durch Einmalzahlung vorgenommen oder die Ermächtigung zur freiwilligen Meldung gewährt werden. Eine abgegebene Mitteilung ist ab Inkrafttreten dieses Abkommens unwiderruflich.

2. Entscheidet sich die betroffene Person zur Nachversteuerung durch Einmalzahlung nach Artikel 8, so stellt sie für die Begleichung der Einmalzahlung den erforderlichen Geldbetrag sicher.

3. Bei Konten oder Depots, bei denen die betroffene Person bis zum Stichtag 3 keine Mitteilung nach Absatz 1 abgibt, erfolgt die Nachversteuerung durch Einmalzahlung nach Artikel 8.

4. Ist der Konto- oder Depotinhaber mit der betroffenen Person nicht identisch, so ist die liechtensteinische Zahlstelle gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer i berechtigt, nach den Weisungen und Mitteilungen des Konto- oder Depotinhabers zu handeln.

Art. 6 Verhältnis zwischen Zahlstellen nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer i und ii

Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer ii sind bei betroffenen Personen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe i für die Durchführung der Verpflichtungen nach Teil 2 dieses Abkommens verantwortlich. Von liechtensteinischen Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer i erhobene Einmalzahlungen werden auf den Gesamtbetrag der Einmalzahlung angerechnet.

Art. 7 Aufnahme einer neuen Kundenbeziehung und Zahlstellenwechsel

1. Für Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer i gilt:

- a) Eine betroffene Person, die zwischen dem Stichtag 2 und dem Stichtag 3 in eine Kundenbeziehung zu einer liechtensteinischen Zahlstelle getreten ist, muss der liechtensteinischen Zahlstelle spätestens per Stichtag 4 schriftlich mitteilen, ob:
 - i) die eingebrachten Vermögenswerte am Stichtag 2 bei einer liechtensteinischen Zahlstelle verbucht waren; und
 - ii) die Kundenbeziehung zu dieser liechtensteinischen Zahlstelle beim Inkrafttreten dieses Abkommens weiterhin bestand.
- b) Waren die Vermögenswerte gemäß der Mitteilung nach Absatz 1 am Stichtag 2 bei einer liechtensteinischen Zahlstelle verbucht und besteht beim Inkrafttreten dieses Abkommens keine Kundenbeziehung der betroffenen Person zu dieser liechtensteinischen Zahlstelle mehr, so führt die neue liechtensteinische Zahlstelle Maßnahmen nach Teil 2 dieses Abkommens durch. Die früheren liechtensteinischen Zahlstellen sind zur Kooperation verpflichtet. Die betroffene Person muss spätestens per Stichtag 4:
 - i) die neue liechtensteinische Zahlstelle nach Artikel 5 Absatz 1 benachrichtigen; und
 - ii) die neue liechtensteinische Zahlstelle schriftlich ermächtigen, sämtliche notwendigen Informationen zur Durchführung der Nachversteuerung durch Einmalzahlung nach Artikel 8 oder zur freiwilligen Meldung nach Artikel 10, je nach Mitteilung nach Artikel 5 Absatz 1, bei der ehemaligen liechtensteinischen Zahlstelle anzufordern; und
 - iii) die ehemalige liechtensteinische Zahlstelle schriftlich ermächtigen, sämtliche notwendigen Informationen zur Durchführung der Nachversteuerung durch Einmalzahlung nach Artikel 8 oder zur freiwilligen Meldung nach Artikel 10 der neuen liechtensteinischen Zahlstelle auf Anfrage zu übermitteln.
- c) Waren die Vermögenswerte gemäß der Mitteilung nach Buchstabe a am Stichtag 2 bei einer liechtensteinischen Zahlstelle verbucht und bestand beim Inkrafttreten dieses Abkommens die Kundenbeziehung zu dieser liechtensteinischen Zahlstelle weiterhin, so führt die neue liechtensteinische Zahlstelle für die bei ihr verbuchten Vermögenswerte der betroffenen Person keine weiteren Maßnahmen nach Teil 2 dieses Abkommens durch.
- d) Waren die Vermögenswerte gemäß der Mitteilung nach Absatz 1 am Stichtag 2 nicht bei einer liechtensteinischen Zahlstelle verbucht oder von einer liechtensteinischen Zahlstelle verwaltet, so führt die neue liechtensteinische Zahlstelle für die bei ihr verbuchten Vermögenswerte der betroffenen Person keine weiteren Maßnahmen nach Teil 2 dieses Abkommens durch.
- e) Kommt die betroffene Person ihren Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 nicht nach, so hat die neue liechtensteinische Zahlstelle Identität und Wohnsitz der betroffenen Person zu melden. Das Verfahren nach Artikel 10 findet sinngemäß Anwendung. Eine schriftliche Ermächtigung durch die betroffene Person ist in diesem Fall nicht erforderlich.

2. Für Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer ii gilt:

- a) Wurden die Vermögenswerte am Stichtag 2 von einer liechtensteinischen Zahlstelle verwaltet, so führt jene liechtensteinische Zahlstelle Maßnahmen nach Teil 2 dieses Abkommens durch, die die Vermögenswerte der betroffenen Person am Stichtag 3 verwaltet. Werden die Vermögenswerte am Stichtag 3 nicht mehr von einer liechtensteinischen Zahlstelle verwaltet, so führt jene liechtensteinische Zahlstelle Maßnahmen nach Teil 2 dieses Abkommens durch, die die Vermögenswerte der betroffenen Person zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens verwaltet hat.
- b) Wurden die Vermögenswerte am Stichtag 2 nicht von einer liechtensteinischen Zahlstelle verwaltet, so werden keine Maßnahmen nach Teil 2 dieses Abkommens durchgeführt.

Art. 8 Nachversteuerung durch Einmalzahlung

1. Unter Vorbehalt von Artikel 6, 7 und 12 erheben liechtensteinische Zahlstellen per Stichtag 3 eine Einmalzahlung auf den bei ihnen verbuchten oder verwalteten Vermögenswerten der betroffenen Person.

2. Die Einmalzahlung bemisst sich nach Anhang I dieses Abkommens. Der Steuersatz beträgt 30 Prozent.

3. Gleichzeitig mit der Erhebung der Einmalzahlung erstellt die liechtensteinische Zahlstelle zuhanden der betroffenen Person eine Bescheinigung nach festgelegtem Muster. Die Bescheinigung enthält die folgenden Angaben:

- a) Identität (Name und Geburtsdatum) und Wohnsitz der betroffenen Person;
- b) soweit bekannt, die österreichische Finanzamts- und Steuernummer und/oder die österreichische Sozialversicherungsnummer;
- c) Name und Anschrift der liechtensteinischen Zahlstelle; werden die Vermögenswerte von der Zahlstelle lediglich verwaltet (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f Ziffer ii), Name und Anschrift der natürlichen oder juristischen Personen, bei denen die Vermögenswerte auf Konten oder Depots verbucht sind;
- d) Kundennummer der betroffenen Person (Kunden-, Konto- oder Depot-Nummer, IBAN-Code); werden die Vermögenswerte von der Zahlstelle lediglich verwaltet (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f Ziffer ii), Kundennummer der betroffenen Person bei der natürlichen oder juristischen Person, bei denen die Vermögenswerte auf Konten oder Depots verbucht sind;
- e) Betrag der Einmalzahlung und Berechnungsmodalitäten.

Erhebt die betroffene Person gegen die Bescheinigung nicht innerhalb von 30 Tagen nach deren Zustellung Einspruch, gilt diese als genehmigt.

4. Die liechtensteinische Zahlstelle überweist die erhobenen Einmalzahlungen nach Genehmigung der Bescheinigungen nach Absatz 3 jeweils monatlich an die zuständige liechtensteinische Behörde. Die erste Überweisung erfolgt einen Monat nach dem Stichtag 3. Die zuständige liechtensteinische Behörde leitet die Einmalzahlungen jeweils monatlich an die zuständige österreichische Behörde weiter, wobei die zuständige liechtensteinische Behörde eine Bezugsprovision von EUR 4.000.000 behält. Die erste Weiterleitung erfolgt zwei Monate nach dem Stichtag 3.

5. Die Einmalzahlungen nach Absatz 2 werden von liechtensteinischen Zahlstellen in Euro berechnet, abgezogen und an die zuständige liechtensteinische Behörde überwiesen. Erfolgt die Konto- oder Depotführung nicht in dieser Währung, so nimmt die liechtensteinische Zahlstelle die Umrechnung zum aktuellen Devisentageskurs publiziert durch die SIX AG an den für die Berechnung maßgebenden Stichtagen vor. Die Weiterleitung durch die zuständige liechtensteinische Behörde an die zuständige österreichische Behörde erfolgt ebenfalls in Euro.

6. Mit der vollständigen Gutschrift der Einmalzahlung auf dem bei der liechtensteinischen Zahlstelle dafür eingerichteten Abwicklungskonto gelten die österreichischen Erbschaftssteuer- und Schenkungssteueransprüche, die Ansprüche auf die gemeinschaftlichen Bundesabgaben gemäß Paragraph 8 Absatz 1 erster Satz erster und dritter Fall des österreichischen Finanzausgleichsgesetzes 2008, die österreichische Stiftungseingangssteueransprüche und die österreichischen Versicherungssteueransprüche, die auf den – auf den entsprechenden Konten und Depots verbuchten oder verwalteten – Vermögenswerten entstanden sind, als abgegolten. Der im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens von der Abgeltungswirkung erfasste Betrag entspricht dem relevanten Kapital K_r wie in Anhang I dieses Abkommens bestimmt. Demzufolge:

- a) wenn K_{10} kleiner ist als K_8 , entspricht K_r dem Betrag K_8 ;
- b) wenn K_{10} gleich groß oder grösser ist als K_8 , entspricht K_r dem Betrag K_{10} .

Soweit Vermögenswerte direkt oder indirekt aus der Republik Österreich zufließen und diese zwischen der Unterzeichnung und dem Inkrafttreten dieses Abkommens aus der Republik Österreich abgeflissen sind, findet insoweit Satz 1 keine Anwendung. Der hinsichtlich dieser Vermögenswerte erhobene Anteil der Einmalzahlung gilt als Vorauszahlung im Sinne des Paragraph 45 EStG für den Veranlagungszeitraum 2014; Paragraph 46 Absatz 2 EStG ist nicht anwendbar.

7. Die Steueransprüche, die vor dem Stichtag 1 entstanden sind, gelten im selben Umfang wie die in Absatz 6 genannten Steueransprüche als abgegolten.

8. Die Abgeltungswirkung nach den Absätzen 6 und 7 erstreckt sich auf alle Gesamtschuldner nach der österreichischen Bundesabgabeordnung.

9. Die Abgeltungswirkung nach den Absätzen 6 bis 8 tritt nicht ein, soweit:

- a) die Vermögenswerte aus einer in Paragraph 165 Absatz 1 StGB (Geldwäscherei) genannten mit Strafe bedrohten Handlung (mit Ausnahme des Paragraphen 33 FinStrG in Verbindung mit den Paragraphen 38a oder 39 FinStrG) herrühren; oder
- b) im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens den nach österreichischem Recht zuständigen Behörden konkrete Hinweise auf nicht versteuerte Vermögenswerte der betroffenen Person auf Konten und Depots bei einer liechtensteinischen Zahlstelle vorlagen und dies der betroffenen Person bekannt war oder diesbezüglich Verfolgungshandlungen (Paragraph 29 Absatz 3 Buchstabe a FinStrG) wegen eines Finanzvergehens gesetzt worden sind.

In diesen Fällen wird eine geleistete Einmalzahlung von der nach österreichischem Recht zuständigen österreichischen Behörde als freiwillige Zahlung auf die geschuldeten Steuern der betroffenen Person behandelt. Paragraph 214 Absatz 1 BAO gilt sinngemäß.

10. Absätze 6 und 7 haben keine Auswirkung auf die Berechnung der Grundlage der Mehrwertsteuereigenmittel nach der Verordnung 1553/89/EG des Rates vom 29. Mai 1989.

Art. 9 Verfolgung von Finanzvergehen bei der Einmalzahlung

1. Soweit Steueransprüche durch Einmalzahlung nach Artikel 8 abgegolten sind, findet keine finanzstrafrechtliche Verfolgung von sich aus diesen Abgabenansprüchen ergebenden Abgabenverkürzungen sowie Verletzungen von Anzeigeverpflichtungen, die sich auf die betroffenen Vermögenswerte beziehen, statt.

2. Kann eine andere Straftat als ein Finanzvergehen wegen der Strafbarkeit eines Finanzvergehens nicht bestraft oder geahndet werden, so gilt dies auch dann, wenn die Strafbarkeit des Finanzvergehens aufgrund dieses Abkommens entfällt.

Art. 10 Freiwillige Meldung

1. Die Erhebung der Einmalzahlung nach Artikel 8 entfällt, wenn die betroffene Person ihre liechtensteinische Zahlstelle spätestens per Stichtag 3 schriftlich ermächtigt, die Informationen nach Absatz 2 an die zuständige österreichische Behörde zu melden.

2. Die liechtensteinische Zahlstelle übermittelt im Falle der schriftlichen Ermächtigung durch die betroffene Person folgende Angaben an die zuständige liechtensteinische Behörde:

- a) Identität (Name und Geburtsdatum) und Wohnsitz der betroffenen Person;
- b) soweit bekannt, die österreichische Finanzamts- und Steuernummer und/oder die österreichische Sozialversicherungsnummer;
- c) Name und Anschrift der liechtensteinischen Zahlstelle; werden die Vermögenswerte von der Zahlstelle lediglich verwaltet (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f Ziffer ii), Name und Anschrift der natürlichen oder juristischen Personen, bei denen die Vermögenswerte auf Konten oder Depots verbucht sind;
- d) Kundennummer der betroffenen Person (Kunden-, Konto- oder Depot-Nummer, IBAN-Code); werden die Vermögenswerte von der Zahlstelle lediglich verwaltet (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f Ziffer ii), Kundennummer der betroffenen Person bei der natürlichen oder juristischen Person, bei denen die Vermögenswerte auf Konten oder Depots verbucht sind;
- e) jährlicher Kontostand per 31. Dezember für die Periode zwischen dem Stichtag 1 und dem Inkrafttreten dieses Abkommens.

Die Angaben werden monatlich übermittelt. Die erste Übermittlung erfolgt einen Monat nach dem Stichtag 3. Die letzte Übermittlung erfolgt sechs Monate nach dem Stichtag 3.

3. Die zuständige liechtensteinische Behörde übermittelt die Informationen nach Absatz 2 jeweils monatlich an die zuständige österreichische Behörde. Die erste Übermittlung erfolgt zwei Monate nach dem Stichtag 3. Die letzte Übermittlung erfolgt sieben Monate nach dem Stichtag 3. Spätere Meldungen übermittelt die liechtensteinische Zahlstelle unverzüglich an die zuständige liechtensteinische Behörde, die sie unverzüglich an die zuständige österreichische Behörde weiterleitet.

4. Bei einer freiwilligen Meldung erhält die betroffene Person von der liechtensteinischen Zahlstelle eine Bescheinigung über die übermittelten Informationen.

5. Kann die zuständige österreichische Behörde die betroffene Person aufgrund der übermittelten Informationen nicht identifizieren, so kann sie die zuständige liechtensteinische Behörde um weitere Informationen ersuchen.

Art. 11 Verfolgung von Finanzvergehen bei freiwilliger Meldung

1. Ergibt die Überprüfung der Angaben nach Artikel 10 Absatz 2, dass unter Verletzung einer abgabenrechtlichen Anzeige-, Offenlegungs- oder Wahrheitspflicht eine Abgabenverkürzung bewirkt worden ist, so gilt die freiwillige Meldung ab dem Zeitpunkt der schriftlichen Ermächtigung nach Artikel 10 Absatz 1 als Selbstanzeige nach Paragraph 29 Absatz 1 Satz 1 FinStrG bezogen auf die gemeldeten Konten oder Depots. Die Rechtsfolgen bestimmen sich nach Paragraph 29 FinStrG, wobei die für die Feststellung der Verkürzung bedeutsamen Umstände innerhalb einer von der zuständigen österreichischen Behörde festgesetzten angemessenen Frist durch die betroffene Person offengelegt werden müssen.

2. Die in Absatz 1 genannten Rechtsfolgen treten nicht ein, soweit:

- a) die Vermögenswerte aus einer in Paragraph 165 Absatz 1 StGB (Geldwäscherei) genannten mit Strafe bedrohten Handlung (mit Ausnahme des Paragraphen 33 FinStrG in Verbindung mit den Paragraphen 38a oder 39 FinStrG) herrühren; oder
- b) die Tat im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens hinsichtlich ihrer objektiven Tatbestandsmerkmale bereits ganz oder teilweise entdeckt und dies der betroffenen Person bekannt war oder diesbezüglich Verfolgungshandlungen (Paragraph 29 Absatz 3 Buchstabe a FinStrG) gesetzt worden sind.

Art. 12 Fehlende flüssige Mittel für die Erhebung der Einmalzahlung

1. Gibt eine betroffene Person aufgrund einer Information der liechtensteinischen Zahlstelle nach Artikel 4 der liechtensteinischen Zahlstelle schriftlich bekannt, dass sie die Erhebung der Einmalzahlung nach Artikel 8 wünscht, verfügt sie jedoch zum Stichtag 3 nicht über einen ausreichenden Geldbetrag auf dem betreffenden Konto bei der liechtensteinischen Zahlstelle, so muss die liechtensteinische Zahlstelle der betroffenen Person schriftlich eine Fristverlängerung von längstens acht Wochen für die Sicherstellung eines ausreichenden Geldbetrages auf dem Konto einräumen. Zugleich muss sie die betroffene Person auf mögliche Konsequenzen nach Absatz 3 hinweisen. Dasselbe gilt, wenn die Einmalzahlung auf Grund von Artikel 5 Absatz 3 erhoben wird.

2. Wurde eine Fristverlängerung nach Absatz 1 gewährt, so erhebt die liechtensteinische Zahlstelle die Einmalzahlung am Tag des Fristablaufs. Die Wirkung der Einmalzahlung entspricht der Einmalzahlung nach Artikel 8 Absatz 6 mit der Maßgabe, dass sie erst mit Gutschrift auf dem Abwicklungskonto der liechtensteinischen Zahlstelle eintritt.

3. Besteht beim Inkrafttreten bei der liechtensteinischen Zahlstelle ein Konto oder ein Depot einer betroffenen Person und kann eine Einmalzahlung aufgrund fehlender flüssiger Mittel nicht vollständig erhoben werden, so muss die liechtensteinische Zahlstelle die betroffene Person entsprechend Artikel 10 melden. Eine schriftliche Ermächtigung durch die betroffene Person ist in diesem Fall nicht erforderlich.

4. Für Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer ii gelten die Absätze 1 bis 3 sinngemäß.

Art. 13 Versäumte Identifizierung einer betroffenen Person

1. Versäumt es eine liechtensteinische Zahlstelle, eine betroffene Person zu identifizieren und diese über ihre Rechte und Pflichten nach Artikel 5 zu informieren und wird diese Person nachträglich durch die liechtensteinische Zahlstelle als betroffene Person identifiziert, so kann die betroffene Person mit dem Einverständnis der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten dennoch die Rechte und Pflichten nach Artikel 5 wahrnehmen. Die Nachversteuerung nach Artikel 8 oder die freiwillige Meldung nach Artikel 10 ist innerhalb einer von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gemeinsam festzusetzenden Frist durchzuführen.

2. Zusätzlich zu einer nachträglichen Einmalzahlung nach Absatz 1 erhebt die liechtensteinische Zahlstelle von der betroffenen Person vom Stichtag 3 bis zur Erhebung der Einmalzahlung einen Verzugszins in der Höhe von 0,5 Prozent für jeden vollen Monat.

Art. 14 Unvollständige oder zu Unrecht erfolgte Erhebung der Einmalzahlung

1. Erhebt die liechtensteinische Zahlstelle die Einmalzahlung nach Artikel 8 aufgrund eines Berechnungs- oder Abwicklungsfehlers nicht in vollständiger Höhe, so kann die liechtensteinische Zahlstelle der betroffenen Person den fehlenden Betrag zuzüglich eines Verzugszinses entsprechend Artikel 13 Absatz 2 nachbelasten. Die liechtensteinische Zahlstelle bleibt gegenüber der zuständigen liechtensteinischen Behörde jedenfalls zur entsprechenden Nachleistung verpflichtet. Dasselbe gilt für erhobene Verzugszinsen. Die zuständige liechtensteinische Behörde leitet nachgeleistete Einmalzahlungen einschließlich erhobener Verzugszinsen unverzüglich an die zuständige österreichische Behörde weiter.

2. In Fällen von Absatz 1 tritt für die betroffene Person die Wirkung nach Artikel 8 Absatz 6 auch ein, wenn die betroffene Person den Berechnungs- oder Abwicklungsfehler ohne grobes Verschulden nicht erkannt hat. Wird der Berechnungs- oder Abwicklungsfehler nach Absatz 1 korrigiert, tritt die Wirkung nach Artikel 8 Absatz 6 in jedem Fall ein.

3. Ist die Einmalzahlung ohne rechtlichen Grund bezahlt worden, so hat die betroffene Person gegenüber der zuständigen österreichischen Behörde einen Anspruch auf Erstattung der Einmalzahlung.

Art. 15 Wirkung der Bescheinigung

Werden der nach österreichischem Recht zuständigen österreichischen Behörde aus anderem Anlass als im Rahmen der Durchführung dieses Abkommens Vermögenswerte bekannt, die nach Artikel 8 nachversteuert wurden oder nach Artikel 10 freiwillig gemeldet wurden, muss die betroffene Person nachweisen, dass diese Vermögenswerte abgeltend nach diesem Abkommen besteuert wurden oder durch Meldung nach Artikel 10 der zuständigen österreichischen Behörde bekannt wurden. Der Nachweis gilt durch die Vorlage der Bescheinigung der liechtensteinischen Zahlstelle nach Artikel 8 Absatz 3 oder Artikel 10 Absatz 4 als erbracht. Bestehen Zweifel an der Echtheit einer Bescheinigung, so kann die nach österreichischem Recht zuständige österreichische Behörde unter Einschaltung der zuständigen österreichischen Behörde die zuständige liechtensteinische Behörde um Prüfung der Bescheinigung ersuchen. Die zuständige liechtensteinische Behörde stellt für diesen Zweck sicher, dass jede Bescheinigung über eine geleistete Einmalzahlung zugeordnet werden kann.

Art. 16 Zielstaaten abgezogener Vermögenswerte

Die zuständige liechtensteinische Behörde teilt der zuständigen österreichischen Behörde innerhalb von zwölf Monaten nach dem Stichtag 3 die gemessen am Volumen der Vermögenswerte zehn wichtigsten Staaten oder Territorien in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit mit, wohin diejenigen betroffenen Personen, die ihr Konto oder Depot zwischen der Unterzeichnung und dem Inkrafttreten dieses Abkommens aufgelöst haben, die Vermögenswerte der saldierten Konten und Depots überwiesen haben. Die Mitteilung enthält zudem die Anzahl betroffener Personen pro Staat respektive Territorium. Die gestützt auf diesen Artikel erhobenen und mitgeteilten Angaben werden von den Vertragsstaaten nicht veröffentlicht.

Art. 17 Verzicht auf die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, Haftung

1. Beteiligte an einem Finanzvergehen, das vor Unterzeichnung dieses Abkommens von einer betroffenen Person hinsichtlich von Vermögenswerten im Sinne dieses Abkommens begangen wurde, werden nicht verfolgt. In diesen Fällen wird auch keine Geldbuße gegen Verbände im Sinne des VbVG, die für diese Finanzvergehen verantwortlich sind, festgesetzt. Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn die Tat im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens hinsichtlich ihrer objektiven Tatbestandsmerkmale bereits ganz oder teilweise entdeckt und dies den Beteiligten bekannt war oder diesbezüglich Verfolgungshandlungen (Paragraph 29 Absatz 3 Buchstabe a FinStrG) gesetzt worden sind.

2. Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 entfällt auch die Haftung nach Paragraph 11 BAO.

3. Beteiligte an Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb steuererheblicher Daten vor Unterzeichnung dieses Abkommens begangen wurden, werden weder nach liechtensteinischem noch nach österreichischem Recht verfolgt; bereits anhängige Verfahren werden eingestellt. Davon ausgeschlossen sind Verfahren nach liechtensteinischem Recht gegen Mitarbeitende liechtensteinischer Zahlstellen.

Teil 3
Erhebung einer Quellensteuer durch liechtensteinische Zahlstellen**Art. 18** Erhebung einer der österreichischen Einkommensteuer entsprechenden Steuer mit abgeltender Wirkung durch liechtensteinische Zahlstellen

1. Liechtensteinische Zahlstellen erheben von betroffenen Personen einen der österreichischen Einkommensteuer entsprechenden Betrag (nachfolgend «Steuer» genannt) auf folgenden Erträgen:

- a) Zinserträgen;
- b) Dividendenerträgen;
- c) sonstigen Einkünften als den unter den Buchstaben a und b genannten Erträgen;
- d) Veräußerungsgewinne.

Der Steuer unterliegen auch Entgelte oder Vorteile, die anstelle der in den Buchstaben a bis d genannten Erträge gewährt werden.

2. Schuldner der Steuer nach Absatz 1 ist die betroffene Person. Der Steuersatz beträgt 25 Prozent.

3. Für die Erträge nach Absatz 1, soweit sie der Steuer unterliegen haben, gilt die österreichische Einkommensteuer als abgegolten, sofern das österreichische Einkommensteuergesetz für diese Erträge eine abgeltende Wirkung vorsieht.

Art. 19 Steuersatzänderungen

1. Die zuständige österreichische Behörde informiert die zuständige liechtensteinische Behörde schriftlich über Steuersatzänderungen im österreichischen Recht, die Erträge betreffen, welche nach Teil 3 dieses Abkommens besteuert werden.

2. Steuersätze, die nach Unterzeichnung dieses Abkommens im österreichischen Recht geändert werden, finden zeitgleich Anwendung auf die Besteuerung der entsprechenden Erträge unter diesem Abkommen, sofern die zuständige liechtensteinische Behörde innerhalb von 30 Tagen, nachdem sie die Mitteilung der zuständigen österreichischen Behörde erhalten hat, nicht schriftlich mitteilt, dass die Satzänderungen bei der Anwendung dieses Abkommens nicht nachvollzogen werden. Die zuständige liechtensteinische Behörde veröffentlicht unverzüglich jede Steuersatzänderung und sorgt dafür, dass diese den liechtensteinischen Zahlstellen bekannt wird.

Art. 20 Verhältnis zu anderen Steuern

1. Die Erhebung einer allfälligen liechtensteinischen Quellensteuer bleibt unberührt. Die liechtensteinische Zahlstelle kann in eigenem Namen und auf Rechnung der betroffenen Person die vollumfängliche oder teilweise Rückerstattung beantragen, soweit dies das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Liechtenstein und der Republik Österreich vorsieht. Die nach dem Doppelbesteuerungsabkommen nicht rückforderbare Quellensteuer (Residualsteuer) wird an die Steuer nach Artikel 18 Absätze 1 und 2 angerechnet. Diese Anrechnung darf jedoch den Betrag der Steuer nach Artikel 18 Absätze 1 und 2 nicht übersteigen.

2. Unterliegen Erträge nach Artikel 18 Absatz 1 in der Republik Österreich einer Quellensteuer, so rechnet die liechtensteinische Zahlstelle diese Quellensteuer an die Steuer nach Artikel 18 Absätze 1 und 2 an. Diese Anrechnung darf jedoch den Betrag der Steuer nach Artikel 18 Absätze 1 und 2 nicht übersteigen.

3. Unterliegen Erträge nach Artikel 18 Absatz 1 einer Quellensteuer in einem Drittstaat, so rechnet die liechtensteinische Zahlstelle diese Quellensteuer an die Steuer nach Artikel 18 Absätze 1 und 2 an, soweit das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Drittstaat die Rückerstattung dieser Quellensteuer ausschließt (Residualsatz). Diese Anrechnung darf jedoch den Betrag der Steuer nach Artikel 18 Absätze 1 und 2 nicht übersteigen.

4. Liechtensteinische Ertragsteuer einer Vermögensstruktur, die gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b als nicht intransparent gilt, kann nicht auf die Steuer nach Artikel 18 Absätze 1 und 2 angerechnet werden.

Art. 21 Freiwillige Meldung

1. Ermächtigt die betroffene Person eine liechtensteinische Zahlstelle ausdrücklich, der zuständigen österreichischen Behörde die Erträge eines Kontos oder Depots zu melden, so nimmt diese Zahlstelle anstelle der Erhebung der Steuer auf die Erträge nach Artikel 18 Absatz 1 eine Meldung der Erträge vor.

2. Die Meldung umfasst folgende Angaben:

- a) Identität (Name und Geburtsdatum) und Wohnsitz der betroffenen Person;
- b) soweit bekannt die österreichische Finanzamts- und Steuernummer und/oder die österreichische Sozialversicherungsnummer;
- c) Name und Anschrift der liechtensteinischen Zahlstelle; werden die Vermögenswerte von der Zahlstelle lediglich verwaltet (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f Ziffer ii), Name und Anschrift der natürlichen oder juristischen Personen, bei denen die Vermögenswerte auf Konten oder Depots verbucht sind;
- d) Kundennummer der betroffenen Person (Kunden-, Konto- oder Depot-Nummer, IBAN-Code); werden die Vermögenswerte von der Zahlstelle lediglich verwaltet (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f Ziffer ii), Kundennummer der betroffenen Person bei der natürlichen oder juristischen Person, bei denen die Vermögenswerte auf Konten oder Depots verbucht sind;
- e) betreffendes Steuerjahr;
- f) Totalbetrag der im entsprechenden Jahr angefallenen und nach Artikel 23 berechneten positiven und negativen Erträge oder Totalbetrag der Erträge nach Artikel 18 Absatz 1 Buchstaben a bis d.

Art. 22 Besteuerung im Veranlagungsverfahren in der Republik Österreich

Die nach Artikel 18 Absätze 1 und 2 erhobene Steuer gilt als in der Republik Österreich erhobene Kapitalertragsteuer nach Paragraph 93 EStG.

Art. 23 Bemessungsgrundlage

1. Die liechtensteinische Zahlstelle erhebt die Steuer auf Zahlungen ohne jeden Abzug und ohne Berücksichtigung der Anschaffungsnebenkosten wie folgt:

- a) bei Zinserträgen nach Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe a:
 - (i) im Falle eines Zinsertrags nach Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe a: auf dem Bruttobetrag der gezahlten oder gutgeschriebenen Zinsen,
 - (ii) im Falle eines Zinsertrags nach Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe b oder d: auf dem Betrag der dort bezeichneten Zinsen oder Erträge,
 - (iii) im Falle eines Zinsertrags nach Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe c: auf dem Betrag der dort bezeichneten Zinsen;
- b) bei Dividendenerträgen nach Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b:
 - (i) im Falle einer Dividende nach Artikel 25 Buchstabe a: auf dem Bruttobetrag der gezahlten oder gutgeschriebenen Dividenden oder dem Verkehrswert der Sachdividende im Zeitpunkt des Zuflusses,
 - (ii) im Falle einer Dividende nach Artikel 25 Buchstabe b: auf dem Betrag der dort bezeichneten Dividenden,
 - (iii) im Falle einer Dividende nach Artikel 25 Buchstabe c: auf dem Betrag der dort bezeichneten Einkünfte;
- c) bei sonstigen Einkünften nach Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe c:
 - (i) im Falle sonstiger Einkünfte nach Artikel 26 Buchstabe a: auf dem Bruttobetrag der gezahlten oder gutgeschriebenen sonstigen Einkünfte,
 - (ii) im Falle sonstiger Einkünfte nach Artikel 26 Buchstabe b: auf dem Betrag der dort bezeichneten sonstigen Einkünfte,
 - (iii) im Falle sonstiger Einkünfte nach Artikel 26 Buchstabe c: auf dem Betrag der dort bezeichneten Erträge;
- d) bei Veräußerungsgewinnen auf Vermögenswerten nach Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe d:

- (i) Auf dem Veräußerungserlös abzüglich der Anschaffungskosten. Die Anschaffungskosten werden mit der Durchschnittsmethode erfasst. Bei Anschaffungen von Vermögenswerten vor dem 1. April 2012 gelten die Marktwerte per 1. April 2012 als Anschaffungskosten. Sind die Marktwerte per 1. April 2012 nicht verfügbar, so wird die Steuer auf 30 Prozent des Veräußerungserlöses erhoben.
- (ii) Stehen bei Anschaffungen nach dem 31. März 2012 historische Daten zur Ermittlung der Anschaffungskosten nicht zur Verfügung oder ist nicht bekannt, wann die Anschaffung erfolgt ist, so wird die Steuer auf 30 Prozent des Veräußerungserlöses erhoben.
- (iii) Überträgt die betroffene Person Vermögenswerte auf ein Konto oder Depot eines Dritten, so stellt dies eine Veräußerung dar.

2. Negative Erträge nach Artikel 18 Absatz 1 sind mit innerhalb des gleichen Kalenderjahres bei der gleichen liechtensteinischen Zahlstelle erzielten positiven Erträgen zu verrechnen. Auf Antrag der betroffenen Person erteilt die liechtensteinische Zahlstelle über die Höhe des verbleibenden Verlustes am Ende eines Kalenderjahres eine Bescheinigung nach festgelegtem Muster.

Art. 24 Definition der Zinserträge

1. Für die Zwecke dieses Abkommens gelten als «Zinserträge»:

- a) (i) auf ein Konto eingezahlte oder einem Konto gutgeschriebene Zinsen, die mit Forderungen jeglicher Art zusammenhängen, einschließlich Zinsen, die von liechtensteinischen Zahlstellen zugunsten der betroffenen Person auf Treuhandkonten gezahlt werden, unabhängig davon, ob sie hypothekarisch gesichert sind oder nicht und ob sie ein Recht auf Beteiligung am Gewinn des Schuldners beinhalten oder nicht (Zinsen aus Genussrechten). Dies schließt insbesondere Erträge aus Staatspapieren, Anleihen und Schuldverschreibungen einschließlich der mit diesen Papieren, Anleihen oder Schuldverschreibungen verbundenen Prämien und Gewinne ein, nicht aber Zinsen von Darlehen zwischen natürlichen Personen, die nicht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit handeln. Zuschläge für verspätete Zahlungen gelten nicht als Zinserträge,
- (ii) vereinnahmte Optionsprämien (Stillhalterprämien);
- b) bei Verkauf, Rückzahlung oder Einlösung von Forderungen nach Buchstabe a Ziffer i aufgelaufene oder kapitalisierte Zinsen;
- c) direkte oder über eine Einrichtung nach Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (nachfolgend «Richtlinie» genannt) laufende Zinserträge, die ausgeschüttet oder thesauriert werden von:
 - (i) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (ii) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Einrichtungen, die von der Wahlmöglichkeit nach Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie Gebrauch gemacht haben und die liechtensteinische Zahlstelle hiervon unterrichten,
 - (iii) außerhalb des Gebiets der Europäischen Union und Liechtensteins errichteten Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (iv) liechtensteinischen Anlagefonds;
- d) diesbezügliche Erträge, die bei Verkauf, Rückzahlung oder Einlösung von Anteilen an den nachstehend aufgeführten Einrichtungen realisiert werden:
 - (i) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (ii) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Einrichtungen, die von der Wahlmöglichkeit nach Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie Gebrauch gemacht haben und die liechtensteinische Zahlstelle hiervon unterrichten,
 - (iii) außerhalb des Gebiets der Europäischen Union und Liechtensteins errichteten Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (iv) liechtensteinischen Anlagefonds.

2. Liegen einer liechtensteinischen Zahlstelle keine Informationen über den Anteil der Zinszahlungen an den Erträgen vor, so gilt in den Fällen nach Absatz 1 Buchstaben c und d der Gesamtbetrag als Zinsertrag.

Art. 25 Definition der Dividendenerträge

Für die Zwecke dieses Abkommens gelten als «Dividendenerträge»:

- a) auf ein Konto eingezahlte oder einem Konto gutgeschriebene Dividenden, die Einkünfte aus Aktien, Genussscheinen oder Genussscheinen (Substanzgenussscheine), Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung darstellen sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind;
- b) direkte oder über eine Einrichtung nach Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie laufende Dividendenerträge, die ausgeschüttet oder thesauriert werden von:
 - (i) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (ii) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Einrichtungen, die von der Wahlmöglichkeit nach Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie Gebrauch gemacht haben und die liechtensteinische Zahlstelle hiervon unterrichten,
 - (iii) außerhalb des Gebiets der Europäischen Union und Liechtensteins errichteten Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (iv) liechtensteinischen Anlagefonds;
- c) diesbezügliche Erträge, die bei Verkauf, Rückzahlung oder Einlösung von Anteilen an den nachstehend aufgeführten Einrichtungen realisiert werden:
 - (i) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (ii) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Einrichtungen, die von der Wahlmöglichkeit nach Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie Gebrauch gemacht haben und die liechtensteinische Zahlstelle hiervon unterrichten,
 - (iii) außerhalb des Gebiets der Europäischen Union und Liechtensteins errichteten Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (iv) liechtensteinischen Anlagefonds.

Art. 26 Definition der sonstigen Einkünfte

Für die Zwecke dieses Abkommens gelten als «sonstige Einkünfte»:

- a) im Zusammenhang mit strukturierten Finanzinstrumenten, Securities Lending, Repo-Geschäften, Swaps und vergleichbaren Transaktionen vereinbarte Ersatzzahlungen für Zinsen nach Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe a und Dividenden nach Artikel 25 Buchstabe a sowie anlässlich solcher Transaktionen vereinbarte sonstige Gebühren und Kommissionen;
- b) direkte oder über eine Einrichtung nach Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie laufende sonstige Einkünfte, die ausgeschüttet oder thesauriert werden von:
 - (i) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (ii) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Einrichtungen, die von der Wahlmöglichkeit nach Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie Gebrauch gemacht haben und die liechtensteinische Zahlstelle hiervon unterrichten,
 - (iii) außerhalb des Gebiets der Europäischen Union und Liechtensteins errichteten Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (iv) liechtensteinischen Anlagefonds;
- c) diesbezügliche Erträge, die bei Verkauf, Rückzahlung oder Einlösung von Anteilen an den nachstehend aufgeführten Einrichtungen realisiert werden:
 - (i) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (ii) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Einrichtungen, die von der Wahlmöglichkeit nach Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie Gebrauch gemacht haben und die liechtensteinische Zahlstelle hiervon unterrichten,
 - (iii) außerhalb des Gebiets der Europäischen Union und Liechtensteins errichteten Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (iv) liechtensteinischen Anlagefonds.

Art. 27 Definition der Veräußerungsgewinne

Für die Zwecke dieses Abkommens gelten als «Veräußerungsgewinne»:

- a) der Gewinn aus der Veräußerung von Anteilen an Körperschaften, Dividenden- und Zinscoupons, Darlehensverhältnissen, Ansprüchen aus Versicherungsverhältnissen und sonstigen Kapitalforderungen. Ebenfalls als Veräußerungsgewinn gilt der Gewinn aus strukturierten respektive als Termingeschäft ausgestalteten Finanzinstrumenten sowie der Differenzausgleich oder der durch den Wert einer veränderlichen Bezugsgrösse bestimmte Geldbetrag oder Vorteil, den die betroffene Person bei einem Termingeschäft erlangt. Als Veräußerung gilt auch die Einlösung, Rückzahlung, Abtretung oder die Einlage in eine Kapitalgesellschaft;
- b) direkte oder über eine Einrichtung nach Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie erzielte Veräußerungsgewinne, die ausgeschüttet oder thesauriert werden von:
 - (i) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (ii) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Einrichtungen, die von der Wahlmöglichkeit nach Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie Gebrauch gemacht haben und die liechtensteinische Zahlstelle hiervon unterrichten,
 - (iii) ausserhalb des Gebiets der Europäischen Union und Liechtensteins errichteten Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (iv) liechtensteinischen Anlagefonds;
 thesaurierte Veräußerungsgewinne unterliegen nur zu 60 Prozent der Besteuerung;
- c) diesbezügliche Erträge, die bei Verkauf, Rückzahlung oder Einlösung von Anteilen an den nachstehend aufgeführten Einrichtungen realisiert werden:
 - (i) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (ii) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassenen Einrichtungen, die von der Wahlmöglichkeit nach Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie Gebrauch gemacht haben und die liechtensteinische Zahlstelle hiervon unterrichten,
 - (iii) außerhalb des Gebiets der Europäischen Union und Liechtensteins errichteten Organismen für gemeinsame Anlagen,
 - (iv) liechtensteinischen Anlagefonds.

Art. 28 Verhältnis der Zahlstellen nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i und ii

Die Bestimmungen des Artikels 6 sind sinngemäß auf Teil 3 anzuwenden.

Art. 29 Administrative Bestimmungen

1. Die liechtensteinischen Zahlstellen überweisen die nach Teil 3 dieses Abkommens erhobene Steuer jeweils spätestens zwei Monate nach dem Ende des Steuerjahres Liechtensteins an die zuständige liechtensteinische Behörde. Die Deklaration erfolgt mittels einer gesonderten Aufstellung der Steuerbeträge nach Artikel 18 Absätze 1 und 2.
2. Die zuständige liechtensteinische Behörde leitet diese Steuer jeweils spätestens drei Monate nach dem Ende des Steuerjahres Liechtensteins in einer Zahlung an die zuständige österreichische Behörde weiter, wobei die zuständige liechtensteinische Behörde eine Bezugsprovision von 0,5 Prozent behält.
3. Die Steuerbeträge nach Artikel 18 Absätze 1 und 2 werden von den liechtensteinischen Zahlstellen in Euro berechnet, abgezogen und an die zuständige liechtensteinische Behörde überwiesen. Erfolgt die Konto- oder Depotführung nicht in dieser Währung, so nimmt die liechtensteinische Zahlstelle die Umrechnung zum aktuellen Devisentageskurs publiziert durch die SIX AG an dem für die Berechnung maßgebenden Stichtag vor. Die zuständige liechtensteinische Behörde leitet die Steuer ebenfalls in Euro an die zuständige österreichische Behörde weiter.
4. In Fällen der freiwilligen Meldung nach Artikel 21 übermitteln die liechtensteinischen Zahlstellen die Angaben nach Artikel 21 Absatz 2 jeweils spätestens drei Monate nach dem Ende des Steuerjahres Liechtensteins an die zuständige liechtensteinische Behörde. Diese leitet die Angaben automatisch einmal pro Jahr spätestens sechs Monate nach dem Ende des Steuerjahres Liechtensteins an die zuständige österreichische Behörde weiter.

Art. 30 Bescheinigung der liechtensteinischen Zahlstelle

1. Die liechtensteinische Zahlstelle erstellt zuhanden der betroffenen Person jährlich, bei Auflösung der Bankbeziehung sowie bei Wechsel der Zahlstelle und bei Untergang der Vermögensstruktur eine Bescheinigung, die namentlich Angaben nach den Artikeln 18 und 20 sowie Verluste nach Artikel 23 Absatz 2 ausweist. Diese Bescheinigung hat einem festgelegten Muster zu entsprechen. Artikel 6 und 15 letzter Satz gelten sinngemäß.

2. Die Republik Österreich akzeptiert die Bescheinigungen der liechtensteinischen Zahlstellen nach Absatz 1 als Bescheinigungen für steuerliche Zwecke.

Art. 31 Übertragung von Vermögenswerten und Änderung der Ansässigkeit

1. Überträgt die betroffene Person Vermögenswerte von einer liechtensteinischen Zahlstelle auf eine andere liechtensteinische Zahlstelle, hat die übertragende Zahlstelle der übernehmenden Zahlstelle sämtliche für die Bestimmung der Bemessungsgrundlage relevanten Daten im Zusammenhang mit diesen Vermögenswerten mitzuteilen. Dies gilt entsprechend bei der Übertragung von Vermögenswerten von oder auf ein Konto oder Depot einer österreichischen Zahlstelle.

2. Überträgt die betroffene Person Vermögenswerte von einer liechtensteinischen Zahlstelle gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i auf ein Konto oder Depot bei einer ausländischen Zahlstelle (ausgenommen schweizerischer Zahlstellen) oder teilt sie der liechtensteinischen Zahlstelle mit, dass sie nicht mehr in der Republik Österreich ansässig ist, so weist sie die liechtensteinische Zahlstelle auf die Deklarationspflicht im österreichischen Recht hin. Bei Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer ii gelten Übertragungen von Vermögenswerten auf Konten oder Depots bei ausländischen Zahlstellen nicht als Veräußerung, sofern durch die Übertragung das Besteuerungsrecht der Republik Österreich an den übertragenen Vermögenswerten nicht verloren geht. In diesem Fall weist die liechtensteinische Zahlstelle auf die Deklarationspflicht im österreichischen Recht hin.

Art. 32 Missbrauchsbestimmung

1. Die Vertragsstaaten anerkennen, dass eine betroffene Person ihr Vermögen in einem Staat oder Territorium ihrer freien Wahl anlegen kann.

2. Liechtensteinische Zahlstellen werden künstliche Strukturen, bei denen sie wissen, dass einziger oder hauptsächlichster Zweck die Umgehung der Besteuerung von Vermögenswerten nach den Bestimmungen dieses Abkommens ist, weder selber verwalten noch deren Verwendung unterstützen.

3. Ungeachtet dessen, dass die betroffene Person Schuldner der Steuer nach Artikel 18 Absatz 1 ist, ist eine liechtensteinische Zahlstelle, die in Widerspruch zu Absatz 2 gehandelt hat, zur Bezahlung eines Betrages in der Höhe der umgangenen Steuer nach Artikel 18 Absätze 1 und 2 an die zuständige liechtensteinische Behörde verpflichtet. Die zuständige liechtensteinische Behörde leitet diesen Betrag an die zuständige österreichische Behörde weiter. Die liechtensteinische Zahlstelle kann gegen eine an einer Struktur nach Absatz 2 beteiligte betroffene Person Rückgriff nehmen.

Hat die Republik Österreich die auf den Erträgen von Vermögenswerten betroffener Personen geschuldete Steuer sowohl von der betroffenen Person als auch nach dieser Bestimmung von der liechtensteinischen Zahlstelle bezogen, so nimmt die zuständige österreichische Behörde im Ausmaß des doppelten Bezuges eine Rückerstattung an die liechtensteinische Zahlstelle vor.

4. Absatz 3 kommt nur dann zur Anwendung, wenn im konkreten Einzelfall eindeutige und direkte Beweise vorliegen.

5. Ergibt sich, dass liechtensteinische Zahlstellen Meldungen oder Auskünfte nach diesem Abkommen unrichtig zu Lasten des Abgabeanpruches der Republik Österreich erteilt haben, hat dies die zuständige österreichische Behörde der zuständigen liechtensteinischen Behörde mitzuteilen.

Teil 4**Intransparente Vermögensstrukturen****Art. 33** Erhebung und Höhe der österreichischen Stiftungseingangssteuer

Im Falle einer Offenlegung gemäß Paragraph 2 Absatz 1 Buchstabe b StifEG, in der Fassung des Budgetbegleitgesetzes 2012, BGBl I Nr. 112/2011, sowie der Beibringung der Informationen und Unterlagen, die für eine dem Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b entsprechende Beurteilung erforderlich sind, beträgt die Stiftungseingangssteuer bei Zuwendungen betroffener Personen ungeachtet der Bestimmungen des österreichischen innerstaatlichen Rechts, ausgenommen Paragraph 1 Absatz 5 und 6 StifEG, oder anderer zwischenstaatlicher Vereinbarungen 5 Prozent. Wird jedoch die Vermögensstruktur im jeweiligen Kalenderjahr nach den Bestimmungen des Artikels 64 SteG besteuert, beträgt die Stiftungseingangssteuer 7,5 Prozent. Artikel 34 Absatz 3 gilt sinngemäß.

Art. 34 Erhebung und Höhe der Eingangssteuer

1. In Fällen, die nicht unter Artikel 33 fallen, erheben liechtensteinische Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer ii von Zuwendungen betroffener Personen an eine intransparente Vermögensstruktur eine der österreichischen Stiftungseingangssteuer entsprechende Steuer (nachfolgend «Eingangssteuer» genannt).

2. Der Steuersatz für die Eingangssteuer beträgt 7,5 Prozent. Wird jedoch die Vermögensstruktur im jeweiligen Kalenderjahr nach den Bestimmungen des Artikels 64 SteG besteuert, beträgt die Eingangssteuer 10 Prozent.

3. Wird einer Vermögensstruktur, für die im Zeitpunkt einer Zuwendung eine Steuer gemäß Artikel 33 oder Absatz 2 entrichtet worden ist, der Status als Privatvermögensstruktur gemäß Artikel 64 SteG zuerkannt, gilt das in den vergangenen 10 Jahren zugewendete Vermögen als erneut zugewendet. Die Besteuerung dieser Zuwendung erfolgt unter Anwendung eines Steuersatzes in Höhe von 2,5 Prozent.

4. Schuldner der Eingangssteuer sind die betroffene Person und die empfangende intransparente Vermögensstruktur zur ungeteilten Hand.

5. Mit der Erhebung der Eingangssteuer gilt die österreichische Stiftungseingangssteuer als abgegolten.

Art. 35 Erhebung und Höhe der Zuwendungssteuer

1. Liechtensteinische Zahlstellen erheben von Zuwendungen intransparenter Vermögensstrukturen an betroffene Personen einen der österreichischen Einkommensteuer entsprechenden Betrag (nachfolgend «Zuwendungssteuer» genannt).
2. Schuldner der Zuwendungssteuer sind die betroffene Person und die zuwendende intransparente Vermögensstruktur zur ungeteilten Hand. Der Steuersatz beträgt 25 Prozent. Werden Vermögenswerte zugewendet, die bereits einer laufenden Besteuerung in Liechtenstein unterlegen sind, wird die liechtensteinische Steuer auf die Zuwendungssteuer angerechnet.
3. Mit der Erhebung der Zuwendungssteuer gilt die österreichische Einkommensteuer für Zuwendungen als abgegolten. Im Veranlagungsverfahren in der Republik Österreich gilt die Zuwendungssteuer als in der Republik Österreich erhobene Kapitalertragsteuer nach Paragraph 93 EStG.
4. Die Bestimmungen des Paragraphen 27 Absatz 5 Ziffer 8 und 9 EStG kommen bei Erhebung der Zuwendungssteuer nicht zur Anwendung. Davon abweichend kommen die Bestimmungen des Paragraphen 27 Absatz 5 Ziffer 9 EStG ausnahmsweise dann zur Anwendung, wenn die intransparente Vermögensstruktur aufgelöst wird, weil der Stiftungszweck erreicht oder nicht mehr erreichbar ist; dabei ist für bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens getätigte Zuwendungen an die intransparente Vermögensstruktur höchstens das relevante Kapital gemäß Artikel 8 Absatz 6 in Abzug zu bringen.

Art. 36 Freiwillige Meldung

1. Ermächtigt die betroffene Person eine liechtensteinische Zahlstelle gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer ii ausdrücklich, der zuständigen österreichischen Behörde die im Kalenderjahr getätigten Zuwendungen an eine intransparente Vermögensstruktur und/oder von einer intransparenten Vermögensstruktur zu melden, so nimmt diese Zahlstelle anstelle der Erhebung der Eingangssteuer und/oder Zuwendungssteuer eine Meldung vor.
2. Die Meldung umfasst folgende Angaben:
 - a) Identität (Name und Geburtsdatum bzw. Firma) und Wohnsitz bzw. Sitz der betroffenen Person;
 - b) soweit bekannt die österreichische Finanzamts- und Steuernummer und/oder die österreichische Sozialversicherungsnummer;
 - c) Name und Anschrift der liechtensteinischen Zahlstelle;
 - d) Name und Anschrift der intransparenten Vermögensstruktur;
 - e) Art und Höhe jeder im betreffenden Steuerjahr getätigten Zuwendung;
 - f) betreffendes Steuerjahr.

Art. 37 Administrative Bestimmungen

1. Die liechtensteinischen Zahlstellen überweisen die nach Teil 4 dieses Abkommens erhobenen Steuern jeweils spätestens vier Monate nach dem Ende des Steuerjahres Liechtensteins an die zuständige liechtensteinische Behörde. Die Deklaration erfolgt mittels einer gesonderten Aufstellung der Bemessungsgrundlagen für die Eingangs- und Zuwendungssteuer.
2. Die zuständige liechtensteinische Behörde leitet diese Steuern jeweils spätestens fünf Monate nach dem Ende des Steuerjahres Liechtensteins in jeweils einer Zahlung für die Eingangs- und Zuwendungssteuer an die zuständige österreichische Behörde weiter, wobei die zuständige liechtensteinische Behörde eine Bezugsprovision von 0,5 Prozent behält.
3. Die Steuerbeträge der Eingangs- und Zuwendungssteuer werden von den liechtensteinischen Zahlstellen in Euro berechnet, abgezogen und an die zuständige liechtensteinische Behörde überwiesen. Erfolgt die Konto- oder Depotführung nicht in dieser Währung, so nimmt die liechtensteinische Zahlstelle die Umrechnung zum aktuellen Devisentageskurs publiziert durch die SIX AG an dem für die Berechnung maßgebenden Stichtag vor. Die zuständige liechtensteinische Behörde leitet die Steuer ebenfalls in Euro an die zuständige österreichische Behörde weiter.
4. In Fällen der freiwilligen Meldung nach Artikel 36 übermitteln die liechtensteinischen Zahlstellen die Angaben nach Artikel 36 Absatz 2 jeweils spätestens fünf Monate nach dem Ende des Steuerjahres Liechtensteins an die zuständige liechtensteinische Behörde. Diese leitet die Angaben automatisch einmal pro Jahr spätestens acht Monate nach dem Ende des Steuerjahres Liechtensteins an die zuständige österreichische Behörde weiter.

Art. 38 Bescheinigung der liechtensteinischen Zahlstelle

1. Die liechtensteinische Zahlstelle erstellt zuhanden der betroffenen Person jährlich, sowie bei Wechsel der Zahlstelle und bei Untergang der Vermögensstruktur eine Bescheinigung, die namentlich Angaben nach den Artikeln 33 bis 35 ausweist. Diese Bescheinigung hat einem festgelegten Muster zu entsprechen. Artikel 15 letzter Satz gilt sinngemäß.
2. Die Republik Österreich akzeptiert die Bescheinigungen der liechtensteinischen Zahlstellen nach Absatz 1 als Bescheinigungen für steuerliche Zwecke.

Art. 39 Wechsel der Zahlstelle

Wird die Verwaltung einer intransparenten Vermögensstruktur von einer liechtensteinischen Zahlstelle auf eine andere liechtensteinische Zahlstelle übertragen, hat die übertragende Zahlstelle der übernehmenden Zahlstelle sämtliche für die Bestimmung der Bemessungsgrundlage nach den Artikeln 33 bis 35 relevanten Daten mitzuteilen.

Art. 40 Missbrauchsbestimmung

Die Missbrauchsbestimmung des Artikels 32 ist sinngemäß auf Teil 4 anzuwenden.

Teil 5**Kontrolle****Art. 41** Kontrolle

1. Die zuständige liechtensteinische Behörde führt bei den liechtensteinischen Zahlstellen Kontrollen durch. Gegenstand der Kontrollen ist die Einhaltung der Pflichten, die sich für liechtensteinische Zahlstellen aus diesem Abkommen ergeben.
2. Sie führt Kontrollen im Zusammenhang mit Teil 2 dieses Abkommens innerhalb von drei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens durch. Die Kontrollen sollen eine repräsentative Auswahl liechtensteinischer Zahlstellen erfassen.
3. Kontrollen im Zusammenhang mit Teil 3 und Teil 4 dieses Abkommens werden regelmäßig durchgeführt.
4. Die zuständige liechtensteinische Behörde informiert die zuständige österreichische Behörde jeweils in einem zusammenfassenden Bericht über die Resultate und wichtigsten Erkenntnisse der im Vorjahr gestützt auf diesen Artikel durchgeführten Kontrollen.

Art. 42 Besondere Kontrolle mit Bezug auf Teil 2 dieses Abkommens bei Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer ii

1. Die Einhaltungen der Verpflichtungen, die sich für Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer ii mit Bezug auf Teil 2 dieses Abkommens ergeben, wird durch rechtlich, wirtschaftlich und persönlich unabhängige Prüfer kontrolliert.
2. Die zuständige liechtensteinische Behörde bestimmt den im jeweiligen Kontrollverfahren einzusetzenden Prüfer. Der Prüfer ist eine qualifizierte Fachperson. Als Prüfer zugelassen sind Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften, die über eine Bewilligung der liechtensteinischen Finanzmarktaufsicht nach dem Gesetz über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften in Liechtenstein verfügen oder Mitglied der österreichischen Kammer der Wirtschaftstreuhänder mit dem Berechtigungsumfang als Wirtschaftsprüfer im Sinne des Wirtschaftstreuhänderberufsgesetzes sind. Das Verfahren zur Bestellung der Prüfer richtet sich nach dem Verfahren zur Beauftragung von Wirtschaftsprüfern, Revisionsgesellschaften und spezialgesetzlichen Revisionsstellen zur Durchführung von Kontrollen nach der liechtensteinischen Sorgfaltpflichtgesetzgebung.
3. Dem Prüfer ist unbeschränkter Zugang zu allen Informationen, die er zur Durchführung der Kontrolle als notwendig erachtet, zu gewähren. Er hat über die im Rahmen seiner Kontrolltätigkeit gemachten Feststellungen Stillschweigen zu bewahren.
4. Die Kontrolle nach Absatz 1 der Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer ii wird frühestens nach einem Jahr nach Inkrafttreten des Abkommens durchgeführt und ist spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens abzuschließen.
5. Der Prüfer reicht bei der zuständigen liechtensteinischen Behörde einen Kontrollbericht ein, der die folgenden Informationen enthält:
 - a) die Bezeichnung des Repräsentanten, der einer Kontrolle unterzogen wurde;
 - b) den Einhaltungsgrad der Verpflichtungen, und zwar auf statistisch signifikante Weise.
6. Die zuständige liechtensteinische Behörde sammelt die Kontrollberichte, erstellt Statistiken und verfasst eine jährliche zusammenfassende Übersicht auf anonymer Basis, die der zuständigen österreichische Behörde übermittelt wird.
7. Die zuständige liechtensteinische Behörde meldet schwerwiegende oder wiederholte Verstöße der zuständigen Aufsichts- oder Disziplinarbehörde.

Art. 43 Besondere Kontrolle mit Bezug auf Teil 4 dieses Abkommens bei Zahlstellen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e Ziffer ii

1. Die zuständige liechtensteinische Behörde meldet im sechsten Monat nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres auf anonymer Basis der zuständigen österreichischen Behörde die Anzahl der liechtensteinischen intransparenten Vermögensstrukturen.
2. Bei 10 Prozent maximal jedoch 20 Fällen pro Kalenderjahr der unter Absatz 1 genannten liechtensteinischen intransparenten Vermögensstrukturen erfolgt eine gemeinsame Kontrolle der Erfüllung der Kriterien nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b dieses Abkommens sowie für die vergangenen 5 Steuerjahre der ordnungsgemäßen Entrichtung der Steuern gemäß Teil 4 dieses Abkommens durch einen Prüfungsausschuss im Sinne des Artikels 44 dieses Abkommens. Die Auswahl der zu prüfenden Vermögensstrukturen erfolgt nach dem Zufallsprinzip und gilt als Verfolgungshandlung im Sinne des Paragraphen 29 Absatz 3 Buchstabe a FinStrG. Der gemeinsame Ausschuss gemäß Artikel 49 kann gegebenenfalls die Anzahl der zu prüfenden Fälle anpassen.
3. Die liechtensteinische Behörde übermittelt dem Prüfungsausschuss alle Angaben, Beweismittel und Schriftstücke, die nach Ansicht der liechtensteinischen Behörde oder des Prüfungsausschusses für die Entscheidungsfindung nützlich sein können. Die liechtensteinische Behörde hat jeder Aufforderung des Prüfungsausschusses Angaben, Beweismittel oder Schriftstücke zu übermitteln, nachzukommen. Alle Informationen, die der Prüfungsausschuss im Zuge dieses Prüfungsverfahrens erhält, sind geheim zu halten und dürfen durch den Prüfungsausschuss ausschließlich für Zwecke dieses Prüfungsverfahrens verwendet werden.
4. Der Prüfungsausschuss beurteilt die zu prüfenden Fälle innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt der Informationen gemäß Absatz 3, längstens jedoch innerhalb von 12 Monaten, und berichtet darüber in anonymisierter Form den zuständigen Behörden. Kommt der Prüfungsausschuss zum Ergebnis, dass es sich bei einer Vermögensstruktur nicht um eine intransparente Vermögensstruktur handelt oder dass die Steuern gemäß Teil 4 dieses Abkommens nicht ordnungsgemäß entrichtet wurden, sind die Informationen gemäß Absatz 3 unter sinngemäßer Anwendung der im liechtensteinischen Amtshilfeverfahren vorgesehenen Rechtsschutzinstrumente von der zuständigen liechtensteinischen Behörde an die zuständige österreichische Behörde zu übermitteln.
5. Alle vom Prüfungsausschuss durchgeführten Verfahren sind vertraulich und werden in Liechtenstein durchgeführt.

Art. 44. Prüfungsausschuss zur Durchführung der Kontrolle gemäß Artikel 43

1. Zur Durchführung der gemeinsamen Kontrolle nominieren die Vertragsstaaten mit Inkrafttreten dieses Abkommens die für die Durchführung der Kontrolle erforderlichen unabhängigen Ausschussmitglieder. Ausschussmitglieder eines Vertragsstaates sind unabhängige Personen, die entweder die Voraussetzungen für die Ausübung richterlicher Aufgaben in ihrem Land erfüllen oder

Steuerexperten von allgemein anerkannter Kompetenz sein müssen. Die Vertragsstaaten können in begründeten Fällen ein vom anderen Vertragsstaat nominiertes Ausschussmitglied ablehnen.

2. Der Prüfungsausschuss besteht grundsätzlich aus 5 Mitgliedern (jeweils 2 Mitglieder aus einem der beiden Vertragsstaaten und 1 Vorsitzender) und wird erstmals mit Inkrafttreten des Abkommens eingesetzt. Die Mitglieder wählen eine Person als Vorsitzenden. Der Vorsitzende stammt jährlich alternierend aus dem einen oder dem anderen Vertragsstaat. Der gemeinsame Ausschuss gemäß Artikel 48 kann gegebenenfalls die Anzahl der Mitglieder reduzieren.

3. Die Kosten des Verfahrens des Prüfungsausschusses werden zu gleichen Teilen von den beteiligten Vertragsstaaten getragen.

Teil 6

Schlussbestimmungen

Art. 45 Reziproke Maßnahmen der Republik Österreich

Liechtenstein kann zum Zweck der Sicherung der Besteuerung von Kapitalerträgen, die in Liechtenstein ansässige Personen bei Zahlstellen in der Republik Österreich erzielen, von der Republik Österreich im Rahmen der grundsätzlichen Gegenseitigkeit dieses Abkommens die Einführung entsprechender Maßnahmen verlangen. Diese sind so auszugestalten, wie sie die Republik Österreich gegenüber anderen Staaten anwendet. Die Modalitäten werden in einer Vereinbarung zwischen den Vertragsstaaten festgelegt.

Art. 46 Verwendung von Informationen

1. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat im Rahmen der Durchführung dieses Abkommens erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staats beschafften Informationen und dürfen nur den Personen und Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder der Erhebung, der Vollstreckung oder der Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der vom Abkommen betroffenen Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

2. Ein Vertragsstaat kann zur Durchführung dieses Abkommens erhaltene Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Vertragsstaaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde des übermittelnden Vertragsstaates dieser anderen Verwendung zugestimmt hat.

3. Die in diesem Artikel enthaltenen Verwendungsbeschränkungen gelten nicht in Fällen einer freiwilligen Meldung nach den Artikeln 10 und 21.

Art. 47 Durchführung dieses Abkommens

Die Vertragsstaaten treffen alle zur Umsetzung dieses Abkommens notwendigen Maßnahmen, insbesondere den Erlass von Verfahrens-, Haftungs- und Strafvorschriften.

Art. 48 Konsultation

1. Bestehen zwischen den zuständigen Behörden hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens im Einzelfall Schwierigkeiten, so konsultieren sich die zuständigen Behörden und bemühen sich um Verständigung auf eine Lösung. Können sie sich nicht auf eine Lösung einigen, so legen sie die Angelegenheit dem gemeinsamen Ausschuss vor.

2. Die zuständige österreichische Behörde informiert die zuständige liechtensteinische Behörde über Änderungen des österreichischen Rechts zur Besteuerung von Erträgen, die durch dieses Abkommen erfasst werden.

3. Die zuständigen Behörden informieren sich gegenseitig über Entwicklungen, die das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens beeinträchtigen könnten. Hierzu gehören auch Informationen über einschlägige Abkommen, die ein Vertragsstaat mit einem Drittstaat abgeschlossen hat, insbesondere solche, die die Anwendung von Artikel 2 Buchstabe f und g und Artikel 20 betreffen.

Art. 49 Gemeinsamer Ausschuss

1. Die Vertragsstaaten setzen mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens einen paritätisch mit Vertreterinnen und Vertretern beider Vertragsstaaten besetzten gemeinsamen Ausschuss ein.

2. Der gemeinsame Ausschuss legt Form und Inhalt der in diesem Abkommen vorgesehenen Bescheinigungen fest.

3. Zusätzlich zu den dem gemeinsamen Ausschuss in anderen Bestimmungen dieses Abkommens übertragenen Aufgaben nimmt dieser folgende Funktionen wahr:

- a) Überprüfen des ordnungsgemäßen Funktionierens dieses Abkommens;
- b) Analyse von relevanten Entwicklungen;
- c) Abgabe von Empfehlungen an die Vertragsstaaten zur Änderung oder Revision dieses Abkommens.

Art. 50 Außerordentliche Umstände

Gefährden außerordentliche Umwälzungen auf den Finanzmärkten die Durchführung dieses Abkommens, so treten die Vertragsstaaten in Konsultation und treffen gemeinsam geeignete Maßnahmen.

Art. 51 Anhang

Der Anhang I ist ein integraler Bestandteil dieses Abkommens.

Art. 52 Inkrafttreten

1. Jeder Vertragsstaat notifiziert dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg, dass die innerstaatlichen gesetzlichen Erfordernisse für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind. Das Abkommen tritt am 1. Jänner des dem Eingang der späteren dieser Notifikationen folgenden Kalenderjahres in Kraft.
2. Bezüglich des Teils 3 und 4 dieses Abkommens werden Zahlungen und Zuwendungen erfasst, die ab dem Inkrafttreten dieses Abkommens geleistet werden.

Art. 53 Kündigung und Aufhebung

1. Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt wird.
2. Jeder Vertragsstaat kann dieses Abkommen durch Notifikation an den anderen Vertragsstaat zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren kündigen.
3. Beeinträchtigt ein Vertragsstaat die Wirkung dieses Abkommens in schwerwiegender Weise, so kann der andere Vertragsstaat dieses Abkommen durch Notifikation unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen. Vor der Notifikation informiert er den gemeinsamen Ausschuss und belegt gegenüber diesem die Beeinträchtigung dieses Abkommens durch den anderen Vertragsstaat.
4. Absatz 3 gilt sinngemäß, falls eine Steuersatzänderung nach Artikel 19 Absatz 2 nicht nachvollzogen wird.
5. Im Falle einer Kündigung dieses Abkommens:
 - a) bleiben die Ansprüche der betroffenen Person nach Artikel 22 unberührt;
 - b) erstellt Liechtenstein bei Ende der Anwendbarkeit dieses Abkommens eine Schlussabrechnung und tätigt eine abschließende Zahlung an die Republik Österreich.

Geschehen zu Vaduz, am 29. Jänner 2013, in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die
Republik Österreich
Maria Fekter m.p.

Für das
Fürstentum Liechtenstein
Klaus Tschütscher m.p.

Berechnung des Steuerbetrages

$$SB = \max \left\{ s \cdot \left[\frac{2}{3} \left(K_r - \frac{n}{8} \cdot K_b \right) + \frac{1}{3} \left(\frac{n}{10} \cdot K_r + \frac{2}{10} \left(\frac{K_9 + K_{10}}{2} \right) \right) \right] \right\} \quad (\text{"Grundformel"})$$

$s_{\min} = K_r$

wobei

$$K_9 = K_r + K_r \cdot r$$

$$K_{10} = K_r + K_r \cdot 2 \cdot r$$

$$K_r = \begin{cases} K_8, & \text{falls } K_{10} < K_8 \\ K_{10}, & \text{falls } K_8 \leq K_{10} \end{cases}$$

$$s' = \frac{SB}{K_r}$$

Um Negativsteuer zu verhindern, gilt:

Falls $K_r - \frac{n}{8} \cdot K_b < 0$, wird diese Größe gleich null gesetzt.

Der erhöhte Steuerbetrag SB' errechnet sich wie folgt:

Falls $s \geq 0.30$ (d.h. 30 %) und:

falls $2 \text{ Mio.} \leq K_r < 4 \text{ Mio.}$, dann gilt $s' = 0.32$

falls $4 \text{ Mio.} \leq K_r < 6 \text{ Mio.}$, dann gilt $s' = 0.34$

falls $6 \text{ Mio.} \leq K_r < 8 \text{ Mio.}$, dann gilt $s' = 0.36$

falls $8 \text{ Mio.} \leq K_r$, dann gilt $s' = 0.38$

Es gilt $SB' = s' \cdot K_r$.

Artikel 8 Absatz 5 legt fest, dass die Einmalzahlung in Euro berechnet wird. Alle Beträge in diesem Anhang sind somit in Euro.

SB	Steuerbetrag
SB'	Erhöhter Steuerbetrag
s	Steuersatz (30 %)
sl	Steuerbelastung
sl'	Erhöhte Steuerbelastung
K_r	Relevantes Kapital
n	Anzahl Jahre der Bankbeziehung vor dem 31.12.2011, $0 \leq n \leq 8$
K_b	Kapitalbestand am Ende des Jahres, in dem die Bankbeziehung eröffnet wurde. Für Bankbeziehungen, die vor dem 01.01.2004 eröffnet wurden, ist der Kapitalbestand am 31.12.2003 maßgebend.
i	Jahr i, $1 \leq i \leq 10$, wobei das Jahr 1 am 01.01.2004 beginnt
K_i	Kapitalbestand am Ende des Jahres i
K_8	Kapitalbestand am Ende des achten Jahres (31.12.2011)
K_{10}	Kapitalbestand am Ende des zehnten Jahres (31.12.2013)
K_9' , K_{10}'	Fiktives Kapital am Ende des neunten (31.12.2012), resp. des zehnten Jahres (31.12.2013)
R	Rendite (3 % per annum)
S_{\min}	Minimalsteuersatz (15 %)

Schlussakte

zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über Zusammenarbeit im Bereich der Steuern. Die Bevollmächtigten haben die folgenden Erklärungen angenommen, welche dieser Schlussakte beigelegt sind:

1. Gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten zu anderen Abgeltungssteuerabkommen
2. Gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten zur Umsetzung von Teil 3 dieses Abkommens
3. Gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten zu reziproken Maßnahmen der Republik Österreich
4. Gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten zur Wirkung der freiwilligen Meldung nach Artikel 11 dieses Abkommens
5. Gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten zur Behandlung von Trusts
6. Erklärung des Fürstentums Liechtenstein zur Umsetzung von Teil 2 dieses Abkommens
7. Erklärung des Fürstentums Liechtenstein zu Art. 35 Abs. 4
8. Erklärung der Republik Österreich betreffend den Erwerb entwendeter Daten von Kunden liechtensteinischer Finanzintermediäre

Unterzeichnet in Vaduz, am 29. Jänner 2013, in zwei Exemplaren in deutscher Sprache.

Für die
Republik Österreich
Maria Fekter m.p.

Für das
Fürstentum Liechtenstein
Klaus Tschüscher m.p.

Gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten zu anderen Abgeltungssteuerabkommen

Die Vertragsstaaten erklären, dass bei Abschluss weiterer Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern mit anderen Staaten diejenigen Vermögenwerte, die das Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern erfasst, vom Anwendungsbereich dieser weiteren Abkommen ausgenommen werden sollten. Durch solche weitere Abkommen dürfen die Grundsätze des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern nicht unterwandert werden.

Gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten zur Umsetzung von Teil 3 dieses Abkommens

Die Vertragsstaaten erklären, dass sie zügig nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern eine so genannte Konkordanztafel zur Unterstützung der praktischen Anwendung dieses Abkommens vereinbaren werden. Sie erklären weiter, dass liechtensteinische Zahlstellen, denen die Anwendung der liechtensteinischen-österreichischen Konkordanztafel im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde, bis zum 31. Dezember 2014 statt auf die liechtensteinisch-österreichische gültig auf die schweizerisch-österreichische Konkordanztafel abstellen dürfen (vgl. Anhang II des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt vom 13. April 2012). Dies gilt sinngemäß hinsichtlich der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für Veräußerungsgewinne, insbesondere für die Berücksichtigung von Anschaffungsnebenkosten gemäß Artikel 23 Absatz 1, für die Berücksichtigung von Aufwendungen, die unmittelbar im sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung anfallen sowie für die Besteuerung thesaurierter Veräußerungsgewinne gemäß Artikel 27 Buchstabe b. Ab dem 1. Jänner 2015 müssen alle liechtensteinischen Zahlstellen die liechtensteinisch-österreichische Konkordanztafel zur Anwendung bringen.

Gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten zu reziproken Maßnahmen der Republik Österreich

Die Vertragsstaaten erklären, dass im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern unter reziproken Maßnahmen der Republik Österreich solche Maßnahmen zu verstehen sind, wie sie die Republik Österreich in Anwendung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen gegenüber anderen Staaten anwendet.

Gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten zur Wirkung der freiwilligen Meldung nach Artikel 11 dieses Abkommens

Die Vertragsstaaten erklären, dass

1. die im Artikel 11 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über Zusammenarbeit im Bereich der Steuern vereinbarte Wirkung der freiwilligen Meldung als Selbstanzeige nach der vollständigen Offenlegung der für die Feststellung der Verkürzung bedeutsamen Umstände die Voraussetzungen des Paragraphen 29 Absatz 2 FinStrG erfüllt und
2. dass die für die Entrichtung der geschuldeten Beträge vorgesehene Frist des Paragraphen 29 Absatz 2 FinStrG erst ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe der geschuldeten Beträge durch die zuständige österreichische Behörde zu laufen beginnt.

Gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten zur Behandlung von Trusts

Die Vertragsstaaten erklären, dass in Liechtenstein verwaltete Trusts mit und ohne Persönlichkeit vom Anwendungsbereich des Abkommens erfasst sind, sofern der für die Abkommensanwendung allgemein erforderliche Bezug zu Österreich vorliegt. Trusts ohne Persönlichkeit werden unter dem Abkommen wie andere transparente Strukturen behandelt und somit findet Teil 3 auf die gesamten verwalteten Vermögenswerte im Sinne des Abkommens Anwendung.

Erklärung des Fürstentums Liechtenstein zur Umsetzung von Teil 2 dieses Abkommens

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein erklärt anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern ihre Erwartung, dass aufgrund der Regelung in Teil 2 dieses Abkommens das Gros der Einmalzahlungen im Verlaufe des Jahres 2014 an die Republik Österreich ausbezahlt werden kann. Sie wird die erwartete Entwicklung auf geeignete Weise mit angemessenen Mitteln unterstützen.

Erklärung des Fürstentums Liechtenstein zu Art. 35 Abs. 4

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein erklärt, dass die Erreichung oder Nichterreichbarkeit des Stiftungszwecks und eine darauf abstützende Auflösung einer Stiftung rechtsgültig nur im Einklang mit Art. 552 § 39 des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts vorgenommen werden kann. Somit bedarf es zur Feststellung, ob der Stiftungszweck erreicht oder nicht mehr erreichbar ist, jeweils einer Beurteilung der Umstände des Einzelfalls. Eine willkürliche Auflösung einer Stiftung ist gesetzeswidrig.

Erklärung der Republik Österreich betreffend den Erwerb entwendeter Daten von Kunden liechtensteinischer Finanzintermediäre

Die Regierung der Republik Österreich erklärt anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern, dass sich die österreichischen Finanzbehörden nicht aktiv um den Erwerb von bei liechtensteinischen Finanzintermediären entwendeten Kundendaten bemühen werden.

[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN ON COOPERATION IN THE FIELD OF
TAXATION

The Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein,
Desiring further to consolidate fiscal relations between the two States;
Seeking to strengthen cooperation in tax matters and to promote reciprocal competition;
Considering the existing close cooperation in the field of double taxation;
Have agreed as follows:

PART I. GENERAL PROVISIONS

Article 1. Contents and purpose

1. The objective of this Agreement is to ensure the effective taxation of relevant persons in the Republic of Austria through bilateral cooperation.

2. In furtherance of this objective, the Contracting States agree on bilateral cooperation in essence comprising the following elements:

- (a) Assets of relevant persons resident in the Republic of Austria which are held by a Liechtenstein paying agent shall be subject to retroactive taxation under this Agreement;
- (b) In accordance with the provisions of this Agreement, compensatory tax shall be levied on payments of income from and capital gains on assets of relevant persons resident in the Republic of Austria which are held by a Liechtenstein paying agent;
- (c) Assets of relevant persons resident in the Republic of Austria which are managed by a Liechtenstein paying agent, whether they are located in Liechtenstein or abroad, shall be covered by this Agreement;
- (d) The taxation of donations to and distributions from non-transparent asset structures shall be regulated;
- (e) Under this Agreement, Liechtenstein may require the Republic of Austria to introduce measures to ensure the taxation of residents of Liechtenstein in respect of capital gains on assets held by paying agents in the Republic of Austria.

3. Notwithstanding any other provisions, this Agreement shall not apply to interest payments or gains on which a retention is levied in pursuance of the Agreement of 7 December 2004 between the European Community and the Principality of Liechtenstein providing for measures equivalent to those laid down in Council Directive 2003/48/EC on taxation of savings income in the form of interest payments (hereinafter referred to as the “Agreement on the taxation of interest”), or when voluntary disclosure occurs. Part 2 of this Agreement shall remain unaffected.

4. Notwithstanding any other provisions, the reference to the Agreement on the taxation of interest in paragraph 3 refers to the amended version of the Agreement with effect from the date of the application of the pertinent provisions of any amendments to the Agreement on the taxation of interest, including through a new Agreement.

Article 2. Definitions

1. For the purposes of this Agreement, unless otherwise defined:

- (a) The term “Contracting State” means the Republic of Austria or the Principality of Liechtenstein, as the context requires;
- (b) The term “Republic of Austria” means the territory of the Republic of Austria;
- (c) The term “Liechtenstein” means the Principality of Liechtenstein and, used in the geographical sense, the territory of the Principality of Liechtenstein;
- (d) The term “competent authority” means:

– In the Republic of Austria, the Federal Minister of Finance or the authority designated by him or her;

– In Liechtenstein, the Government of the Principality of Liechtenstein or its authorized representative;

(e) The term “Liechtenstein paying agent” means:

- (i) Banks under Liechtenstein banking law and securities dealers;
- (ii) Natural and legal persons resident in Liechtenstein under Liechtenstein law, including partnerships and permanent establishments of foreign companies which in the course of their business regularly accept, hold, invest or transfer assets of third parties or merely pay or secure the payment of interest under article 18 (1). This term shall include natural and legal persons licensed under the Trustee Act and persons holding authorization under article 180a of the Liechtenstein Persons and Companies Act (Personen-und Gesellschaftsrecht), insofar as such persons are a member of the administrative body of an asset structure.

For the purposes of part 3 of this Agreement, persons are not considered to be paying agents solely because they pay out dividends or interest directly to their shareholders or creditors, provided that the total amount of the annual payments of dividends or interest does not exceed 1 million Swiss francs;

(f) The term “assets” means:

- (i) The capital booked in accounts or securities accounts held by Liechtenstein paying agents within the meaning of (e) (i);
- (ii) Assets within the meaning of section 4 (1) (g) of the Liechtenstein Asset Management Act (Vermögensverwaltungsgesetz), whether they are located in Liechtenstein or abroad, which are managed by Liechtenstein paying agents within the meaning of (e) (ii), except for assets which are:

– Booked in Austrian accounts or securities accounts and subject to capital gains tax, or

– Booked in accounts or securities accounts to which the Agreement between the Republic of Austria and the Swiss Confederation on cooperation in tax matters and the financial market applies.

The contents of safe deposit boxes and insurance contracts which are regulated by the Liechtenstein Financial Market Authority shall not be regarded as assets, with the exception of assets held by a life insurance company for a policy holder in connection with individually managed capital combined with minimal risk protection and conditions regarding pay-out and redemption which are not limited to death, disability or illness (hereinafter referred to as “life insurance wrappers”);

- (g) The term “account” or “securities account” means an account or a securities account in which assets within the meaning of (f) are booked;
- (h) In the case of a paying agent within the meaning of (e) (i), “relevant person” means a natural person resident in the Republic of Austria who:
- (i) As a contractual partner of a Liechtenstein paying agent, is the account holder or securities account holder and beneficial owner of the assets in question, or
 - (ii) Is, in accordance with the conclusions of a Liechtenstein paying agent drawn in line with the prevailing due diligence obligations in Liechtenstein and taking into consideration all the circumstances known to it, the beneficial owner of assets held by:

– A domiciliary company (in particular legal persons, companies, institutions, foundations, trusts, trust companies and similar associations not exercising any trading or manufacturing activity or another form of commercial operations), or

– A life insurance company in connection with a life insurance wrapper, or

– Another natural person by means of an account or securities account with a Liechtenstein paying agent.

A domiciliary company is considered to be a beneficial owner in exceptional cases if proof is provided that it is itself subject to effective taxation under the law of its place of establishment or its place of effective management, or that it is treated as non-transparent with reference to its income under Austrian law.

A natural person resident in the Republic of Austria is not considered to be a relevant person with regard to assets of associations of persons, asset structures, trusts or foundations, when no firm economic entitlement to such assets exists.

The beneficial owner of a life insurance wrapper is not considered a relevant person, when the insurance company demonstrates to the Liechtenstein paying agent that the taxation requirements for the life insurance policy to be recognized in the Republic of Austria have been fulfilled.

For the purposes of part 3 of this Agreement, a natural person is not considered a relevant person when he or she:

Acts as a Liechtenstein paying agent, or

– Acts on behalf of a legal person, an investment fund or comparable investment scheme, or

– Acts on behalf of another natural person, being the relevant person, who discloses to the paying agent his or her identity and place of residence.

Where a Liechtenstein paying agent has information suggesting that the natural person who receives income payments in accordance with article 18 (1) or for whom such income payments

are secured, is not the relevant person, it shall take reasonable steps to establish the identity of the relevant person. If the Liechtenstein paying agent is unable to identify the relevant person, it shall treat the natural person in question as the relevant person.

In cases of universal succession, the legal successor shall take the place of the relevant person.

If at least one relevant person holds an interest in a collective or joint account, the assets are to be attributed to the relevant person, unless the Liechtenstein paying agent can determine all the persons holding an interest. In this case, the assets shall be allocated according to the number of contractual partners (on a “per capita” basis) and income from or gains on such assets credited accordingly, unless the Liechtenstein paying agent has been informed of a different entitlement quota and supports it with appropriate documentation. If at least one relevant person holds an interest in a partnership, the rules for collective and joint accounts apply accordingly.

- (i) In the case of a paying agent within the meaning of (e) (ii), the term “relevant person” means:
 - (i) A natural person resident in the Republic of Austria who is the beneficial owner of the assets of a transparent asset structure within the meaning of paragraph 2. If a qualified interest in a domiciliary company or life insurance wrapper is contained in the managed assets, the procedure under (h) shall be followed as appropriate, having regard to article 31; if at least one relevant person is a beneficial owner of assets of a transparent asset structure, the assets shall be attributed to the relevant person. This shall not apply when the Liechtenstein paying agent can identify all the beneficial owners. In this case, the assets shall be allocated according to the number of beneficial owners (on a “per capita” basis) and income from or gains on such assets credited accordingly, unless the Liechtenstein paying agent has been informed of a different entitlement quota and supports its with appropriate documentation, or
 - (ii) A natural person resident in the Republic of Austria who contributes to a non-transparent asset structure within the meaning of (n) or who receives distributions therefrom.

For the purposes of articles 33 and 34, the term “relevant person” also applies to a corporation resident in the Republic of Austria.

- (j) The term “account holder” or “securities account holder” means the person who, with regard to the assets of a relevant person, is the contractual party of a Liechtenstein paying agent within the meaning of (e);

- (k) The following terms mean:

- “Appointed date 1” 31 December 2003;
- “Appointed date 2” 31 December 2011;
- “Appointed date 3” the last day of the fifth month after the entry into force of this Agreement;
- “Appointed date 4” the last day of the sixth month after the entry into force of this Agreement;

- (l) The following terms mean:

- “BAO” the Austrian Federal Fiscal Code;
- “EstG” the 1988 Austrian Income Tax Act;

- “VersStG” the 1953 Insurance Tax Act;
- “VbVG” the Austrian Corporate Criminal Liability Act;
- “FinStrG” the Austrian Financial Crime Act;
- “StiftEG” the Austrian Act on Foundation Receipt Tax;
- “StGB” the Austrian Criminal Code;
- “SteG” the Liechtenstein Tax Act;
- “PGR” the Liechtenstein Persons and Companies Act.

Where in this Agreement reference is made to a legal provision of a Contracting State, the version in force at the date of signature of the Agreement shall apply.

- (m) The term “asset structures” means foundations, comparable institutions and special asset endowments with or without legal personality;
- (n) The term “non-transparent asset structures” means asset structures managed in Liechtenstein which must be regarded as non-transparent within the meaning of paragraph 2;
- (o) The term “contribution” or “distribution” means the gratuitous transfer of assets in an open or hidden manner, irrespective of the reason therefor.

A distribution from a non-transparent asset structure also exists when:

- A condition or a time limit is attached to the asset transfer;
- Non-cash benefits are provided (for example the right to use real estate);
- Business assets are transferred gratuitously to a non-transparent asset structure and it grants benefits in respect thereof (e.g. mixed donation, or unconditional donation);
- There is succession to the accounts payable of the non-transparent asset structure.

2. Notwithstanding any other provisions of this Agreement, the following shall apply:

- (a) For the purposes of part 2 of this Agreement, asset structures managed in Liechtenstein shall always be considered transparent in respect of income and capital.
- (b) For the purposes of parts 3 and 4 of this Agreement, asset structures with legal personality in Liechtenstein shall be considered non-transparent when all the following conditions are met:

- Neither the founder, nor a beneficiary or another related person is a member of the board or a body which has authority to issue instructions to the board;
- The board may not be dismissed by the founder, a beneficiary or another related person without good reason;
- No express or implied mandate agreement exists.

These prerequisites shall apply mutatis mutandis to all asset structures with legal personality.

Article 3. Identity and place of residence of relevant persons

1. In order to establish the identity and place of residence of relevant persons, the paying agent shall keep a record of the name, first name, date of birth, address and residence details in accordance with the prevailing due diligence obligations in Liechtenstein in place when

establishing business relations. For contractual relations entered into, or transactions carried out in the absence of contractual relations on or after the date of entry into force of this Agreement, for natural persons presenting a passport or identity card issued by the Republic of Austria who declare themselves to be resident in a State other than the Republic of Austria or Liechtenstein, residence shall be established by means of a tax residence certificate issued by the competent tax authority of the State in which the natural person claims to be a resident.

2. For the purposes of part 2 of this Agreement, residence shall be determined as at appointed date 2. Residence shall be determined in accordance with the principles of paragraph 1.

PART 2. RULES GOVERNING THE RETROACTIVE TAXATION OF ASSETS

Article 4. Notification of the relevant person by the Liechtenstein paying agent

1. Liechtenstein paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (i), shall within two months of the entry into force of this Agreement at the latest give notice to account holders and securities account holders and Liechtenstein paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (ii) of the contents of this Agreement and the resulting rights and duties of the relevant person.

2. For a relevant person establishing a business relationship with a Liechtenstein paying agent between the date of the entry into force of this Agreement and appointed date 3, such notice shall be given in accordance with paragraph 1 at the time the contract is finalized and include a reference to article 7.

Article 5. Rights and duties of the relevant person

1. A relevant person who has an account or a securities account with the same Liechtenstein paying agent within the meaning of article 2 (1) (e) (i) on appointed date 2 and on date of the entry into force of this Agreement must inform the Liechtenstein paying agent in writing by appointed date 3 at the latest for which accounts or securities accounts existing on the date of the entry into force of this Agreement the retroactive tax should be settled by a one-off payment in accordance with article 8, and for which accounts or securities accounts it authorizes the Liechtenstein paying agent to make a voluntary disclosure in accordance with article 10. Retroactive tax on all assets managed by a Liechtenstein paying agent within the meaning of article 2 (1) (e) (ii) must be settled by a one-off payment, or voluntary disclosure of such assets must be authorized. Notification is irrevocable as from the date of the entry into force of this Agreement.

2. If the relevant person opts for the settlement of retroactive tax by a one-off payment in accordance with article 8, he or she must ensure that he or she has sufficient funds for the settlement of the one-off payment.

3. Where a relevant person fails to provide the information referred to in paragraph 1 by appointed date 3, retroactive taxation of the accounts or securities accounts shall be settled by one-off payment in accordance with article 8.

4. If the account holder or securities account holder is not the relevant person, the Liechtenstein paying agent within the meaning of article 2 (1) (e) (i) is entitled to act in accordance with the instructions and declarations of the account holder or securities account holder.

Article 6. Relationship between paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (i) and (ii)

Paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (ii) are responsible for carrying out the obligations under part 2 of this Agreement in respect of relevant persons within the meaning of article 2 (1) (i). One-off payments levied by Liechtenstein paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (i) shall be deducted from the total amount of the one-off payment.

Article 7. Establishment of a new customer relationship and a change in paying agent

1. The following shall apply in respect of paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (i):
 - (a) A relevant person establishing a customer relationship with a Liechtenstein paying agent between appointed date 2 and appointed date 3 must inform the Liechtenstein paying agent in writing by appointed date 4 at the latest whether:
 - (i) The assets placed were booked with a Liechtenstein paying agent on appointed date 2, and
 - (ii) The customer relationship with this Liechtenstein paying agent still existed on the date of the entry into force of this Agreement.
 - (b) Where the assets referred to in the information supplied under paragraph 1 were booked with a Liechtenstein paying agent on appointed date 2 and the customer relationship between the relevant person and that Liechtenstein paying agent no longer existed on the date of the entry into force of this Agreement, the new Liechtenstein paying agent shall carry out the measures provided for in part 2 of this Agreement. The previous Liechtenstein paying agents have a duty of cooperation. By appointed date 4 at the latest, the relevant person must:
 - (i) Provide the new Liechtenstein paying agent with the information referred to in article 5 (1), and
 - (ii) Authorize the new Liechtenstein paying agent in writing to request from the previous Liechtenstein paying agent all the necessary information to settle the retroactive taxation by a one-off payment in accordance with article 8, or to make the voluntary disclosure in accordance with article 10, depending on the information provided under article 5 (1), and
 - (iii) Authorize the previous Liechtenstein paying agent in writing to transfer all the necessary information to the new Liechtenstein paying agent in order to settle the retroactive taxation by a one-off payment in accordance with article 8, or to make the voluntary disclosure in accordance with article 10.
 - (c) If according to the information provided in accordance with (a) the assets were booked with a Liechtenstein paying agent on appointed date 2 and if a customer relationship with that Liechtenstein paying agent still existed on the date of the entry into force of this Agreement, the new Liechtenstein paying agent shall not carry out any further measures provided for in part 2 of this Agreement in respect of the assets of the relevant person which are booked with it.
 - (d) If according to the information provided in accordance with paragraph 1 the assets were not booked with or managed by a Liechtenstein paying agent on appointed date 2, the new Liechtenstein paying agent shall not carry out any further measures

provided for in part 2 of this Agreement in respect of the assets of the relevant person which are booked with it.

- (e) If the relevant person does not fulfil the duties set forth in paragraphs 1 and 2, the new Liechtenstein paying agent shall report the identity and residence of the relevant person. The procedure under article 10 shall apply *mutatis mutandis*. Written authorization from the relevant person is not necessary in this case.
2. The following shall apply to paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (ii):
- (a) If the assets were managed by a Liechtenstein paying agent on appointed date 2, the Liechtenstein paying agent managing the assets of the relevant person on appointed date 3 shall carry out the measures provided for in part 2 of this Agreement. If the assets are no longer managed by a Liechtenstein paying agent on appointed date 3, the Liechtenstein paying agent which managed the assets of the relevant person on the date of the entry into force of this Agreement shall carry out the measures provided for in part 2 of this Agreement.
 - (b) If the assets were not managed by a Liechtenstein paying agent on appointed date 2, none of the measures provided for in part 2 of this Agreement shall be carried out.

Article 8. Settlement of retroactive taxation by one-off payment

1. Subject to articles 6, 7 and 12, Liechtenstein paying agents shall levy a one-off payment on appointed date 3 in respect of the assets booked with, or managed by it.

2. The one-off payment shall be calculated in accordance with annex I to this Agreement. The tax rate shall be 30 per cent.

3. At the time the one-off payment is levied, the Liechtenstein paying agent shall issue a certificate in the prescribed form for the attention of the relevant person. The certificate shall contain the following details:

- (a) Identity (name and date of birth) and residence of the relevant person;
- (b) The Austrian tax office number and tax reference number and/or the Austrian social insurance number, if known;
- (c) Name and address of the Liechtenstein paying agent; if the assets are only managed by the paying agent (article 2, (1) (f) (ii)), the name and address of the natural or legal person for whom the assets are booked on accounts or securities accounts.
- (d) Customer number of the relevant person (customer number, account number or securities account number, IBAN code); if the assets are only managed by the paying agent (article 2 (1) (f) (ii)) the customer number of the relevant person in the case of the natural or legal person for whom the assets are booked on accounts or securities accounts;
- (e) Amount of the one-off payment and method of calculation.

The certificate shall be considered approved if the relevant person does not object to it within 30 days of issue.

4. After approval of the certificates in accordance with paragraph 3, the Liechtenstein paying agent shall transfer the one-off payments which have been levied to the competent Liechtenstein authority in monthly instalments. The first transfer shall take place one month after appointed date 3. The competent Liechtenstein authority shall transmit the one-off payments to the

competent Austrian authorities, with the Liechtenstein competent authority retaining a collection commission of 4,000,000 euros. The first transmission shall take place two months after appointed date 3.

5. The one-off payments in accordance with paragraph 2 shall be calculated, deducted and transferred to the Liechtenstein competent authority by the Liechtenstein paying agent in euros. If the account or securities account is not denominated in that currency, the Liechtenstein paying agent shall convert the amount at the exchange rate for the appointed dates of the calculation as published by SIX AG. The transmission by the competent Liechtenstein authority to the competent Austrian authority shall also take place in euros.

6. The complete crediting of the one-off payment to the settlement account set up for this purpose with the Liechtenstein paying agent shall be deemed to satisfy claims to Austrian inheritance tax and gift tax claims, collective federal duties in accordance with section 8 (1) first sentence first and third case of the 2008 Austrian Fiscal Equalization Act (Finanzausgleichsgesetz), Austrian tax on foundation receipts and Austrian insurance tax which have arisen in respect of assets booked or managed on the corresponding accounts or securities accounts. The amount covered by the effect of satisfaction at the date of the entry into force of this Agreement is equal to the relevant capital Cr within the meaning of annex 1 to this Agreement. According to this:

- (a) If C10 is smaller than C8 then Cr equals C8;
- (b) If C10 is equal to or greater than C8 then Cr equals C10.

If inflows of assets come directly or indirectly from the Republic of Austria and leave the Republic of Austria between the date of signature and the date of entry into force of this Agreement, the first sentence shall not apply. The portion of the one-off payment levied on these assets shall be regarded as anticipatory payment within the meaning of section 45 of the Austrian Income Tax Act (Einkommenssteuergesetz) for the 2014 assessment period. Section 46 (2) of the Austrian Income Tax Act shall not apply.

7. Tax claims which arose before appointed date 1 shall be considered to be satisfied to the same extent as the tax claims referred to in paragraph 6.

8. The effect of satisfaction referred to in paragraphs 6 and 7 shall cover all joint and several debtors in accordance with the Austrian Federal Fiscal Code (Bundesabgabenordnung).

9. There shall be no effect of satisfaction as defined in paragraphs 6 to 8 if:

- (a) The assets are derived from a punishable act referred to in section 165 (1) of the Austrian Criminal Code (Strafgesetzbuch) (money laundering) (with the exception of section 33 of the Austrian Financial Crime Act (Finanzstrafgesetz) read together with sections 38a or 39 of the Austrian Financial Crime Act, or
- (b) At the time of signature of this Agreement the competent authorities under Austrian law have definite indications that there are untaxed assets of the relevant person on accounts or securities accounts with a Liechtenstein paying agent and that this was known to the relevant person, or that legal proceedings in connection with a financial offence have been initiated with regard to such assets (section 39 (3) (a) of the Austrian Financial Crime Act).

In these cases, a one-off payment by the competent authority under Austrian law shall be treated as a voluntary payment towards the taxes owed by the relevant person. Section 214 (1) of the Austrian Federal Fiscal Code applies *mutatis mutandis*.

10. Paragraphs 6 and 7 shall not affect the calculation of the value added tax resources base in accordance with Council Regulation 1553/89/EC of 29 May 1989.

Article 9. Prosecution of financial offences in the event of one-off payment

1. If tax claims are satisfied by one-off payment in accordance with article 8, no criminal proceedings shall be initiated for tax evasion in relation to those tax claims or for non-compliance with disclosure requirements in respect of the assets concerned.

2. If an offence other than a financial offence cannot be penalized or punished owing to criminal liability for a financial offence, this shall also apply when criminal liability for a financial offence lapses by reason of this Agreement.

Article 10. Voluntary disclosure

1. The one-off payment in accordance with article 8 shall not be levied if the relevant person authorizes his or her Liechtenstein paying agent by appointed date 2 at the latest to report the information listed in paragraph 2 to the competent Austrian authority.

2. When written authorization has been given by the relevant person, the Liechtenstein paying agent shall send the following details to the competent Liechtenstein authority:

- (a) Identity (name and date of birth) and place of residence of the relevant person;
- (b) The Austrian tax office number and tax reference number and/or the Austrian social insurance number, if known;
- (c) Name and address of the Liechtenstein paying agent; if the assets are only managed by the paying agent (article 2, (1) (f) (ii), the name and address of the natural or legal person for whom the assets are booked on accounts or securities accounts;
- (d) Customer number of the relevant person (customer number, account number or securities account number, IBAN code); if the assets are only managed by the paying agent (article 2 (1) (f) (ii)) the customer number of the relevant person in the case of the natural or legal person for whom the assets are booked on accounts or securities accounts;
- (e) Yearly account balance as at 31 December for the period between appointed date 1 and the date of the entry into force of this Agreement.

This information shall be transmitted on a monthly basis. The first transmission shall take place one first month after appointed date 3. The last transmission shall take place six months after appointed date 3.

3. The competent Liechtenstein authority shall transmit the information referred to in paragraph 2 to the competent Austrian authority on a monthly basis. The first transmission shall take place two months after appointed date 3. The last transmission shall take place seven months after appointed date 3. The Liechtenstein paying agent shall transmit later reports without delay to the competent Liechtenstein authority, which shall forward them without delay to the competent Austrian authority.

4. In the event of voluntary disclosure, the relevant person shall receive a certificate regarding the information transmitted from the Liechtenstein paying agent.

5. If the competent Austrian authority is unable to identify the relevant person from the information provided, it may request further information from the competent Liechtenstein authority.

Article 11. Prosecution of financial offences in the event of voluntary disclosure

1. If the inspection of the details provided under article 10 (2) shows that tax evasion has come about through a breach of the duty to report, disclose or tell the truth in tax matters, as from the date of the written authorization referred to in article 10 (1) voluntary disclosure shall be regarded as self-denunciation within the meaning of section 29 (1), first sentence, of the Austrian Financial Crime Act with regard to the reported accounts or securities accounts. The legal consequences shall be determined in accordance with section 29 of the Austrian Financial Crime Act. For the purpose of determining the evasion, the relevant person must disclose any essential circumstances within a reasonable period of time set by the competent Austrian authority.

2. The legal consequences referred to in paragraph 1 shall not take effect, if

- (a) The assets are derived from a punishable act referred to in section 165 (1) of the Austrian Criminal Code (money laundering) (with the exception of section 33 of the Austrian Financial Crime Act read together with sections 38a and 39 of the Austrian Financial Crime Act), or
- (b) At the date of signature of this Agreement, all or some of the objective elements of the act constituting the offence had already been discovered and the relevant person was aware of this, or legal proceedings had been initiated with regard to this matter (section 29 (3) (a) of the Austrian Financial Crime Act).

Article 12. Insufficient funds for the levying of the one-off payment

1. When a relevant person, in response to notification from the Liechtenstein paying agent in accordance with article 4, informs the Liechtenstein paying agent in writing that he or she wishes the levying of one-off payment in accordance with article 8, but that on appointed date 3 he or she does not have sufficient funds on the account in question with the Liechtenstein paying agent, the Liechtenstein paying agent must grant the relevant person in writing an extension of no more than eight weeks in order to secure sufficient funds on the account. At the same time, it must draw the attention of the relevant person to the possible consequences provided for in paragraph 3. The same shall apply when the one-off payment is levied on the basis of article 5 (3).

2. When an extension is granted in accordance with paragraph 1, the Liechtenstein paying agent shall levy the one-off payment on the day the extension ends. The effect of the one-off payment shall be equal to that of the one-off payment in accordance with article 8 (6), except that it becomes operative only when it is credited to the settlement account of the Liechtenstein paying agent.

3. If on the date of entry into force, a relevant person has an account or securities account with the Liechtenstein paying agent but a one-off payment cannot be levied in full owing to insufficient funds, the Liechtenstein paying agent must disclose the relevant person in accordance with article 10. Written authorization of the relevant person is not necessary in this case.

4. Paragraphs 1 to 3 shall apply *mutatis mutandis* to paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (ii).

Article 13. Failure to identify a relevant person

1. If a Liechtenstein paying agent fails to identify a relevant person and to inform him or her of his or her rights and duties under article 5 and if this person is subsequently identified as a relevant person by the Liechtenstein paying agent, the relevant person may nonetheless exercise the rights and perform the duties under article 5 if the competent authorities of the Contracting States so agree. Retroactive taxation under article 8 or voluntary disclosure under article 10 must take place within a time limit jointly determined by the competent authorities of the Contracting States.

2. When a retroactive one-off payment is levied in accordance with paragraph 1, the Liechtenstein paying agent shall charge the relevant person an additional 0.5 per cent interest on arrears for each full month between appointed date 3 and the levying of the one-off payment.

Article 14. Partial or wrongful levying of the one-off payment

1. Where a Liechtenstein paying agent does not levy the one-off payment referred to in article 8 in full owing to an error in calculation or execution, the Liechtenstein paying agent may subsequently debit the missing sum and in addition charge the relevant person interest on arrears in accordance with article 13 (2). The Liechtenstein paying agent shall remain bound to make the appropriate late payment to the competent Liechtenstein authority. This shall also apply to interest on arrears. The competent Liechtenstein authority shall forward the subsequent one-off payments and interest on arrears without delay to the competent Austrian authority.

2. In the cases referred to in paragraph 1, article 8 (6) shall also have effect when the relevant person has without gross negligence failed to recognize the error in calculation or execution. If the error in calculation or execution referred to in paragraph 1 has been rectified, article 8 (6) shall always take effect.

3. If the one-off payment has been made without legal foundation, the relevant person shall be entitled to claim reimbursement of the one-off payment from the competent Austrian authority.

Article 15. Effect of certification

Where for reasons other than the implementation of this Agreement, the Austrian authority competent under Austrian law becomes aware of assets on which retroactive tax was paid in accordance with article 8 or which were voluntarily disclosed in accordance with article 10, the relevant person must provide evidence that tax liability on these assets has been discharged in accordance with this Agreement, or that these assets were disclosed to the competent Austrian authority in accordance with article 10. Presentation of a certificate issued by a Liechtenstein paying agent in accordance with articles 8 (3) or 10 (4) shall be considered evidence. Where the validity of the certificate is doubtful, the Austrian authority competent under Austrian law may request the competent Liechtenstein authority to verify the validity of the certificate with the cooperation of the competent Austrian authority. For this purpose, the competent Liechtenstein authority shall ensure that it is possible to relate every certificate to a one-off payment.

Article 16. States of destination of withdrawn assets

The competent Liechtenstein authority shall within 12 months of appointed date 3 inform the competent Austrian authority of the ten most important States or territories, in the order of their importance measured in terms of the volume of assets, to which the relevant persons who closed their accounts or securities accounts between the signature and entry into force of this Agreement have transferred the assets from the accounts and securities accounts which were closed. The report shall also include the number of relevant persons for each State or territory. The Contracting States shall not make public the data collected and reported under this article.

Article 17. Renunciation of the prosecution of offences and misdemeanours, liability

1. Parties to financial offences relating to assets within the meaning of this Agreement which were committed before the signature of this Agreement by a relevant person shall not be prosecuted. In these cases, no fines shall be imposed on associations within the meaning of the Austrian Corporate Criminal Liability Act (Verbandsverantwortlichkeitsgesetz) which were responsible for these financial offences. The first and second sentences shall not apply if, at the date of signature of this Agreement, all or some of the objective elements of the act constituting the offence had already been discovered and the parties were aware of this, or legal proceedings had been initiated with regard to this matter (section 29 (3) (a) of the Austrian Financial Crime Act).

2. Subject to the prerequisites of paragraph 1, there shall be no liability under section 11 of the Austrian Federal Fiscal Code.

3. Parties to offences or misdemeanours committed in connection with the acquisition of tax-relevant data prior to the signature of this Agreement shall not be prosecuted under either Liechtenstein or Austrian law; any pending proceedings shall be closed. This shall not apply to proceedings under Liechtenstein law against staff of Liechtenstein paying agents.

PART 3. LEVYING OF WITHHOLDING TAX BY LIECHTENSTEIN PAYING AGENTS

Article 18. Levying of a compensatory tax equivalent to Austrian income tax by Liechtenstein paying agents

1. Liechtenstein paying agents shall levy an amount (hereinafter referred to as “the tax”) equivalent to Austrian income tax on the following income and capital gains of relevant persons:

- (a) Interest income;
- (b) Dividend income;
- (c) Income other than that referred to in (a) and (b);
- (d) Capital gains.

Remuneration or benefits granted in place of the income or gains referred to in (a) to (d) shall also be subject to tax.

2. The relevant person shall be liable for the tax referred to in paragraph 1. The tax rate shall be 25 per cent.

3. Austrian income tax liability shall be considered discharged on the income and gains referred to in paragraph 1 if they are subject to the tax and the Austrian Income Tax Act regards such tax as due settlement in respect of the income and gains.

Article 19. Amendment of tax rates

1. The competent Austrian authority shall inform the competent Liechtenstein authority in writing of amendments to tax rates under Austrian law which concern income and gains taxed under part 3 of this Agreement.

2. Tax rates under Austrian law which are amended after the signature of this Agreement shall apply simultaneously to the taxation of the corresponding income and gains under this Agreement, unless the competent Liechtenstein authority states in writing within 30 days of receipt of notification by the competent Austrian authority that the amended rates will not be replicated when implementing the Agreement. The competent Liechtenstein authority shall publish all amended tax rates without delay and shall ensure that the Liechtenstein paying agents are informed of them.

Article 20. Relationship to other taxes

1. The levying of possible Liechtenstein withholding tax shall remain unaffected. The Liechtenstein paying agent may on its own behalf and on behalf of the relevant person apply for full or partial reimbursement, if provision is made for this in the double taxation agreement between Liechtenstein and the Republic of Austria. Withholding tax which cannot be reimbursed under the double taxation agreement (residual tax) shall be deducted from tax under article 18 (1) and (2). However, this deduction may not exceed the amount of tax under article 18 (1) and (2).

2. If income and capital gains are subject to withholding tax in the Republic of Austria in accordance with article 18 (1), the Liechtenstein paying agent shall deduct this withholding tax from the tax referred to in article 18 (1) and (2). However, this deduction may not exceed the amount of tax under article 18 (1) and (2).

3. If the income and capital gains referred to in article 18 (1) are subject to withholding tax in a third State, the Liechtenstein paying agent shall deduct this withholding tax from the tax referred to in article 18 (1) and (2), when the double taxation agreement between the Republic of Austria and the third State precludes the refunding of this withholding tax (residual tax rate). However, this deduction may not exceed the amount of tax under article 18 (1) and (2).

4. Liechtenstein income and capital gains tax paid by an asset structure which is not considered to be non-transparent under article 2 (2) (b) may not be deducted from the tax referred to in article 18 (1) and (2).

Article 21. Voluntary disclosure

1. Where a relevant person expressly authorizes a Liechtenstein paying agent to disclose the income and capital gains on an account or securities account to the competent Austrian authority, the paying agent shall disclose the income and capital gains within the meaning of article 18 (1) realized on an account or securities account instead of levying the tax.

2. The disclosure shall include the following information:

- (a) Identity (name and date of birth) and place of residence of the relevant person;
- (b) The Austrian tax office number and tax reference number and/or the Austrian social insurance number, if known;
- (c) Name and address of the Liechtenstein paying agent; if the assets are only managed by the paying agent (article 2 (1) (f) (ii), the name and address of the natural or legal person for whom the assets are booked on accounts or securities accounts;
- (d) Customer number of the relevant person (customer number, account number or securities account number, IBAN code); if the assets are only managed by the paying agent (article 2 (1) (f) (ii)) the customer number of the relevant person in the case of the natural or legal person for whom the assets are booked on accounts or securities accounts;
- (e) The tax year concerned;
- (f) The total amount of the gains or losses calculated in accordance with article 23 or the total amount of the income and capital gains within the meaning of article 18 (1) (a) to (d).

Article 22. Taxation in the assessment procedure in the Republic of Austria

Tax levied in accordance with article 18 (1) and (2) shall be considered to be capital gains tax within the meaning of section 93 of the Austrian Income Tax Act.

Article 23. Assessment basis

1. The Liechtenstein paying agent shall levy the tax on payments without any deduction and irrespective of the acquisition costs as follows:

- (a) In the case of the interest income referred to in article 18 (1) (a):
 - (i) In the case of interest income within the meaning of article 24 (1) (a): on the gross amount of interest paid or credited;
 - (ii) In the case of interest income within the meaning of article 24 (1) (b) or (d): on the amount of interest or income referred to therein;
- (b) In the case of the dividend income referred to in article 18 (1) (b):
 - (i) In the case of a dividend within the meaning of article 25 (a): on the gross amount of the dividend paid or credited or the market value of the dividend in kind at the time of accrual;
 - (ii) In the case of a dividend within the meaning of article 25 (b): on the amount of the dividends referred to therein;
 - (iii) In the case of a dividend within the meaning of article 25 (c): on the amount of income referred to therein;
- (c) In the case of other income referred to in article 18 (1) (c):
 - (i) In the case of other income within the meaning of article 26 (a): on the gross amount of the other income paid or credited;
 - (ii) In the case of other income within the meaning of article 26 (b): on the amount of other income referred to therein;

- (iii) In the case of other income within the meaning of article 26 (c): on the amount of income or gains referred to therein.
- (d) On the capital gains on the sale of assets referred to in article 18 (1) (d):
 - (i) On the sale proceeds less acquisition costs. The acquisition costs are estimated by the average method. In the case of assets acquired before 1 April 2012 the acquisition costs are deemed to be the market value as at 1 April 2012. If the market value as at 1 April 2012 cannot be ascertained, the tax shall be levied on 30 per cent of the sale proceeds;
 - (ii) If historical records to ascertain the acquisition costs are not available in the case of acquisitions after 31 March 2012, or if it is not known when acquisition took place, the tax shall be levied on 30 per cent of the sale proceeds;
 - (iii) If the relevant person transfers assets to the account or securities account of a third person, this shall be deemed to be a sale.

2. Losses as defined in article 18 (1) shall be set off against gains within the same calendar year on accounts held by the same Liechtenstein paying agent. At the request of the relevant person, the Liechtenstein paying agent shall issue a certificate in the prescribed form showing the amount of the remaining loss at the end of a calendar year.

Article 24. Definition of interest income

- 1. For the purposes of this Agreement, “interest income” means:
 - (a) (i) Interest paid or credited to an account, relating to debt claims of every kind, including interest paid by a Liechtenstein paying agent to a fiduciary account for the benefit of the relevant person, irrespective of whether or not it is secured by a mortgage and whether or not it carries a right to participate in the debtor’s profits (interest on *jouissance* rights). This includes in particular income from government securities, bonds or debentures, including premiums and prizes attached to such securities, bonds or debentures, but excluding interest from loans between natural persons not acting in the course of their business. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest income.
 - (ii) Option premiums (option writer premiums) received;
 - (b) Interest accrued or capitalized at the sale, refund or redemption of debt claims referred to in (a) (i);
 - (c) Interest income derived directly or through an entity referred to in article 4 (2) of Council Directive 2003/48/EC of 3 June 2003 on taxation of savings income in the form of interest payments (hereinafter referred to as “the Directive” distributed or retained by:
 - (i) Undertakings for collective investment domiciled in a Member State of the European Union;
 - (ii) Entities domiciled in a Member State of the European Union which have exercised the option under article 4 (3) of the Directive and which inform the Liechtenstein paying agent of the fact;
 - (iii) Undertakings for collective investment established outside the territory of the European Union and Liechtenstein;

- (iv) Liechtenstein investment funds;
- (d) Income realized on the sale, refund or redemption of shares in the following entities:
 - (i) Undertakings for collective investment domiciled in a Member State of the European Union;
 - (ii) Entities domiciled in a Member State of the European Union which have exercised the option under article 4 (3) of the Directive and which inform the Liechtenstein paying agent of the fact;
 - (iii) Undertakings for collective investment established outside the territory of the European Union and Liechtenstein;
 - (iv) Liechtenstein investment funds;

2. If a Liechtenstein paying agent has no information concerning the proportion of the income which derives from interest payments, the total amount shall be considered to be interest payments as defined in paragraph 1 (c) and (d).

Article 25. Definition of dividend income

For the purposes of this Agreement “dividend income” means:

- (a) Dividends paid or credited to an account being income from shares, jouissance shares or jouissance rights (equity-related jouissance rights), mining shares, founders’ shares or other rights, not being debt claims, participating in profits, as well as income from other corporate shares which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident;
- (b) Current income from dividends either directly or through an entity referred to in article 4 (2) of the Directive distributed or retained by:
 - (i) Undertakings for collective investment domiciled in a Member State of the European Union;
 - (ii) Entities domiciled in a Member State of the European Union which have exercised the option under article 4 (3) of the Directive and which inform the Liechtenstein paying agent of the fact;
 - (iii) Undertakings for collective investment established outside the territory of the European Union and Liechtenstein;
 - (iv) Liechtenstein investment funds;
- (c) Income realized on the sale, refund or redemption of shares in the following entities:
 - (i) Undertakings for collective investment domiciled in a Member State of the European Union;
 - (ii) Entities domiciled in a Member State of the European Union which have exercised the option under article 4 (3) of the Directive and which inform the Liechtenstein paying agent of the fact;
 - (iii) Undertakings for collective investment established outside the territory of the European Union and Liechtenstein;
 - (iv) Liechtenstein investment funds.

Article 26. Definition of other income

For the purposes of this Agreement, “other income” means:

- (a) Payments received as a substitute for interest within the meaning of article 24 (1) (a) and for dividends within the meaning of article 25 (a) in connection with structured financial instruments, securities lending, repurchase transactions, swaps and similar transactions, as well as the fees and commission received for such transactions;
- (b) Other current income either directly or through an entity referred to in article 4 (2) of the Directive distributed or retained by:
 - (i) Undertakings for collective investment domiciled in a Member State of the European Union;
 - (ii) Entities domiciled in a Member State of the European Union which have exercised the option under article 4 (3) of the Directive and which inform the Liechtenstein paying agent of the fact;
 - (iii) Undertakings for collective investment established outside the territory of the European Union and Liechtenstein;
 - (iv) Liechtenstein investment funds;
- (c) Income realized on the sale, refund or redemption of shares in the following entities:
 - (i) Undertakings for collective investment domiciled in a Member State of the European Union;
 - (ii) Entities domiciled in a Member State of the European Union which have exercised the option under article 4 (3) of the Directive and which inform the Liechtenstein paying agent of the fact;
 - (iii) Undertakings for collective investment established outside the territory of the European Union and Liechtenstein;
 - (iv) Liechtenstein investment funds.

Article 27. Definition of capital gains

For the purposes of this Agreement, “capital gains” means:

- (a) Gains from the sale of shares in corporate bodies, dividends and interest coupons, loans, claims under insurance policies and other capital claims. Capital gains also include gains from structured financial instruments or futures and the compensation or amount of money or advantage determined by the value of a variable reference figure, which a relevant person obtains from a futures transaction. Redemption, refunding, assignment or capital invested in a corporation are also regarded as sale.
- (b) Capital gains realized either directly or through an entity referred to in article 4 (2) of the Directive distributed or retained by:
 - (i) Undertakings for collective investment domiciled in the Member State of the European Union;

- (ii) Entities domiciled in a Member State of the European Union which have exercised the option under article 4 (3) of the Directive and which inform the Liechtenstein paying agent of the fact;
- (iii) Undertakings for collective investment established outside the territory of the European Union and Liechtenstein;
- (iv) Liechtenstein investment funds;

Only 60 per cent of retained capital gains are subject to the tax.

- (c) Gains realized on the sale, refund or redemption of shares in the following entities:
 - (i) Undertakings for collective investment domiciled in a Member State of the European Union;
 - (ii) Entities domiciled in a Member State of the European Union which have exercised the option under article 4 (3) of the Directive and which inform the Liechtenstein paying agent of the fact;
 - (iii) Undertakings for collective investment established outside the territory of the European Union and Liechtenstein;
 - (iv) Liechtenstein investment funds.

Article 28. Relationship between paying agents as defined in article 2 (1) (e) (i) and (ii)

The provisions of article 6 shall apply to part 3 mutatis mutandis.

Article 29. Administrative provisions

1. Liechtenstein paying agents shall transfer the tax levied under part 3 of this Agreement no later than two months after the end of each Liechtenstein tax year to the competent Liechtenstein authority. The declaration shall list the amounts of the tax levied on the different categories of income and capital gains referred to in article 18 (1) and (2) separately.

2. The competent Liechtenstein authority shall forward this tax no later than three months after the end of the Liechtenstein tax year in one instalment to the competent Austrian authority. The Liechtenstein authority shall receive 0.5 per cent collection commission for this.

3. The tax levied under article 18 (1) and (2) shall be calculated, deducted and transferred in euros to the competent Liechtenstein authority by the Liechtenstein paying agents. If the account or securities account is not denominated in that currency, the Liechtenstein paying agent shall convert the amount by using the exchange rate published by SIX AG for the appointed date of the calculation. The competent Liechtenstein authority shall forward the tax in euros to the competent Austrian authority.

4. In cases of voluntary disclosure under article 21, the Liechtenstein paying agents shall transfer the information supplied under article 21 (2) no later than three months after the end of the Liechtenstein tax year to the competent Liechtenstein authority. The latter shall automatically forward the information once a year no later than six months after the end of the Liechtenstein tax year to the competent Austrian authority.

Article 30. Certificates issued by the Liechtenstein paying agent

1. A certificate showing in particular information in respect of articles 18 and 20 and the losses referred to in article 23 (2) shall be issued by the Liechtenstein paying agent to the relevant person annually, when the banking relationship ends, when the paying agent changes or when the asset structure ceases to exist. The certificate must be in the prescribed form. Articles 6 and 15, final sentence, apply *mutatis mutandis*.

2. The Republic of Austria shall accept the certificates of the Liechtenstein paying agent referred to in paragraph 1 as certificates for tax purposes.

Article 31. Transfer of assets and change of residence

1. If a relevant person transfers assets from one Liechtenstein paying agent to another Liechtenstein paying agent, the transferring paying agent must inform the receiving paying agent of all data in connection with these assets which is of relevance for the determination of the assessment basis. This shall also apply to the transfer of assets from or to an account or securities account of an Austrian paying agent.

2. If a relevant person transfers assets from a Liechtenstein paying agent within the meaning of article 2 (1) (e) (i) to an account or securities account with a foreign paying agent (with the exception of Swiss paying agents) or if he or she informs the Liechtenstein paying agent that he or she is no longer a resident of the Republic of Austria, the Liechtenstein paying agent must draw his or her attention to the declaration requirement in Austrian law. In the case of paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (ii), transfers of assets to account or security accounts with foreign paying agents shall not be regarded as sale, insofar as the Republic of Austria does not lose the right to tax the assets transferred by reason of the transfer. In this case, the Liechtenstein paying agent shall draw attention to the declaration requirement in Austrian law.

Article 32. Anti-abuse provisions

1. The Contracting States recognize that a relevant person may invest his or her assets in any State or territory of his or her choice.

2. Liechtenstein paying agents shall not themselves manage or encourage the use of artificial arrangements when they know that their sole or main purpose is the evasion of taxation of assets.

3. Notwithstanding the fact that the relevant person is liable for the tax under article 18 (1), a Liechtenstein paying agent which has acted in a manner contrary to paragraph 2, shall be obliged to pay an amount corresponding to the tax under article 18 (1) and (2) which has been evaded to the competent Liechtenstein authority. The competent Liechtenstein authority shall forward this amount to the competent Austrian authority. The Liechtenstein paying agent may have recourse to a relevant person who has participated in an arrangement referred to in paragraph 2.

If the Republic of Austria has received the tax due on income and gains from assets of the relevant person from both the relevant person and the Liechtenstein paying agent pursuant to this provision, the Austrian authority shall refund an amount corresponding to the duplicate payment to the Liechtenstein paying agent.

4. Paragraph 3 shall apply only where in a specific individual case there is unambiguous, direct evidence.

5. If it transpires that Liechtenstein paying agents have issued incorrect reports or information under this Agreement to the detriment of the tax entitlement of the Republic of Austria, the competent Austrian authority must inform the competent Liechtenstein authority of this.

PART 4. NON-TRANSPARENT ASSET STRUCTURES

Article 33. Levying and amount of the Austrian tax on foundation receipts

In the case of disclosure in accordance with section 2 (1) (b) of the Austrian Act on Foundation Receipt Tax (österreichisches Stiftungseingangssteuergesetz) in the version contained in the 2012 Budget Implementation Act (Budgetbegleitgesetz), Federal Law Gazette, BGBl 1, No. 112/2011 and the provision of the information and documentation necessary for a determination in accordance with article 2 (2) (b), the receipt tax on the contributions of relevant persons to foundations shall amount to 5 per cent, notwithstanding the provisions of Austrian domestic law, with the exception of section 1 (5) and (6) of the Austrian Act on Foundation Receipt Tax, or other intergovernmental agreements. However, if the asset structure is taxed in the relevant calendar year in accordance with section 64 of the Liechtenstein Tax Act, the receipt tax shall amount to 7.5 per cent. Article 34 (3) shall apply mutatis mutandis.

Article 34. Levying and amount of the receipt tax

1. In cases which do not come within the scope of article 33, Liechtenstein paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (ii) shall levy a tax equivalent to Austrian tax on foundation receipts (hereinafter referred to as “receipt tax”) on the contributions of relevant persons to non-transparent asset structures.

2. The rate of the receipt tax shall amount to 7.5 per cent. However, if the asset structure is taxed in the relevant calendar year in accordance with section 64 of the Liechtenstein Tax Act, the receipt tax shall amount to 10 per cent.

3. Where an asset structure for which tax in accordance with article 33 (2) has been paid at the time of a contribution is recognized as having the status of a private asset structure as defined in section 64 of the Liechtenstein Tax Act, the capital contributed over the previous 10 years shall be considered to have been contributed again. This contribution shall be taxed at a rate of 2.5 per cent.

4. The relevant person and the receiving non-transparent asset structure shall be jointly liable to pay the receipt tax.

5. The Austrian tax on foundation receipts shall be deemed to have been paid with the levying of the receipt tax.

Article 35. Levying and amount of the tax on distributions

1. Liechtenstein paying agents shall levy an amount equivalent to Austrian income tax (hereinafter referred to a “distribution tax”) on distributions of non-transparent asset structures to relevant persons.

2. The relevant person and the distributing non-transparent asset structure shall be jointly liable to pay the distribution tax. The rate of tax shall amount to 25 per cent. If the assets distributed have already been subjected to current Liechtenstein tax, the Liechtenstein tax shall be deducted from the distribution tax.

3. Austrian income tax on the distributions shall be deemed to have been paid with the levying of the distribution tax. In the assessment procedure in the Republic of Austria the distribution tax shall be considered to be corporation tax levied in the Republic of Austria in accordance with section 93 of the Austrian Income Tax Act.

4. The provisions of section 27 (5) subparagraphs (8) and (9) of the Austrian Income Tax Act shall not apply when levying distribution tax. In derogation therefrom, the provisions of section 27 (5) subparagraph (9) of the Austrian Income Tax Act may apply in exceptional cases when non-transparent asset structures are dissolved because the purpose of the foundation has been achieved or is no longer attainable; in this case, no more than the relevant capital as defined in article 8 (6) may be deducted from contributions to the non-transparent asset structure which were made before the date of the entry into force of the Agreement.

Article 36. Voluntary disclosure

1. If the relevant person expressly authorizes a Liechtenstein paying agent within the meaning of article 2 (1) (e) (ii) to disclose to the competent Austrian authority the contributions made to and/or distributions received from a non-transparent asset structure in a calendar year, instead of levying the receipt tax and/or distribution tax the paying agent shall submit a report.

2. The report must include the following information:

- (a) Identity (name and date of birth, or firm) and address or registered office of the relevant person;
- (b) The Austrian tax office and tax reference number and/or the Austrian social insurance number, if known;
- (c) Name and address of the Liechtenstein paying agent;
- (d) Name and address of the non-transparent asset structure;
- (e) Form and amount of every contribution or distribution in the tax year concerned;
- (f) The tax year concerned.

Article 37. Administrative provisions

1. Liechtenstein paying agents shall transfer the taxes levied under part 4 of this Agreement no later than four months after the end of each Liechtenstein tax year to the competent Liechtenstein authority. The declaration shall list the assessment bases of the receipt and distribution tax separately.

2. The competent Liechtenstein authority shall forward these taxes no later than five months after the end of the Liechtenstein tax year in one instalment for the receipt tax and one instalment for the distribution tax to the competent Austrian authority. The Liechtenstein authority shall receive 0.5 per cent collection commission for this.

3. The amounts of receipt tax and distribution tax shall be calculated, deducted and transferred in euros to the competent Liechtenstein authority by the Liechtenstein paying agents. If the account or securities account is not denominated in that currency, the Liechtenstein paying agent shall convert the amounts by using the exchange rate published by SIX AG for the appointed date of the calculation. The competent Liechtenstein authority shall forward the tax in euros to the competent Austrian authority.

4. In cases of voluntary disclosure under article 36, the Liechtenstein paying agents shall transfer the information supplied under article 36 (2) no later than five months after the end of the Liechtenstein tax year to the competent Liechtenstein authority. The latter shall automatically forward the information once a year no later than eight months after the end of the Liechtenstein tax year to the competent Austrian authority.

Article 38. Certificates issued by the Liechtenstein paying agent

1. The Liechtenstein paying agent shall issue a certificate containing in particular information in respect of articles 33 to 35 to the relevant persons annually, or when the paying agent changes or the asset structure ceases to exist. The certificate must be in the prescribed form. Article 15, final sentence, applies *mutatis mutandis*.

2. The Republic of Austria shall accept the certificates of the Liechtenstein paying agent referred to in paragraph 1 as certificates for tax purposes.

Article 39. Change in paying agent

If the management of a non-transparent asset structure is transferred from one Liechtenstein paying agent to another Liechtenstein paying agent, the transferring paying agent must inform the receiving paying agent of all the data of relevance for the determination of the assessment base required in connection with articles 33 to 35.

Article 40.

The anti-abuse provisions of article 32 shall apply to part 4 *mutatis mutandis*.

PART 5. AUDITS

Article 41. Audits

1. The competent Liechtenstein authority shall carry out audits of the Liechtenstein paying agents. The purpose of the audits is to determine whether the Liechtenstein paying agents are fulfilling their obligations under this Agreement.

2. It shall conduct audits in relation to part 2 of this Agreement within three years of the entry into force of this Agreement. The audits shall cover a representative selection of Liechtenstein paying agents.

3. Audits in relation to parts 3 and 4 of this Agreement shall be conducted regularly.

4. The competent Liechtenstein authority shall inform the competent Austrian authority in an aggregated report of the results and most important findings of audits performed the previous year on the basis of this article.

Article 42. Special audits in relation to part 2 of this Agreement of paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (ii)

1. Compliance of paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (ii) with the obligations resulting from part 2 of this Agreement shall be audited by persons who are legally, economically and personally independent.

2. The competent Liechtenstein authority shall appoint the auditor for each audit procedure. The auditor shall be a qualified expert. Public accountants and auditing companies authorized by the Liechtenstein Financial Market Authority in accordance with the Act on public accountants and auditing companies in Liechtenstein, or which are a member of the Austrian Chamber of Public Accountants and Tax Consultants with authorization to act as public accountants within the meaning of the Act regulating the occupation of public accountants and tax consultants, may act as auditors. The procedure for appointing auditors shall comply with the procedure for the appointment of public accountants, tax consultants and auditors licensed to perform audits in accordance with special Liechtenstein legislation concerning due diligence.

3. The auditor must be given unrestricted access to all information which he or she considers necessary for the performance of the audit. He or she shall treat all findings reached in the course of the audit as confidential.

4. The audit under paragraph 1 of paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (ii) shall be conducted at the earliest one year after the entry into force of the Agreement and at the latest four years after the entry into force of the Agreement.

5. The auditor shall submit to the competent Liechtenstein authority an audit report containing the following information:

- (a) The name of the representative subjected to an audit;
- (b) The degree of compliance with obligations shown in a statistically significant manner.

6. The competent Liechtenstein authority shall collect the audit reports, compile statistics and produce an annual aggregated report on an anonymous basis which shall be forwarded to the competent Austrian authority.

7. The competent Liechtenstein authority shall report serious or repeated irregularities to the competent supervisory or disciplinary authority.

Article 43. Special audits in relation to part 4 of this Agreement of paying agents within the meaning of article 2 (1) (e) (ii)

1. The competent Liechtenstein authority shall report the number of Liechtenstein non-transparent asset structures to the competent Austrian authority six months after the end of each calendar year, on an anonymous basis.

2. An audit committee within the meaning of article 44 of this Agreement shall conduct a joint audit of between 10 and 20 cases per calendar year of the Liechtenstein non-transparent asset structures referred to in paragraph 1 in order to determine whether they fulfil the criteria set forth in article 2 (2) (b) of this Agreement and have paid the taxes due for the previous five years under part 4 of this Agreement. The asset structures to be audited shall be selected at random and shall be treated as subject to legal proceedings within the meaning of section 29 (3) (a) of the Austrian Financial Crime Act. The joint committee under article 49 may adjust the number of cases to be audited as appropriate.

3. The Liechtenstein authority shall forward to the audit committee all information, evidence and documentation which the Liechtenstein authority or audit committee regard as potentially useful for reaching a decision. The Liechtenstein authority must comply with every request of the audit committee to supply information, evidence or documentation. All information received by the audit committee in the course of the audit procedure shall be kept secret and may be used by the audit committee solely for the purposes of the audit procedure.

4. The audit committee shall issue a decision on the cases to be audited within 6 months but no later than 12 months of receiving information in accordance with paragraph 3 and shall report its decision in an anonymized form to the competent authorities. If the audit committee finds that an asset structure is not a non-transparent asset structure and that the tax due under part 4 of this Agreement has not been paid, the competent Liechtenstein authority shall forward the information referred to in paragraph 3 to the competent Austrian authority through the application by analogy of the legal protection instruments provided for in the Liechtenstein administrative assistance procedure.

5. All proceedings conducted by the audit committee shall be confidential and shall be conducted in Liechtenstein.

Article 44. Audit committee to perform the audit pursuant to article 43

1. On the entry into force of this Agreement, the Contracting States shall nominate the independent committee members required for the performance of the joint audit. The committee members of a Contracting State must be independent persons meeting the requirements for the exercise of judicial functions in their country, or tax experts of generally recognized competence. The Contracting States may in justified cases object to a committee member nominated by the other Contracting State

3. The audit committee shall consist of five members (two members from each Contracting State and a chairperson) and shall be appointed for the first time on the entry into force of the Agreement. The members shall elect a person to be chairperson. The chairperson shall come from one or other of the Contracting States and shall alternate every year. The joint committee referred to in article 48 may reduce the number of members if appropriate.

3. The costs of the audit committee procedure shall be shared equally between the participant Contracting States.

PART 6. FINAL PROVISIONS

Article 45. Reciprocal measures of the Republic of Austria

In order to secure the taxation of capital gains realized by residents of Liechtenstein with paying agents in the Republic of Austria, Liechtenstein may request the Republic of Austria to introduce the appropriate measures as part of the fundamental reciprocity of this Agreement. These measures shall take the form applied by the Republic of Austria vis-à-vis other States. The terms and conditions shall be established in an agreement between the Contracting States.

Article 46. Use of information

1. All information received by a Contracting State in the course of implementing this Agreement shall be kept secret in the same way as information obtained under the domestic law of that State and may be disclosed only to persons and authorities (including courts and administrative authorities) concerned with assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to the taxes covered by the Agreement. Such persons or authorities may use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or a judicial decision.

2. A Contracting State may use the information received for the implementation of the Agreement for other purposes, if this information may be used for such other purposes under the law of both Contracting States and the competent authority of the supplying State has consented to such use.

3. The restrictions on use contained in this article shall not apply in cases of voluntary disclosure pursuant to articles 10 and 21.

Article 47. Implementation of this Agreement

The Contracting States shall take all the measures required for the implementation of this Agreement, in particular the enactment of procedural, liability and criminal provisions.

Article 48. Consultation

1. The competent authorities shall consult each other and shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties which may arise between the competent authorities with regard to the interpretation or application of this Agreement in an individual case. Where no mutually agreed solution can be reached, they shall submit the matter to the joint committee.

2. The competent Austrian authority shall inform the competent Liechtenstein authority of amendments to Austrian law on the taxation of the income and gains covered by this Agreement.

3. The competent authorities shall inform each other about developments which might affect the proper functioning of this Agreement. This shall include information about relevant

agreements which a Contracting State has concluded with a third State, in particular those which concern the application of article 2 (f) and (g) and article 20.

Article 49. Joint committee

1. On the entry into force of this Agreement, the Contracting States shall establish a joint committee comprising an equal number of representatives of both Contracting States.
2. The joint committee shall establish the form and content of the certificates provided for in this Agreement.
3. In addition to the duties attributed to the joint committee in other provisions of this Agreement, it shall perform the following functions:
 - (a) Review of the proper functioning of this Agreement;
 - (b) Analysis of relevant developments;
 - (c) Issuance of recommendations to the Contracting States regarding the amendment or revision of this Agreement.

Article 50. Exceptional circumstances

If exceptional upheavals on financial markets jeopardize the implementation of this Agreement, the Contracting States shall enter into consultations and adopt suitable joint measures.

Article 51. Annex

Annex 1 shall form an integral part of this Agreement.

Article 52. Entry into force

1. Each Contracting State shall notify the other Contracting State through the diplomatic channel that the domestic legal requirements for the entry into force of this Agreement had been satisfied. The Agreement shall enter into force on 1 January of the calendar year following that in which the later of these notifications has been received.
2. Payments, contributions and distributions occurring after the entry into force of this Agreement shall be covered by parts 3 and 4 of this Agreement.

Article 53. Termination and abrogation

1. This Agreement shall remain in force until terminated by a Contracting State.
2. Either Contracting State may terminate this Agreement with effect from the end of a calendar year by giving notice to the other Contracting State at least two years in advance.
3. Where a Contracting State seriously prejudices the effect of this Agreement, the other Contracting State may terminate this Agreement by giving notice six months in advance. Prior to notification it shall inform the joint committee and shall provide it with evidence of the prejudice caused by the other State.

4. Paragraph 3 shall apply mutatis mutandis if a change in the tax rate as defined in article 19 (2) is not replicated.

5. If this Agreement is terminated:

- (a) The claims of relevant persons under article 22 shall remain unaffected;
- (b) Liechtenstein shall draw up a final account by the end of the period of applicability of this Agreement and shall make a final payment to the Republic of Austria.

DONE at Vaduz on 29 January 2013, in duplicate, in the German language.

For the Republic of Austria:

MARIA FEKTER, M.P.

For the Principality of Liechtenstein:

KLAUS TSCHÜTSCHER, M.P.

ANNEX I

Calculation of the amount of tax

$$T = \max \left\{ \begin{array}{l} tr \cdot \left[\frac{2}{3} \cdot \left(C_r - \frac{n}{8} \cdot C_b \right) + \frac{1}{3} \left(\frac{n}{10} \cdot C_r + \frac{2}{10} \cdot \left(\frac{C_9' + C_{10}'}{2} \right) \right) \right] \\ tr_{\min} \cdot C_r \end{array} \right\} \quad ($$

Basic formula")

Whereas:

$$C_9' = C_r + C_r \cdot r$$

$$C_{10}' = C_r + C_r \cdot 2 \cdot r$$

$$C_r = \begin{cases} C_8 & , \text{if } C_{10} < C_8 \\ C_{10} & , \text{if } C_8 \leq C_{10} \end{cases}$$

$$tc = \frac{T}{C_r}$$

In order to prevent negative tax, if

$$C_r - \frac{n}{8} \cdot C_b < 0$$

this value shall equal zero.

The increased amount of tax T' is calculated as follows:

If $tc \geq 0.30$ (i.e. 30%) and:

If 2 million $\leq C_r <$ 4 million, then $tc' = 0.32$

If 4 million $\leq C_r <$ 6 million then $tc' = 0.34$

If 6 million $\leq C_r <$ 8 million, then $tc' = 0.36$

If 8 million $\leq C_r$, then $tc' = 0.38$

The following applies: $T' = tc' \cdot C_r$.

Article 8 lays down that the one-off payment must be calculated in euros. All amounts shown in this annex are therefore expressed in euros.

TAmount of tax

T'Increased amount of tax

trTax rate (30%)

tcTax charge

tc'Increased tax charge

CrRelevant capital

nNumber of years of the banking relationship before 31 December 2011, $0 \leq n \leq 8$

CbCapital stock at the end of the year in which the banking relationship began. For banking relationships beginning before 1 January 2004, the capital stock as at 31 December 2003.

iYear i , $1 \leq i \leq 10$, whereby year 1 starts on 1 January 2004

CiCapital stock at the end of year i

C8Capital stock at the end of year 8 (31 December 2011)

C10Capital stock at the end of year 10 (31 December 2013)

C9', C10'Nominal capital at the end of year 9 (31 December 2012) or year 10 (31 December 2013)

rRate of return (3% per annum)

trminMinimum tax rate (15%)

FINAL ACT TO THE AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN ON COOPERATION IN THE FIELD OF
TAXATION

The plenipotentiaries have accepted the following declarations appended to this Final Act:

1. Joint declaration of the Contracting States regarding other agreements on withholding tax
2. Joint declaration of the Contracting States regarding the execution of part 3 of this Agreement
3. Joint declaration of the Contracting States regarding reciprocal measures of the Republic of Austria
4. Joint declaration of the Contracting States regarding the effect of voluntary disclosure under article 11 of this Agreement
5. Joint declaration of the Contracting States regarding the treatment of trusts
6. Declaration of the Principality of Liechtenstein regarding the execution of part 2 of this Agreement
7. Declaration of the Principality of Liechtenstein regarding article 35 (4)
8. Declaration of the Republic of Austria regarding the acquisition of stolen data of customers of Liechtenstein financial intermediaries

SIGNED at Vaduz on 29 January 2013, in duplicate, in the German language.

For the Republic of Austria

MARIA FEKTER, M.P.

For the Principality of Liechtenstein

KLAUS TSCHÜTSCHER, M.P.

Joint declaration of the Contracting States regarding other agreements on withholding tax

The Contracting States declare that when further agreements on cooperation in the area of taxation are concluded with other States, the assets covered by the Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on cooperation in the area of taxation shall be excluded from the scope of these further agreements. The principles of the Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on cooperation in the area of taxation shall not be undermined by such further agreements.

Joint declaration of the Contracting States regarding the execution of part 3 of this Agreement

The Contracting States declare that, promptly after the signature of the Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on cooperation in the area of taxation, they will agree on a concordance table to support the practical application of this Agreement. They further declare that Liechtenstein paying agents which would encounter substantial difficulties in applying the concordance table in the first year after the entry into force of this Agreement may

until 31 December 2014 set aside the Liechtenstein-Austrian concordance table and instead use the applicable Swiss-Austrian concordance table (see annex II to the Agreement between the Swiss Confederation and the Republic of Austria on cooperation concerning tax matters and financial markets of 13 April 2012). This shall apply where appropriate to the determination of the assessment base for capital gains, in particular in order to take into consideration acquisition costs in accordance with article 23 (1), to take into consideration expenses incurred directly in connection with sale, and in order to tax retained capital gains in accordance with article 27 (b). Liechtenstein paying agents must use the Liechtenstein-Austrian concordance table as from 1 January 2015.

Joint declaration of the Contracting States regarding reciprocal measures of the Republic of Austria

The Contracting States declare that at the date of the signature of the Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on cooperation in the area of taxation reciprocal measures of the Republic of Austria shall be understood to mean such measures as are applied by the Republic of Austria vis-à-vis other States in application of Council Directive 2003/48/EC of 3 June 2003 on taxation of savings income.

Joint declaration of the Contracting States regarding the effect of voluntary disclosure under article 11 of this Agreement

The Contracting States declare that:

1. The effect of voluntary disclosure agreed in article 11 of the Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on cooperation in the area of taxation satisfies the requirements of section 29 (2) of the Austrian Financial Crime Act as self-denunciation after complete disclosure of essential circumstances relevant to the determination of tax evasion, and

2. The time limit for the payment of amounts due under section 29 (2) of the Austrian Financial Crime Act shall begin to run only after the date of notification of the amounts due by the competent Austrian authority.

Joint declaration of the Contracting States regarding the treatment of trusts

The Contracting States declare that trusts managed in Liechtenstein, irrespective of whether or not they have legal personality, are covered by the scope of the Agreement insofar as they have the relationship with Austria generally required for the application of the Agreement. Trusts without legal personality shall be treated under the Agreement in the same way as transparent structures and part 3 therefore applies to all managed assets within the meaning of the Agreement.

Declaration of the Principality of Liechtenstein regarding the execution of part 2 of this Agreement

The Government of the Principality of Liechtenstein declares on the occasion of the signature of the Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on cooperation in the area of taxation that it expects that the bulk of one-off payments on the basis of the arrangements in part 2 of this Agreement can be paid out to the Republic of Austria in the course of 2014. It will provide suitable support in the appropriate form for the expected process.

Declaration of the Principality of Liechtenstein regarding article 35 (4)

The Government of the Principality of Liechtenstein declares that the achievement or unattainability of the purpose of a foundation and the resultant dissolution of a foundation may legally occur only in conformity with section 552 (39) of the Liechtenstein Persons and Companies Act. For this reason, an assessment of the circumstances of each individual case is needed in order to ascertain whether the purpose of the foundation has been achieved or is no longer attainable.

Declaration of the Republic of Austria regarding the acquisition of stolen data of customers of Liechtenstein financial intermediaries

The Government of Austria declares on the occasion of the signature of the Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on cooperation in the area of taxation that the Austrian financial authorities will not actively endeavour to acquire customer data stolen from Liechtenstein financial intermediaries.

[TRANSLATION – TRADUCTION]

CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE D’AUTRICHE ET LA PRINCIPAUTÉ DE LIECHTENSTEIN SUR LA COOPÉRATION DANS LE DOMAINE DE LA FISCALITÉ

La République d’Autriche et la Principauté du Liechtenstein,
Désireuses de consolider les relations de politique financière existant entre les deux États ;
Déterminées à renforcer la coopération en matière fiscale et à promouvoir la concurrence réciproque ;
Considérant l’étroite collaboration existant d’ores et déjà en matière de double imposition ;

PARTIE 1. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article premier. Objet et but

1. La présente Convention a pour but de garantir, par la coopération bilatérale des États contractants, l’imposition effective des personnes concernées de la République fédérale d’Allemagne.

2. Dans ce but, les États contractants conviennent d’une coopération bilatérale comprenant principalement les éléments suivants :

- a) Les avoirs de personnes concernées résidant en République d’Autriche placés auprès d’un agent payeur du Liechtenstein sont imposés sur la base de la présente Convention en vue de leur régularisation.
- b) Conformément aux dispositions de la présente Convention, un impôt libérateur est prélevé sur les revenus et les gains en capital réalisés sur les avoirs de personnes concernées résidant en République d’Autriche placés auprès d’un agent payeur du Liechtenstein ;
- c) Les avoirs de personnes concernées résidant en République d’Autriche gérés par un agent payeur du Liechtenstein, qu’ils soient situés au Liechtenstein ou à l’étranger, sont couverts par la présente Convention ;
- d) L’imposition des dons à des structures patrimoniales non transparentes et des distributions provenant de ces structures patrimoniales est réglemée ;
- e) Le Liechtenstein peut, au titre de la présente Convention, demander à la République d’Autriche d’introduire des mesures visant à garantir l’imposition des résidents du Liechtenstein en ce qui concerne les plus-values sur les actifs détenus par des agents payeurs en République d’Autriche.

3. Nonobstant toute autre disposition, la présente Convention ne s’applique pas aux paiements d’intérêts ou aux gains sur lesquels une retenue est appliquée conformément à l’Accord du 7 décembre 2004 entre la Communauté européenne et la Principauté de Liechtenstein prévoyant des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l’épargne sous forme de paiements d’intérêts (ci-après

dénommé l'« Accord sur la fiscalité des intérêts »), ou en cas de déclaration volontaire. La partie 2 de la présente Convention n'est pas affectée.

4. Nonobstant toute autre disposition, la référence à l'Accord sur la fiscalité des intérêts au paragraphe 3 désigne, à compter de la date d'application des dispositions pertinentes de tout amendement à l'Accord sur la fiscalité des intérêts, y compris par un nouvel Accord, la version modifiée de l'Accord.

Article 2. Définitions

1. Aux fins de la présente Convention, sauf définition contraire :

- a) Le terme « État contractant » désigne, suivant les cas, la République d'Autriche ou la principauté du Liechtenstein ;
- b) Le terme « République d'Autriche » désigne le territoire de la République d'Autriche ;
- c) Le terme « Liechtenstein » désigne la Principauté du Liechtenstein, et, lorsqu'il est utilisé au sens géographique, le territoire de la Principauté du Liechtenstein ;
- d) Le terme « autorité compétente » désigne :

- Dans le cas de la République d'Autriche, le Ministère fédéral des finances ou l'autorité que celui-ci a désignée ;

- Dans le cas du Liechtenstein, le Gouvernement de la Principauté du Liechtenstein ou son représentant autorisé ;

- e) Le terme « agent payeur du Liechtenstein » désigne :

- i) Les banques au sens de la loi du Liechtenstein sur les banques et les négociants en titres financiers ;

- ii) Les personnes physiques et morales résidant au Liechtenstein selon le droit du Liechtenstein, les sociétés de personnes et les établissements stables de sociétés étrangères qui, à titre régulier, acceptent, détiennent, investissent ou transfèrent des avoirs de tiers, ou simplement paient des revenus au sens du paragraphe 1 de l'article 18, ou en attribuent le paiement, dans le cadre de leur activité. Ce terme inclut les personnes physiques et morales autorisées en vertu de la loi du Liechtenstein sur les fiduciaires et les personnes titulaires d'une autorisation en vertu de l'article 180a de la loi du Liechtenstein sur les personnes et les sociétés (Personen-und Gesellschaftsrecht), dans la mesure où ces personnes sont membres de l'organe d'administration d'une structure patrimoniale.

Aux fins de la partie 3 de la présente Convention, les personnes qui paient directement des dividendes ou des intérêts à leurs associés ou créiteurs ne sont pas considérées comme des agents payeurs, pour autant que la somme annuelle des dividendes et des intérêts payés ne dépasse pas 1 million de francs suisses ;

- f) le terme « avoirs » désigne :

- i) La fortune déposée sur des comptes ou des comptes titres auprès d'agents payeurs du Liechtenstein au sens du sous-alinéa i) de l'alinéa e) ;

- ii) Les avoirs au sens de l'alinéa g) du paragraphe 1 de l'article 4 de la loi du Liechtenstein sur la gestion des actifs (Vermögensverwaltungsgesetz), qu'ils

soient situés au Liechtenstein ou à l'étranger, qui sont gérés par des agents payeurs du Liechtenstein au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e), à l'exception des avoirs qui sont :

- Déposés sur des comptes ou des comptes de titres autrichiens et soumis à l'impôt sur les gains en capital ;

- Déposés sur des comptes ou des comptes de titres auxquels s'applique l'Accord entre la République d'Autriche et la Confédération suisse concernant la coopération en matière de fiscalité et de marchés financiers.

Ne sont pas considérés comme des avoirs les contenus de coffres-forts et les contrats d'assurance soumis à la réglementation de l'Autorité des marchés financiers du Liechtenstein, à l'exception des avoirs détenus par une société d'assurance-vie pour un assuré dans un compte individualisé, dont la couverture d'assurance est minimale et dont les conditions de paiement et de remboursement ne se limitent pas au décès, à l'invalidité ou à la maladie (ci-après dénommés « manteaux d'assurance-vie ») ;

g) Le terme « compte » ou « dépôt » désigne un compte ou un dépôt sur lequel sont déposés des avoirs au sens de l'alinéa f) ;

h) Dans le cas d'un agent payeur au sens du sous-alinéa i) de l'alinéa e), le terme « personne concernée » désigne une personne physique résidant en République d'Autriche :

i) Qui, en tant que partenaire contractuel d'un agent payeur du Liechtenstein, est titulaire d'un compte ou d'un dépôt ainsi que le bénéficiaire effectif des avoirs correspondants ; ou

ii) Qui, selon les constatations faites par un agent payeur du Liechtenstein conformément aux obligations de diligence en vigueur au Liechtenstein et compte tenu de toutes les circonstances connues, est considérée comme le bénéficiaire effectif des avoirs qui sont détenus par :

- Une société de domicile (notamment personnes morales, sociétés, établissements, fondations, trusts, entreprises fiduciaires et constructions semblables, qui n'exercent pas d'activité de commerce ou de fabrication ou une autre activité exploitée en la forme commerciale) ;

- Une société d'assurance-vie, en relation avec un manteau d'assurance-vie ;

- Une autre personne physique par le biais d'un compte ou d'un dépôt auprès d'un agent payeur du Liechtenstein.

Une société de domicile est exceptionnellement considérée comme bénéficiaire effectif si la preuve est apportée qu'elle est elle-même effectivement imposée selon le droit du lieu de sa constitution ou de sa direction effective, ou qu'elle est considérée, selon le droit autrichien, comme non transparente en matière de revenus.

Une personne physique résidant en République d'Autriche n'est pas considérée comme une personne concernée pour les avoirs de groupements de personnes, de structures patrimoniales, de trusts ou de fondations, si le bénéficiaire effectif de ces avoirs ne peut pas être établi de manière définitive.

Le bénéficiaire effectif d'un manteau d'assurance-vie n'est pas considéré comme une personne concernée si la société d'assurance démontre à l'agent payeur du Liechtenstein que les conditions fiscales requises en République d'Autriche pour la reconnaissance des polices d'assurance-vie sont remplies.

Aux fins de la partie 3 de la présente Convention, une personne physique n'est pas considérée comme une personne concernée si :

- Elle agit en tant qu'agent payeur du Liechtenstein ;
- Elle agit pour le compte d'une personne morale, d'un fonds d'investissement ou d'un système d'investissement comparable ;
- Elle agit pour le compte d'une autre personne physique, qui est la personne concernée, et dont elle communique l'identité et la résidence à l'agent payeur.

Lorsqu'un agent payeur du Liechtenstein dispose d'informations suggérant que la personne physique qui reçoit les revenus selon le paragraphe 1 de l'article 18 ou à laquelle ces revenus sont attribués peut ne pas être la personne concernée, il doit prendre des mesures raisonnables pour établir l'identité de la personne concernée. Si l'agent payeur du Liechtenstein n'est pas en mesure d'identifier la personne concernée, il considère la personne physique en question comme la personne concernée.

Dans les cas de succession universelle, le successeur subroge la personne concernée.

Dès lors qu'au moins un des bénéficiaires effectifs d'une relation collective ou d'un compte-joint est une personne concernée, les avoirs doivent lui être attribués. Cette règle ne s'applique pas si l'agent payeur du Liechtenstein peut déterminer tous les bénéficiaires effectifs. Dans ce cas, il convient de répartir les avoirs en fonction du nombre de cocontractants (« par tête ») et d'établir le décompte en conséquence, à moins que l'agent payeur du Liechtenstein n'ait été informé, documents à l'appui, d'une autre clé de répartition. Dès lors qu'au moins un des associés dans une société de personnes est une personne concernée, les dispositions du présent paragraphe concernant la relation collective et le compte-joint s'appliquent par analogie ;

- i) Dans le cas d'un agent payeur au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e), le terme « personne concernée » désigne :
- i) Une personne physique résidant en République d'Autriche qui est le bénéficiaire effectif des avoirs d'une structure patrimoniale non transparent au sens du paragraphe 2. Si les avoirs gérés contiennent une participation dans une société de domicile ou un contrat d'assurance-vie, la procédure prévue à l'alinéa h) est appliquée le cas échéant, compte tenu de l'article 31 ; si au moins une personne concernée est le bénéficiaire effectif des actifs d'une structure patrimoniale, les actifs sont attribués à la personne concernée. Cette disposition ne s'applique pas lorsque l'agent payeur du Liechtenstein peut identifier tous les bénéficiaires effectifs. Dans ce cas, les actifs sont répartis en fonction du nombre de cocontractants (au prorata) et les revenus de ces actifs ou les gains sur ces actifs sont crédités en conséquence, à moins que l'agent payeur du Liechtenstein ait été informé d'un quota de droits différent et le justifie par des documents appropriés ;
- ii) Une personne physique résidant en République d'Autriche qui contribue à une structure patrimoniale non transparente au sens de l'alinéa n) ou qui reçoit des distributions de celle-ci.

Aux fins des articles 33 et 34, le terme « personne concernée » s'applique également à une société résidant en République d'Autriche ;

- j) L'expression « titulaire du compte » ou « titulaire du dépôt » désigne la partie contractante d'un agent payeur du Liechtenstein au sens de l'alinéa e) en relation avec les avoirs d'une personne concernée ;
- k) Les dates de référence indiquées ont la signification suivante :
 - « Date de référence 1 » : le 31 décembre 2003 ;
 - « Date de référence 2 » : le 31 décembre 2011 ;
 - « Date de référence 3 » : le dernier jour du cinquième mois à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention ;
 - « Date de référence 4 » : le dernier jour du sixième mois à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention ;
- l) Dans la présente Convention, tout renvoi à une disposition légale de l'un des États contractants concerne la version de la loi en vigueur au moment de la signature de la présente Convention ;
- m) Le terme « structures patrimoniales » désigne les fondations, les établissements similaires et les structures spécialisées dans la gestion du structure patrimoniale (special asset endowments) avec ou sans personnalité juridique ;
- n) Le terme « structures patrimoniales non transparentes » désigne les structures patrimoniales gérées au Liechtenstein qui sont considérées comme non transparentes au sens du paragraphe 2 ;
- o) Les termes « contribution » et « distribution » désignent le transfert gratuit d'actifs de manière transparente ou cachée, quelle qu'en soit la raison.

On parle également de distributions provenant d'une structure patrimoniale non transparente lorsque :

- Le transfert d'avoirs est assorti d'une condition ou d'un délai ;
- Des avantages non pécuniaires sont accordés (par exemple, le droit d'utiliser un bien immobilier) ;
- Les avoirs d'une entreprise sont transférés à titre gratuit à une structures patrimoniales non transparente et celle-ci accorde des avantages à cet égard (par exemple, don mixte ou don sans condition) ;
- Il y a une reprise de dettes de la structures patrimoniales non transparente.

2. Nonobstant toute autre disposition de la présente Convention, les dispositions suivantes s'appliquent :

- a) Aux fins de la partie 2 de la présente Convention, les structures patrimoniales gérées au Liechtenstein sont toujours considérées comme transparentes en ce qui concerne le revenu et le capital ;
- b) Aux fins des parties 3 et 4 de la présente Convention, les structures patrimoniales dotées de la personnalité juridique au Liechtenstein sont considérées comme non transparentes lorsque toutes les conditions suivantes sont réunies :
 - Ni le fondateur, ni un bénéficiaire ou une autre personne liée n'est membre du conseil ou d'un organe ayant le pouvoir de donner des instructions au conseil ;
 - Le conseil ne peut être révoqué par le fondateur, un bénéficiaire ou une autre personne liée sans raison valable ;

- Aucun contrat de mandat exprès ou implicite n'a été conclu.

Ces conditions préalables s'appliquent mutatis mutandis à toutes les structures patrimoniales dotées de la personnalité juridique.

Article 3. Identité et résidence des personnes concernées

1. Pour établir l'identité et déterminer la résidence des personne concernée, l'agent payeur enregistre son nom, son prénom, sa date de naissance, son adresse et les renseignements concernant son lieu de domicile, conformément aux obligations de diligence en vigueur au Liechtenstein concernant l'ouverture d'une relation d'affaires. Dans le cas de relations contractuelles établies, ou de transactions effectuées en l'absence de relations contractuelles, à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, la résidence est établie, pour les personnes physiques présentant un passeport ou une carte d'identité officielle délivrés par la République d'Autriche et qui déclarent être résidentes d'un État autre que la République d'Autriche ou le Lichtenstein, sur la base d'une attestation de résidence fiscale délivrée par l'autorité compétente de l'État dans lequel la personne physique déclare être résidente.

2. Aux fins de la partie 2 de la présente Convention, le lieu de domicile à la date de référence 2 est déterminant. Le lieu de domicile est déterminé selon les principes du paragraphe 1.

PARTIE 2. RÉGLEMENTATION CONCERNANT LA RÉGULARISATION DES AVOIRS

Article 4. Information de la personne concernée par l'agent payeur du Liechtenstein

1. Dans un délai de deux mois à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, les agents payeurs du Liechtenstein au sens du sous-alinéa i) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 informent les titulaires de comptes et de dépôts et les agents payeurs du Liechtenstein au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 du contenu de la Convention ainsi que des droits et des obligations qui en découlent pour la personne concernée.

2. Si une personne concernée ouvre une relation d'affaires auprès d'un agent payeur du Liechtenstein entre la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et la date de référence 3, l'information selon le paragraphe 1 est fournie, assortie d'un renvoi à l'article 7, lors de la conclusion du contrat.

Article 5. Droits et obligations de la personne concernée

1. Une personne concernée qui détient, à la date de référence 2 et à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, un compte ou un dépôt auprès du même agent payeur du Liechtenstein au sens du sous-alinéa i) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2, doit communiquer par écrit à ce dernier, au plus tard à la date de référence 3, quels comptes ou dépôts existants à la date de référence 3 doivent être imposé par paiement unique conformément à l'article 8 et pour quels comptes ou dépôts elle l'autorise à faire une déclaration volontaire conformément à l'article 10. L'imposition de l'ensemble des avoirs gérés par un agent payeur du Liechtenstein au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 est effectuée

paiement unique, ou la déclaration volontaire de ces avoirs doit être autorisée. À partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, une communication qui a été déposée est irrévocable.

2. Si la personne concernée opte pour une imposition par paiement unique conformément à l'article 8, elle met à disposition le montant requis pour régler le paiement unique.

3. Les comptes et les dépôts pour lesquels la personne concernée n'a rien communiqué au sens du paragraphe 1 à la date de référence 3 sont soumis à une imposition par paiement unique conformément à l'article 8.

4. Si le titulaire de compte ou de dépôt n'est pas la personne concernée, l'agent payeur Liechtenstein au sens du sous-alinéa i) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 est autorisé à agir selon les directives et les communications du titulaire de compte ou de dépôt.

Article 6. Relations entre agents payeurs au sens des sous-alinéas i) et ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2

Les agents payeurs au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 sont chargés de l'exécution des obligations prévues dans la partie 2 de la présente Convention à l'égard des personnes concernées au sens de l'alinéa i) du paragraphe 1 de l'article 2. Les paiements uniques prélevés par les agents payeurs du Liechtenstein au sens du sous-alinéa i) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 sont déduits du montant total du paiement unique.

Article 7. Ouverture d'une nouvelle relation d'affaires

1. Les dispositions suivantes s'appliquent en ce qui concerne les agents payeurs au sens du sous-alinéa i) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 :

- a) Une personne concernée qui a ouvert une relation d'affaires avec un agent payeur du Liechtenstein entre la date de référence 2 et la date de référence 3 doit communiquer par écrit à ce dernier, au plus tard à la date de référence 4 ;
 - i) Si les avoirs apportés étaient déposés auprès d'un agent payeur du Liechtenstein à la date de référence 2 ;
 - ii) Si la relation d'affaires avec cet agent payeur subsiste à la date de référence 3 ;
- b) Si les avoirs mentionnés dans la communication selon le paragraphe 1 étaient déposés auprès d'un agent payeur du Liechtenstein à la date de référence 2 et que la relation d'affaires de la personne concernée avec cet agent payeur du Liechtenstein ne subsiste plus à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, le nouvel agent payeur du Liechtenstein prend les mesures mentionnées dans la partie 2 de la présente Convention. Les précédents agents payeurs du Liechtenstein sont tenus de coopérer. La personne concernée doit, au plus tard à la date de référence 4 :
 - i) Communiquer au nouvel agent payeur du Liechtenstein les informations visées au paragraphe 1 de l'article 5 ;
 - ii) Autoriser, par écrit, le nouvel agent payeur du Liechtenstein à demander au précédent agent payeur du Liechtenstein toutes les informations permettant d'effectuer l'imposition par paiement unique conformément à l'article 8 ou la déclaration volontaire conformément à l'article 10, suivant les indications de la communication au titre du paragraphe 1 de l'article 5 ;

- iii) Autoriser par écrit le précédent agent payeur du Liechtenstein à transmettre au nouvel agent payeur du Liechtenstein toutes les informations permettant d'effectuer l'imposition par paiement unique conformément à l'article 8 ou la déclaration volontaire conformément à l'article 10 ;
 - c) Si les avoirs mentionnés dans la communication selon l'alinéa a) étaient déposés auprès d'un agent payeur du Liechtenstein à la date de référence 2 et que la relation d'affaires avec cet agent payeur subsiste à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, le nouvel agent payeur du Liechtenstein ne prend pas d'autres mesures selon la partie 2 de la présente Convention pour les avoirs de la personne concernée déposés auprès de lui. ;
 - d) Si les avoirs mentionnés dans la communication selon le paragraphe 1 n'étaient déposés auprès d'un agent payeur du Liechtenstein ou gérés par celui-ci à la date de référence 2, le nouvel agent payeur du Liechtenstein ne prend pas d'autres mesures selon la partie 2 de la présente Convention pour les avoirs de la personne concernée déposés auprès de lui ;
 - e) Si la personne concernée ne remplit pas ses obligations selon les paragraphes 1 et 2, le nouvel agent payeur du Liechtenstein communique l'identité et le lieu de résidence de la personne concernée. La procédure décrite à l'article 10 s'applique mutatis mutandis. Dans ce cas, une autorisation écrite de la personne concernée n'est pas nécessaire.
2. Les dispositions suivantes s'appliquent en ce qui concerne les agents payeurs au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 :
- a) Si les avoirs étaient gérés par un agent payeur du Liechtenstein à la date de référence 2, l'agent payeur du Liechtenstein qui gère les actifs de la personne concernée à la date de référence 3 prend les mesures prévues dans la partie 2 de la présente Convention. Si les avoirs ne sont plus gérés par un agent payeur du Liechtenstein à la date de référence 3, l'agent payeur du Liechtenstein qui gérait les actifs de la personne concernée à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention prend les mesures prévues dans la partie 2 de la présente Convention ;
 - b) Si les avoirs n'étaient pas gérés par un agent payeur du Liechtenstein à la date de référence 2, aucune des mesures prévues à la partie 2 de la présente Convention n'est prise.

Article 8. Imposition par paiement unique

1. Sous réserve des articles 6, 7 et 12, les agents payeurs du Liechtenstein prélèvent, à la date de référence 3, un paiement unique sur les avoirs déposés auprès d'eux ou gérés par eux.
2. Le paiement unique est calculé selon l'annexe I à la présente Convention. Le taux d'imposition est de 30 %.
3. Concomitamment au prélèvement du paiement unique, l'agent payeur du Liechtenstein établit à l'intention de la personne concernée une attestation selon le modèle prédéfini. L'attestation contient les éléments suivants :
 - a) L'identité (nom et date de naissance) et le lieu de résidence de la personne concernée ;

- b) Les numéros autrichiens de l'administration fiscale et d'identification fiscale et/ou le numéro de sécurité sociale autrichien, dans la mesure où ils sont connus ;
- c) Le nom et l'adresse de l'agent payeur du Liechtenstein ; si les avoirs ne sont gérés que par l'agent payeur (sous-alinéa ii) de l'alinéa f) du paragraphe 1 de l'article 2), le nom et l'adresse de la personne physique ou morale pour laquelle les actifs sont déposés sur des comptes ou des comptes titres ;
- d) Le numéro de client de la personne concernée (numéro de client, de compte ou de dépôt, code IBAN) ; si les avoirs ne sont gérés que par l'agent payeur (sous-alinéa ii) de l'alinéa f) du paragraphe 1 de l'article 2), le numéro de client de la personne concernée dans le cas d'une personne physique ou morale pour laquelle les actifs sont déposés sur des comptes ou des comptes titres ;
- e) Le montant du paiement unique et les modalités de calcul de celui-ci.

Si la personne concernée ne fait pas opposition à l'attestation dans un délai de trente jours après sa notification, l'attestation est considérée comme approuvée.

4. Après approbation des attestations conformément au paragraphe 3, l'agent payeur du Liechtenstein transfère mensuellement les paiements uniques à l'autorité compétente du Liechtenstein. Le premier transfert a lieu un mois après la date de référence 3. L'autorité compétente du Liechtenstein transfère les paiements uniques aux autorités compétentes autrichiennes, en prenant une commission de recouvrement de 4 000 000 d'euros. Le premier transfert a lieu un mois après la date de référence 3.

5. L'agent payeur du Liechtenstein calcule, prélève et transfère à l'autorité compétente du Liechtenstein les paiements uniques visés au paragraphe 2 en euros. Si le compte ou le dépôt n'est pas géré dans cette monnaie, l'agent payeur du Liechtenstein se réfère au cours fixe des devises publié par SIX SA à la date correspondante. Le transfert par l'autorité compétente du Liechtenstein à l'autorité compétente autrichienne s'effectue également en euros.

6. Lorsque le paiement unique a été entièrement crédité sur le compte relais créé à cet effet par l'agent payeur du Liechtenstein, tout droit autrichien d'imposition sur les successions et les donations, tous droits fédéraux collectifs conformément aux premier et troisième cas visés dans la première phrase du paragraphe 1 de l'article 8 de la loi autrichienne de 2008 sur la péréquation fiscale (Finanzausgleichsgesetz), tout droit autrichien d'imposition sur les recettes des fondations et sur les assurances, provenant des avoirs déposés ou gérés sur les comptes et dépôts correspondants, est réputé éteint au moment même de sa naissance. Le montant régularisé à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention est équivalent au capital déterminant Cd, tel que défini dans l'annexe I à la présente Convention. Ainsi :

- a) Si C10 est inférieur à C8, Cd équivaut à C8 ;
- b) Si C10 est égal ou supérieur à C8 et égal ou inférieur à $1,2 * C8$, Cd équivaut à C10 ;

Si des entrées d'actifs proviennent directement ou indirectement de la République d'Autriche et quittent la République d'Autriche entre la date de signature et la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, la première phrase ne s'applique pas.

La partie du paiement unique prélevée sur ces actifs est considérée comme un paiement anticipé au sens de l'article 45 de la loi autrichienne relative à l'impôt sur le revenu (Einkommenssteuergesetz) pour la période d'imposition de l'année 2014.

Le paragraphe 2 de l'article 46 de la loi autrichienne relative à l'impôt sur le revenu n'est pas applicable.

7. Les créances fiscales nées avant la date de référence 1 s'éteignent dans les mêmes proportions que les créances fiscales mentionnées au paragraphe 6.

8. L'effet extinctif visé aux paragraphes 6 et 7 s'étend à l'ensemble des débiteurs solidaires au sens du code fiscal fédéral autrichien (Bundesabgabenordnung).

9. L'effet extinctif selon les paragraphes 6 à 8 ne s'applique pas si :

- a) Les actifs sont le produit d'un acte punissable visé au paragraphe 1 de l'article 165 du code pénal autrichien (Strafgesetzbuch) (blanchiment d'argent) (à l'exception de l'article 33 de la loi autrichienne sur les délits financiers (Finanzstrafgesetz) lu conjointement avec les articles 38a ou 39 de la loi autrichienne sur les délits financiers ;
- b) Lors de la signature de la présente Convention, les autorités compétentes en vertu du droit autrichien disposent d'indices concrets que des actifs non imposés de la personne concernée se trouvent sur des comptes ou des comptes de titres auprès d'un agent payeur du Liechtenstein et que la personne concernée en avait connaissance, ou qu'une action en justice a été engagée concernant un délit financier se rapportant à ces actifs (alinéa a) du paragraphe 3 de l'article 39 de la loi autrichienne).

Dans les cas mentionnés, l'autorité autrichienne compétente selon le droit autrichien traite un paiement unique comme un paiement volontaire sur les impôts dus par la personne concernée. Le paragraphe 1 de l'article 214 du code fiscal fédéral autrichien s'applique mutatis mutandis.

10. Les paragraphes 6 et 7 sont sans incidence sur le calcul des ressources propres provenant de la taxe sur la valeur ajoutée conformément au règlement 1553/89/CE du Conseil du 29 mai 1989.

Article 9. Poursuite de délits financières en cas de paiement unique

1. Dans la mesure où les créances fiscales s'éteignent conformément à l'article 8 avec le paiement unique, aucune procédure pénale n'est engagée pour fraude fiscale concernant ces créances fiscales ou pour non-respect des obligations de déclaration concernant les avoirs concernés.

2. Si une infraction autre qu'un délit financier ne peut être sanctionnée ou punie en raison de la responsabilité pénale à l'égard d'un délit financier, elle ne saurait l'être non plus la responsabilité pénale à l'égard d'un délit financier s'éteint raison de la présente Convention.

Article 10. Déclaration volontaire

1. Le paiement unique au sens de l'article 8 n'est pas prélevé si la personne concernée autorise par écrit son agent payeur du Liechtenstein au plus tard à la date de référence 2 à communiquer à l'autorité compétente autrichienne les informations mentionnées au paragraphe 2.

2. L'agent payeur du Liechtenstein ayant reçu l'autorisation écrite de la part de la personne concernée transmet à l'autorité compétente du Liechtenstein les données suivantes :

- a) L'identité (nom et date de naissance) et le lieu de résidence de la personne concernée ;

- b) Les numéros autrichiens de l'administration fiscale et d'identification fiscale et/ou le numéro de sécurité sociale autrichien, dans la mesure où ils sont connus ;
- c) Le nom et l'adresse de l'agent payeur du Liechtenstein ; si les avoirs ne sont gérés que par l'agent payeur (sous-alinéa ii) de l'alinéa f) du paragraphe 1 de l'article 2), le nom et l'adresse de la personne physique ou morale pour laquelle les actifs sont déposés sur des comptes ou des comptes titres ;
- d) Le numéro de client de la personne concernée (numéro de client, de compte ou de dépôt, code IBAN) ; si les avoirs ne sont gérés que par l'agent payeur (sous-alinéa ii) de l'alinéa f) du paragraphe 1 de l'article 2), le numéro de client de la personne concernée dans le cas d'une personne physique ou morale pour laquelle les actifs sont déposés sur des comptes ou des comptes titres ;
- e) Le solde du compte au 31 décembre pour la période située entre la date de référence 1 et l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Ces données sont transmises mensuellement. La première transmission a lieu un mois après la date de référence 3. La dernière transmission a lieu six mois après la date de référence 3.

3. L'autorité compétente du Liechtenstein transmet mensuellement à l'autorité compétente autrichienne les informations visées au paragraphe 2. La première transmission a lieu deux mois après la date de référence 3. La dernière transmission a lieu sept mois après la date de référence 3. L'agent payeur du Liechtenstein transmet sans délai les déclarations ultérieures à l'autorité compétente du Liechtenstein, qui les transmet sans délai à l'autorité compétente autrichienne.

4. En cas de déclaration volontaire, la personne concernée reçoit une attestation de la part de l'agent payeur du Liechtenstein concernant les informations qui ont été transmises.

5. Si l'autorité compétente autrichienne ne peut pas identifier la personne concernée sur la base des informations qui lui ont été transmises, elle peut demander à l'autorité compétente du Liechtenstein des informations complémentaires.

Article 11. Poursuite de délits financiers en cas de déclaration volontaire

1. Si l'examen des données transmises au titre du paragraphe 2 de l'article 10 permet de conclure indique que la fraude fiscale est due à un manquement à l'obligation de déclaration, de divulgation ou de vérité en matière fiscale, la déclaration volontaire est considérée, à compter de la date de l'autorisation écrite visée au paragraphe 1 de l'article 10, comme une dénonciation spontanée au sens de la première phrase du paragraphe 1 de l'article 29 de la loi autrichienne sur les délits financiers en ce qui concerne les comptes ou les comptes de titres déclarés. Les suites juridiques sont déterminées conformément à l'article 29 de la loi autrichienne sur les délits financiers. Aux fins de la détection des fraudes, la personne concernée est tenue de communiquer toute circonstance essentielle dans un délai raisonnable fixé par l'autorité autrichienne compétente.

2. Les suites juridiques mentionnées au paragraphe 1 ne prennent pas effet :

- a) Si les avoirs sont le produit d'un acte punissable visé au paragraphe 1 de l'article 165 du code pénal autrichien (Strafgesetzbuch) (blanchiment d'argent) (à l'exception de l'article 33 de la loi autrichienne sur les délits financiers (Finanzstrafgesetz) lu conjointement avec les articles 38a ou 39 de la loi autrichienne sur les délits financiers ;

- b) À la date de signature de la présente Convention, tout ou partie des éléments objectifs de l'acte constitutif du délit avait déjà été découvert et la personne concernée en avait connaissance, ou une procédure judiciaire avait été engagée à ce sujet (alinéa a) du paragraphe 3 de l'article 29 de la loi autrichienne sur les délits financiers).

Article 12. Liquidités insuffisantes pour le prélèvement du paiement unique

1. Si, suite à une information fournie par l'agent payeur du Liechtenstein conformément à l'article 4, une personne concernée communique par écrit qu'elle souhaite effectuer un paiement unique conformément à l'article 8, mais qu'elle ne dispose pas à la date de référence 3 d'un montant suffisant sur le compte concerné auprès de l'agent payeur du Liechtenstein, l'agent payeur du Liechtenstein accorde par écrit à la personne concernée une prolongation de délai de huit semaines au plus pour que celle-ci puisse mettre à disposition un montant suffisant sur le compte. En même temps, il doit avertir la personne concernée des éventuelles conséquences prévues au paragraphe 3. Il en va de même lorsque le paiement unique est prélevé conformément au paragraphe 3 de l'article 5.

2. Si une prolongation de délai est accordée conformément au paragraphe 1, l'agent payeur du Liechtenstein prélève le paiement unique le jour de l'échéance du délai. L'effet du paiement unique est identique à celui du paiement unique selon le paragraphe 6 de l'article 8, mais ne se déploie qu'au moment où le paiement est crédité sur le compte relais de l'agent payeur du Liechtenstein.

3. Si un compte ou un dépôt est détenu, à la date de l'entrée en vigueur, par une personne concernée auprès de l'agent payeur du Liechtenstein et qu'un paiement unique ne peut être prélevé dans son intégralité en raison d'un manque de liquidités, l'agent payeur du Liechtenstein doit déclarer la personne concernée conformément à l'article 10. Dans ce cas, une autorisation écrite de la personne concernée n'est pas nécessaire.

4. Les paragraphes 1 à 3 s'appliquent mutatis mutandis aux agents payeurs au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2.

Article 13. Omission de l'identification d'une personne concernée

1. Si un agent payeur du Liechtenstein omet d'identifier une personne concernée et de l'informer de ses droits et obligations conformément à l'article 5 et qu'il l'identifie ultérieurement comme telle, la personne concernée peut tout de même, avec l'accord des autorités compétentes des États contractants, faire valoir les droits et les obligations conformément à l'article 5. L'imposition conformément à l'article 8 ou la déclaration volontaire conformément à l'article 10 est effectuée dans un délai qui est fixé conjointement par les autorités compétentes des États contractants.

2. En plus d'un paiement unique conformément au paragraphe 1, l'agent payeur du Liechtenstein prélève auprès de la personne concernée à partir de la date de référence 3 et jusqu'au prélèvement du paiement unique un intérêt moratoire de 0,5 % par mois entier.

Article 14. Prélèvement du paiement unique incomplet ou effectué à tort

1. Si l'agent payeur du Liechtenstein prélève un paiement unique conformément à l'article 8 de manière incomplète en raison d'une erreur de calcul ou de traitement, il peut prélever ultérieurement auprès de la personne concernée le montant manquant ainsi qu'un intérêt moratoire conformément au paragraphe 2 de l'article 13. En tout état de cause, l'agent payeur du Liechtenstein reste tenu de verser le montant correspondant à l'autorité compétente du Liechtenstein. Il en va de même pour l'intérêt moratoire prélevé. L'autorité compétente du Liechtenstein transmet sans délai à l'autorité compétente autrichienne les paiements uniques ultérieurs y compris les intérêts moratoires.

2. Dans les cas visés au paragraphe 1, si la personne concernée n'a pas reconnu l'erreur de calcul ou de traitement sans qu'il y ait faute grave de sa part, elle bénéficie de l'effet extinctif conformément au paragraphe 6 de l'article 8. Si l'erreur de calcul ou de traitement visée au paragraphe 1 est corrigée, la personne concernée bénéficie en tous les cas de l'effet extinctif conformément au paragraphe 6 de l'article 8.

3. Si le paiement unique a été prélevé sans base juridique, la personne concernée a le droit de se faire rembourser ledit paiement unique par l'autorité compétente autrichienne.

Article 15. Effet de l'attestation

Si l'autorité autrichienne compétente selon le droit autrichien apprend, dans un contexte autre que la mise en œuvre de la présente Convention, l'existence d'avoirs qui font l'objet d'une imposition conformément à l'article 8 ou d'une déclaration volontaire conformément à l'article 10, la personne concernée doit prouver que ces avoirs ont été imposés avec effet libératoire selon la présente Convention ou qu'ils ont été déclarés auprès de l'autorité compétente autrichienne conformément à l'article 10. L'attestation de l'agent payeur du Liechtenstein conformément au paragraphe 3 de l'article 8 ou au paragraphe 4 de l'article 10 est considérée comme une preuve suffisante. En cas de doute quant à l'authenticité d'une attestation, l'autorité autrichienne compétente selon le droit autrichien peut, avec le concours de l'autorité compétente autrichienne, demander à l'autorité compétente du Liechtenstein de vérifier l'attestation.

Article 16. Destination des avoirs transférés

Dans un délai de douze mois à compter de la date de référence 3, l'autorité compétente du Liechtenstein communique à l'autorité compétente autrichienne, dans leur ordre d'importance selon le volume calculé des avoirs, les dix principaux États ou territoires vers lesquels les personnes concernées ont transféré les avoirs des comptes et dépôts qu'elles ont soldés entre le moment de la signature de la présente Convention et la date de référence 3. Cette communication mentionne également le nombre de personnes concernées, par État ou territoire. Les données collectées et communiquées selon le présent article ne sont pas publiées par les États contractants.

Article 17. Renonciation à la poursuite d'infractions et de délits, responsabilité

1. Les personnes ayant participé à un délit financier commis avant la signature de la présente Convention par une personne concernée en lien avec des avoirs au sens de la présente Convention ne sont pas poursuivies. Dans de tels cas, aucune amende n'est infligée à l'encontre de

groupements au sens de la loi autrichienne sur la responsabilité pénale des personnes morales (Verbandsverantwortlichkeitsgesetz) qui étaient responsables de ces délits financiers. Les première et deuxième phrases ne s'appliquent pas si, à la date de la signature de la présente Convention, tout ou partie des éléments objectifs de l'acte constitutif du délit avait déjà été découvert et que les parties en avaient connaissance, ou si une action en justice avait été engagée à ce sujet (alinéa a) du paragraphe 3 de l'article 29 de la loi autrichienne sur les délits financiers).

2. Si les conditions citées au paragraphe 1 sont réunies, la responsabilité au titre de l'article 11 du code fédéral fiscal autrichien tombe également.

3. Les participants à des infractions ou à des délits liés à l'acquisition de données déterminantes du point de vue fiscal qui ont été commise avant la signature de la présente Convention ne sont poursuivies ni selon le droit du Liechtenstein ni selon le droit autrichien ; les procédures en cours sont suspendues. Sont exclues les procédures selon le droit du Liechtenstein concernant des membres du personnel des agents payeurs du Liechtenstein.

PARTIE 3. PRÉLÈVEMENT D'UN IMPÔT À LA SOURCE PAR LES AGENTS PAYEURS DU LIECHTENSTEIN

Article 18. Prélèvement par les agents payeurs du Liechtenstein d'un impôt équivalent à l'impôt autrichien sur les revenus avec effet libérateur

1. Les agents payeurs du Liechtenstein prélèvent auprès des personnes concernées un montant correspondant à l'impôt autrichien sur les revenus (ci-après dénommé l'« impôt ») sur les revenus et gains en capital suivants :

- a) Intérêts créditeurs ;
- b) Revenus de dividendes ;
- c) Autres revenus que ceux cités aux alinéas a) et b) ;
- d) Gains en capital.

Sont également soumis à l'impôt les compensations ou avantages accordés en lieu et place des revenus mentionnés aux alinéas a) à d).

2. Le débiteur de l'impôt selon le paragraphe 1 est la personne concernée. Le taux d'imposition est de 25 %.

3. Dès lors que les revenus et gains en capital mentionnés au paragraphe 1 ont été soumis à l'impôt, l'impôt autrichien sur les revenus est considéré comme acquitté, avec effet libérateur, pour autant que la loi autrichienne concernant l'impôt sur les revenus prévoit un tel effet pour ces revenus et gains en capital.

Article 19. Modification des taux d'imposition

1. L'autorité compétente autrichienne communique par écrit à l'autorité compétente du Liechtenstein toute modification des taux d'imposition dans le droit autrichien qui concernent les revenus et les gains imposés selon la partie 3 de la présente Convention.

2. Les taux d'imposition modifiés dans le droit autrichien après la signature de la présente Convention s'appliquent simultanément à l'imposition des revenus et gains correspondants soumis à la présente Convention, pour autant que l'autorité compétente du Liechtenstein n'ait pas

communiqué, dans un délai de trente jours après réception de la communication de l'autorité compétente autrichienne, que la modification de taux ne sera pas exécutée dans le cadre de l'application de la Convention. L'autorité compétente du Liechtenstein publie sans délai toute modification des taux d'imposition et veille à ce que les agents payeurs du Liechtenstein en soient informés.

Article 20. Relation avec d'autres impôts

1. Le prélèvement d'un éventuel impôt à la source au Liechtenstein reste inchangé. L'agent payeur du Liechtenstein peut, en son nom et au nom de la personne concernée, demander un remboursement total ou partiel, si l'accord sur la double imposition entre le Liechtenstein et la République d'Autriche le prévoit. L'impôt à la source qui ne peut être remboursé en vertu de l'accord sur la double imposition (impôt résiduel) est déduit de l'impôt dû en vertu des paragraphes 1 et 2 de l'article 18. Cette déduction ne peut toutefois excéder le montant de l'impôt prévu aux paragraphes 1 et 2 de l'article 18.

2. Si les revenus et les gains en capital sont soumis à un impôt à la source en République d'Autriche conformément au paragraphe 1 de l'article 18, l'agent payeur du Liechtenstein déduit cet impôt à la source de l'impôt visé aux paragraphes 1 et 2 de l'article 18. Cette déduction ne peut toutefois excéder le montant de l'impôt prévu aux paragraphes 1 et 2 de l'article 18.

3. Si les revenus et les gains en capital visés au paragraphe 1 de l'article 18 sont soumis à un impôt à la source dans un État tiers, l'agent payeur du Liechtenstein déduit cet impôt à la source de l'impôt visé aux paragraphes 1 et 2 de l'article 18, pour autant que l'accord sur la double imposition entre la République d'Autriche et l'État tiers exclue le remboursement de cet impôt à la source (impôt résiduel). Cette déduction ne peut toutefois excéder le montant de l'impôt prévu aux paragraphes 1 et 2 de l'article 18.

4. L'impôt autrichien sur le revenu et sur les gains en capital payé par une structure patrimoniale qui n'est pas considérée comme non transparente au sens de l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article 2 ne peut pas être déduit de l'impôt visé aux paragraphes 1 et 2 de l'article 18.

Article 21. Déclaration volontaire

1. Si la personne concernée autorise expressément un agent payeur du Liechtenstein à déclarer à l'autorité compétente autrichienne les revenus et les gains en capital découlant d'un compte ou d'un compte-titres, l'agent payeur déclare les revenus et les gains en capital, au sens du paragraphe 1 de l'article 18, découlant d'un compte ou d'un compte-titres au lieu de prélever l'impôt.

2. La déclaration comprend les informations suivantes :

- a) L'identité (nom et date de naissance) et le lieu de résidence de la personne concernée ;
- b) Les numéros autrichiens de l'administration fiscale et d'identification fiscale et/ou le numéro de sécurité sociale autrichien, dans la mesure où ils sont connus ;
- c) Le nom et l'adresse de l'agent payeur du Liechtenstein ; si les avoirs ne sont gérés que par l'agent payeur (sous-alinéa ii) de l'alinéa f) du paragraphe 1 de l'article 2), le nom et l'adresse de la personne physique ou morale pour laquelle les actifs sont déposés sur des comptes ou des dépôts ;

- d) Le numéro de client de la personne concernée (numéro de client, de compte ou de dépôt, code IBAN) ; si les avoirs ne sont gérés que par l'agent payeur (sous-alinéa ii) de l'alinéa f) du paragraphe 1 de l'article 2), le numéro de client de la personne concernée dans le cas d'une personne physique ou morale pour laquelle les actifs sont déposés sur des comptes ou des dépôts ;
- e) L'année fiscale concernée ;
- f) Le montant total des gains ou des pertes calculés conformément à l'article 23 ou le montant total des revenus et des gains en capital au sens des alinéas a) à d) du paragraphe 1 de l'article 18.

Article 22. Imposition dans le cadre de la procédure de taxation en République d'Autriche

L'impôt prélevé conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 18 est considéré comme un impôt sur les gains en capital au sens de l'article 93 de la loi autrichienne relative à l'impôt sur le revenu.

Article 23 Base d'imposition

1. L'agent payeur du Liechtenstein prélève l'impôt sur les paiements, sans déduction et indépendamment du prix d'acquisition de la manière suivante :

- a) Dans le cas des intérêts créditeurs visés à l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 18 :
 - i) Dans le cas d'intérêts créditeurs au sens de l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 24 : sur le montant brut des intérêts payés ou crédités ;
 - ii) Dans le cas d'intérêts créditeurs au sens des alinéas b) ou d) du paragraphe 1 de l'article 24 : sur le montant des intérêts ou des revenus visés à ces alinéas ;
- b) Dans le cas des revenus de dividendes visés à l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 18 :
 - i) Dans le cas de dividendes au sens de l'alinéa a) de l'article 25 : sur le montant brut des dividendes payés ou crédités ou sur la valeur marchande des dividendes en nature au moment de la comptabilisation ;
 - ii) Dans le cas de dividendes au sens de l'alinéa b) de l'article 25 : sur le montant des dividendes visés à cet alinéa ;
 - iii) Dans le cas de dividendes au sens de l'alinéa c) de l'article 25 : sur le montant des revenus visés à cet alinéa ;
- c) Dans le cas des autres revenus visés à l'alinéa c) du paragraphe 1 de l'article 18 :
 - i) Dans le cas d'autres revenus au sens de l'alinéa a) de l'article 26 : sur le montant brut des autres revenus payés ou crédités ;
 - ii) Dans le cas d'autres revenus au sens de l'alinéa b) de l'article 26 : sur le montant des autres revenus visés à cet alinéa ;
 - iii) Dans le cas d'autres revenus au sens de l'alinéa c) de l'article 26 : sur le montant des autres revenus visés à cet alinéa ;
- d) Dans le cas des gains en capital sur la cession d'avoirs visés à l'alinéa d) du paragraphe 1 de l'article 18 :

- i) Sur le produit de la cession, déduction faite du prix d'acquisition. Le prix d'acquisition est calculé selon la méthode du coût moyen pondéré. En cas d'acquisition d'avoirs avant le 1^{er} avril 2012, le prix d'acquisition est égal à la valeur de marché des avoirs au 1^{er} avril 2012. Si les valeurs de marché ne sont pas disponibles au 1^{er} avril 2021, l'impôt est prélevé à hauteur de 30 % du produit de la cession ;
- ii) Si, en cas d'acquisition d'avoirs après le 31 mars 2012, les données historiques permettant de calculer le prix d'acquisition ou la date d'acquisition ne sont pas disponibles, l'impôt est prélevé à hauteur de 30 pour cent du produit de la cession ;
- iii) Si la personne concernée transfère des avoirs sur un compte ou un dépôt d'un tiers, l'opération est considérée comme une cession ;

2. Les revenus négatifs au sens du paragraphe 1 de l'article 18 sont compensés par des revenus positifs réalisés au cours de la même année civile auprès du même agent payeur du Liechtenstein. À la demande de la personne concernée, l'agent payeur du Liechtenstein fournit une attestation concernant le montant des pertes résiduelles à la fin d'une année civile, conformément au modèle prédéfini.

Article 24. Définition des intérêts créditeurs

- 1. Aux fins de la présente Convention, on entend par « intérêts créditeurs » :
 - a) i) Les intérêts versés ou crédités sur un compte qui se rapportent à des créances de toute nature, y compris les intérêts payés sur des dépôts fiduciaires par des agents payeurs du Liechtenstein au profit de la personne concernée, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur (intérêts résultant de droits de jouissance). Cela inclut notamment les revenus des fonds publics et des obligations d'emprunts, y compris les primes et lots attachés à ceux-ci, mais exclut les intérêts de prêts entre personnes physiques n'agissant pas dans le cadre de leur activité professionnelle. Les intérêts moratoires pour paiement tardif ne sont pas considérés comme des revenus d'intérêts ;
 - ii) Les primes d'options encaissées (primes tirées de la vente d'option) ;
 - b) Les intérêts courus ou capitalisés lors de la cession, du remboursement ou du rachat des créances visées au sous-alinéa i) de l'alinéa a) ;
 - c) Les revenus d'intérêts directs ou générés par l'intermédiaire d'une entité visée au paragraphe 2 de l'article 4 de la directive 2003/48/CE du Conseil du 3 juin 2003 en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts (ci-après dénommée la « directive »), distribués ou thésaurisés par :
 - i) Des organismes de placement collectif domiciliés dans un État membre de l'Union européenne ;
 - ii) Des entités domiciliées dans un État membre de l'Union européenne qui ont recours à l'option prévue au paragraphe 3 de l'article 4 de la directive, et qui en informent l'agent payeur du Liechtenstein ;
 - iii) Des organismes de placement collectif établis en dehors du territoire de l'Union européenne et du Liechtenstein ;

- iv) Des fonds de placement du Liechtenstein ;
- d) Les revenus réalisés lors de la cession, du remboursement ou du rachat de parts dans les entités suivantes :
 - i) Des organismes de placement collectif domiciliés dans un État membre de l'Union européenne ;
 - ii) Des entités domiciliées dans un État membre de l'Union européenne qui ont recours à l'option prévue au paragraphe 3 de l'article 4 de la directive, et qui en informent l'agent payeur du Liechtenstein ;
 - iii) Des organismes de placement collectif établis en dehors du territoire de l'Union européenne et du Liechtenstein ;
 - iv) Des fonds de placement du Liechtenstein.

2. Lorsqu'un agent payeur du Liechtenstein ne dispose d'aucun élément concernant la part des revenus provenant de paiements d'intérêts, le montant global des revenus est considéré comme des revenus d'intérêts dans les cas déterminés aux alinéas c) et d) du paragraphe 1.

Article 25. Définition des revenus de dividendes

Aux fins de la présente Convention, on entend par « revenus de dividendes » :

- a) Les dividendes versés ou crédités sur un compte, les revenus provenant d'actions, actions ou bons de jouissance (bons de jouissance liés à des actions), parts de mine, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires à l'exception des créances, ainsi que les revenus d'autres parts sociales soumis au même régime fiscal que les revenus d'actions par la législation de l'État dont la société distributrice est un résident ;
- b) Les revenus de dividendes directs ou générés par l'intermédiaire d'une entité visée au paragraphe 2 de l'article 4 de la directive, distribués ou thésaurisés par :
 - i) Des organismes de placement collectif domiciliés dans un État membre de l'Union européenne ;
 - ii) Des entités domiciliées dans un État membre de l'Union européenne qui ont recours à l'option prévue au paragraphe 3 de l'article 4 de la directive, et qui en informent l'agent payeur du Liechtenstein ;
 - iii) Des organismes de placement collectif établis en dehors du territoire de l'Union européenne et du Liechtenstein ;
 - iv) Des fonds de placement du Liechtenstein ;
- c) Les revenus réalisés lors de la cession, du remboursement ou du rachat de parts dans les entités suivantes :
 - i) Des organismes de placement collectif domiciliés dans un État membre de l'Union européenne ;
 - ii) Des entités domiciliées dans un État membre de l'Union européenne qui ont recours à l'option prévue au paragraphe 3 de l'article 4 de la directive, et qui en informent l'agent payeur du Liechtenstein ;
 - iii) Des organismes de placement collectif établis en dehors du territoire de l'Union européenne et du Liechtenstein ;
 - iv) Des fonds de placement du Liechtenstein.

Article 26. Définition des autres revenus

Aux fins de la présente Convention, on entend par « autres revenus » :

- a) Les paiements assimilés à des intérêts au sens de l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 24, et à des dividendes au sens de l'alinéa a) de l'article 25, encaissés en relation avec des instruments financiers dérivés, des prêts de valeurs mobilières, des opérations Repo, des swaps et des transactions similaires, ainsi que les autres frais et commissions encaissés lors de ces transactions ;
- b) Les autres revenus directs ou générés par l'intermédiaire d'une entité visée au paragraphe 2 de l'article 4 de la directive, distribués ou thésaurisés par :
 - i) Des organismes de placement collectif domiciliés dans un État membre de l'Union européenne ;
 - ii) Des entités domiciliées dans un État membre de l'Union européenne qui ont recours à l'option prévue au paragraphe 3 de l'article 4 de la directive, et qui en informent l'agent payeur du Liechtenstein ;
 - iii) Des organismes de placement collectif établis en dehors du territoire de l'Union européenne et du Liechtenstein ;
 - iv) Des fonds de placement du Liechtenstein ;
- c) Les revenus réalisés lors de la cession, du remboursement ou du rachat de parts dans les entités suivantes :
 - i) Des organismes de placement collectif domiciliés dans un État membre de l'Union européenne ;
 - ii) Des entités domiciliées dans un État membre de l'Union européenne qui ont recours à l'option prévue au paragraphe 3 de l'article 4 de la directive, et qui en informent l'agent payeur du Liechtenstein ;
 - iii) Des organismes de placement collectif établis en dehors du territoire de l'Union européenne et du Liechtenstein ;
 - iv) Des fonds de placement du Liechtenstein.

Article 27. Définition des gains en capital

Aux fins de la présente Convention, on entend par « gains en capital » :

- a) Les bénéfices réalisés lors de la cession de parts détenues dans des sociétés, de coupons de dividendes et d'intérêts, de prêts, de prétentions découlant de contrats d'assurance et d'autres créances en capital. Sont également considérés comme des gains en capital les gains provenant d'instruments financiers dérivés ou d'opérations à terme constituées sous forme d'instruments financiers dérivés, ainsi que la différence de valeur ou, également, la somme d'argent ou l'avantage, déterminés par la valeur d'une variable, que la personne concernée obtient lors d'une opération à terme. Sont aussi visés le rachat, le remboursement ou la cession ainsi que l'apport effectué dans une société de capitaux.
- b) Les gains en capital directs ou réalisés par l'intermédiaire d'une entité visée à au paragraphe 2 de l'article 4 de la directive, distribués ou thésaurisés par :

- i) Des organismes de placement collectif domiciliés dans un État membre de l'Union européenne ;
- ii) Des entités domiciliées dans un État membre de l'Union européenne qui ont recours à l'option prévue au paragraphe 3 de l'article 4 de la directive, et qui en informent l'agent payeur du Liechtenstein ;
- iii) Des organismes de placement collectif établis en dehors du territoire de l'Union européenne et du Liechtenstein ;
- iv) Des fonds de placement du Liechtenstein ;

Les gains en capital thésaurisés ne sont soumis à l'impôt qu'à hauteur de 60 %.

- c) Les revenus réalisés lors de la cession, du remboursement ou du rachat de parts dans les entités suivantes :
 - i) Des organismes de placement collectif domiciliés dans un État membre de l'Union européenne ;
 - ii) Des entités domiciliées dans un État membre de l'Union européenne qui ont recours à l'option prévue au paragraphe 3 de l'article 4 de la directive, et qui en informent l'agent payeur du Liechtenstein ;
 - iii) Des organismes de placement collectif établis en dehors du territoire de l'Union européenne et du Liechtenstein ;
 - iv) Des fonds de placement du Liechtenstein.

Article 28. Relations entre agents payeurs au sens des sous-alinéas i) et ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2

Les dispositions de l'article 6 s'appliquent mutatis mutandis à la partie 3.

Article 29. Dispositions administratives

1. Les agents payeurs du Liechtenstein versent l'impôt prélevé au titre de la partie 3 de la présente Convention à l'autorité compétente du Liechtenstein au plus tard dans les deux mois qui suivent la fin de l'année fiscale du Liechtenstein. La déclaration s'effectue au moyen d'une liste séparée indiquant la répartition des montants prélevés entre les différentes catégories de revenus et de gains en capital visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 18.

2. L'autorité compétente du Liechtenstein transfère cet impôt à l'autorité compétente autrichienne en un seul versement au plus tard dans les trois mois qui suivent la fin de l'année fiscale du Liechtenstein, après déduction d'une commission de perception de 0,5 %.

3. Les agents payeurs du Liechtenstein calculent, prélèvent et transfèrent à l'autorité compétente du Liechtenstein les montants d'impôt visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 18 en euros. Si le compte ou le dépôt n'est pas géré dans cette monnaie, l'agent payeur du Liechtenstein se réfère au cours fixe des devises publié par SIX SA à la date correspondante. L'autorité compétente du Liechtenstein transfère l'impôt à l'autorité compétente autrichienne en euros.

4. Dans les cas de déclaration volontaire visés à l'article 21, les agents payeurs du Liechtenstein transmettent les informations transmises au titre du paragraphe 2 de l'article 21 à l'autorité compétente du Liechtenstein au plus tard dans les trois mois qui suivent la fin de l'année fiscale du Liechtenstein. Celle-ci transmet automatiquement les informations à l'autorité

compétente autrichienne une fois par an, au plus tard dans les six mois qui suivent la fin de l'année fiscale du Liechtenstein.

Article 30. Attestation de l'agent payeur du Liechtenstein

1. Chaque année et en cas de résiliation de la relation bancaire, de changement de l'agent payeur ou de dissolution de la structure patrimoniale, l'agent payeur du Liechtenstein établit à l'intention de la personne concernée une attestation qui mentionne notamment les données visées aux articles 18 et 20 ainsi que les pertes visées au paragraphe 2 de l'article 23. Cette attestation doit être établie selon le modèle prédéfini. La dernière phrase des articles 6 et 15 s'appliquent mutatis mutandis.

2. La République d'Autriche accepte les attestations délivrées par les agents payeurs du Liechtenstein visées au paragraphe 1 comme attestations à des fins fiscales.

Article 31. Transfert d'avoir et changement de résidence

Si la personne concernée transfère des avoirs placés auprès d'un agent payeur du Liechtenstein

auprès d'un autre agent payeur du Liechtenstein, l'agent payeur qui transfère les avoirs doit communiquer à celui qui les reçoit toutes les données concernant ces avoirs qui sont déterminantes pour la définition de la base de l'imposition. Il en va de même en cas de transfert d'avoir effectué depuis ou sur un compte ou un dépôt d'un agent payeur autrichien.

2. Si la personne concernée transfère des avoirs placés auprès d'un agent payeur du Liechtenstein au sens du sous-alinéa i) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 sur un compte ou un dépôt d'un agent payeur étranger (à l'exception des agents payeurs suisses) ou si elle communique à l'agent payeur du Liechtenstein qu'elle n'est plus résidente en République d'Autriche, l'agent payeur du Liechtenstein la rend attentive à l'obligation de déclarer selon le droit autrichien. Dans le cas d'agents payeurs au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2, le transfert d'avoirs sur un compte ou un dépôt d'un agent payeur étranger n'est pas considérée comme une vente, dans la mesure où la République d'Autriche ne perd pas son droit d'imposition sur les avoirs transférés du fait de ce transfert. Dans ce cas, l'agent payeur du Liechtenstein attire l'attention sur l'obligation de déclarer selon le droit autrichien.

Article 32. Dispositions relatives aux abus

1. Les États contractants reconnaissent qu'une personne concernée est libre de placer ses avoirs dans un État ou un territoire de son choix.

2. Les agents payeurs du Liechtenstein ne gèrent pas eux-mêmes des structures artificielles ni n'en soutiennent l'utilisation s'ils savent que ces structures ont pour but unique ou principal d'éviter l'imposition d'avoirs selon les dispositions de la présente Convention.

3. Indépendamment du fait que la personne concernée est redevable de l'impôt en vertu du paragraphe 1 de l'article 18, un agent payeur du Liechtenstein ayant agi en contradiction avec le paragraphe 2 est tenu de verser à l'autorité compétente du Liechtenstein un montant équivalent à l'impôt dû en vertu des paragraphes 1 et 2 de l'article 18. L'autorité compétente du Liechtenstein transfère ce montant à l'autorité compétente autrichienne. L'agent payeur du Liechtenstein peut

exercer un recours contre une personne concernée ayant participé à une structure visée au paragraphe 2.

Si la République d'Autriche a perçu l'impôt dû sur les revenus et les gains réalisés sur des avoirs des personnes concernées auprès de la personne concernée et, sur la base de cette disposition, obtenu le montant de l'impôt de l'agent payeur du Liechtenstein, l'autorité compétente autrichienne effectue un remboursement à l'agent payeur du Liechtenstein à hauteur du montant doublement perçu.

4. Le paragraphe 3 n'est applicable que s'il existe des preuves formelles et directes dans le cas d'espèce concret.

5. S'il apparaît que des agents payeurs du Liechtenstein ont fourni, en application de la présente Convention, des déclarations ou des renseignements inexacts au détriment du droit d'imposition de la République d'Autriche, l'autorité compétente autrichienne le communique à l'autorité compétente du Liechtenstein.

PARTIE 4. STRUCTURES PATRIMONIALES NON TRANSPARENTES

Article 33. Prélèvement et montant de l'impôt autrichien sur les recettes des fondations

Dans les cas de déclarations conformément à l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 2 de la loi autrichienne relative à l'impôt sur les recettes des fondations (österreichisches Stiftungseingangssteuergesetz) dans la version contenue dans la loi d'exécution du budget 2012 (Budgetbegleitgesetz), publiée dans le Journal officiel fédéral I (BGBl), no 112/2011, et de fourniture des informations et des documents nécessaires à la détermination conformément à l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article 2, l'impôt sur les recettes provenant des contributions des personnes concernées aux fondations s'élève à 5 %, nonobstant les dispositions du droit interne autrichien, à l'exception des paragraphes 5 et 6 de l'article premier de la loi autrichienne relative à l'impôt sur les recettes des fondations, ou d'autres accords intergouvernementaux. Toutefois, si la structure patrimoniale est imposée au cours de l'année civile concernée conformément à l'article 64 de la loi fiscale du Liechtenstein, l'impôt sur les recettes s'élève à 7,5 %. Les dispositions du paragraphe 3 de l'article 34 s'applique mutatis mutandis.

Article 34. Prélèvement et montant de l'impôt sur les recettes

1. Dans les cas qui ne relèvent pas du champ d'application de l'article 33, les agents payeurs du Liechtenstein au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 prélèvent un impôt équivalent à l'impôt autrichien sur les recettes des fondations (ci-après dénommé « impôt sur les recettes ») sur les contributions des personnes concernées à des structures patrimoniales non transparentes.

2. Le taux de l'impôt sur les recettes s'élève à 7,5 %. Toutefois, si la structure patrimoniale est imposée au cours de l'année civile concernée conformément à l'article 64 de la loi fiscale du Liechtenstein, l'impôt sur les recettes s'élève à 10 %.

3. Lorsqu'une structure patrimoniale pour laquelle l'impôt prévu au paragraphe 2 de l'article 33 a été payé au moment d'une contribution est reconnue comme ayant le statut de structure patrimoniale privée telle que définie à l'article 64 de la loi fiscale du Liechtenstein, le

capital apporté au cours des dix années précédentes est considéré comme ayant été apporté à nouveau. Cette contribution est imposée à 2,5 %.

4. La personne concernée et la structure patrimoniale non transparente bénéficiaire sont conjointement redevables de l'impôt sur les recettes.

5. Dès lors que l'impôt sur les recettes a été perçu, l'impôt autrichien sur les recettes des fondations est considéré comme acquitté.

Article 35. Prélèvement et montant de l'impôt sur les distributions

1. Les agents payeurs du Liechtenstein prélèvent un montant équivalent à l'impôt autrichien sur le revenu autrichien (ci-après dénommé « impôt sur les distributions ») sur les distributions de structures patrimoniales non transparentes aux personnes concernées.

2. La personne concernée et la structure d'actifs non transparente distributrice sont conjointement redevables de l'impôt sur les distributions. Le taux d'imposition est de 25 %. Si les avoirs distribués ont déjà été soumis à l'impôt liechtensteinois en vigueur, l'impôt liechtensteinois est déduit de l'impôt sur les distributions.

3. Dès lors que l'impôt sur les distributions a été perçu, l'impôt autrichien sur les distributions est considéré comme acquitté. Dans le cadre de la procédure de taxation en République d'Autriche, l'impôt sur les distributions est considéré comme un impôt sur les sociétés prélevé en République d'Autriche conformément à l'article 93 de la loi autrichienne relative à l'impôt sur le revenu.

4. Les dispositions des alinéas 8 et 9 du paragraphe 5 de l'article 27 de la loi autrichienne relative à l'impôt sur le revenu ne s'appliquent pas lors de la perception de l'impôt de sur les distributions. Par dérogation, les dispositions de l'alinéa 9 du paragraphe 5 de l'article 27 de la loi autrichienne relative à l'impôt sur le revenu peuvent exceptionnellement s'appliquer lorsque des structures patrimoniales non transparentes sont dissoutes parce que l'objectif de la fondation a été atteint ou n'est plus réalisable ; dans ce cas, seul le capital déterminant tel que défini au paragraphe 6 de l'article 8 peut être déduit des contributions à la structure patrimoniale non transparente qui ont été effectués avant la date d'entrée en vigueur de la Convention.

Article 36. Déclaration volontaire

1. Si la personne concernée autorise expressément un agent payeur du Liechtenstein, au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2, à communiquer à l'autorité autrichienne compétente les contributions versées et/ou les distributions reçues d'une structure patrimoniale non transparente au cours d'une année civile, l'agent payeur présente un rapport au lieu de prélever l'impôt sur les recettes et/ou l'impôt sur les distributions.

2. Le rapport comporte les informations suivantes :

- a) L'identité (nom et date de naissance), l'adresse et le siège sociale de la personne concernée ;
- b) Les numéros autrichiens de l'administration fiscale et d'identification fiscale et/ou le numéro de sécurité sociale autrichien, dans la mesure où ils sont connus ;
- c) Le nom et l'adresse de l'agent payeur du Liechtenstein ;
- d) Le nom et l'adresse de la structure patrimoniale non transparente ;

- e) La forme et la montant de chaque contribution et distribution au cours de l'année fiscale concernée ;
- f) L'année fiscale concernée ;

Article 37. Dispositions administratives

1. Les agents payeurs du Liechtenstein transfèrent les impôts prélevés en vertu de la partie 4 de la présente Convention à l'autorité compétente du Liechtenstein au plus tard quatre mois après la fin de chaque année fiscale du Liechtenstein. La déclaration énumère séparément les bases d'imposition de l'impôt sur les recettes et de l'impôt sur les distributions.

2. L'autorité compétente du Liechtenstein transmet ces impôts au plus tard cinq mois après la fin de l'année fiscale du Liechtenstein, en un versement pour l'impôt sur les recettes et un versement pour l'impôt sur les distributions, à l'autorité compétente autrichienne. L'autorité du Liechtenstein perçoit à ce titre une commission de recouvrement de 0,5 %.

3. Les agents payeurs du Liechtenstein calculent, prélèvent et transfèrent à l'autorité compétente du Liechtenstein les montants de l'impôt sur les recettes et de l'impôt sur les distributions en euros. Si le compte ou le dépôt n'est pas géré dans cette monnaie, l'agent payeur du Liechtenstein se réfère au cours fixe des devises publié par SIX SA à la date correspondante. Le transfert par l'autorité compétente du Liechtenstein à l'autorité compétente autrichienne s'effectue en euros.

4. Dans les cas de déclaration volontaire visés à l'article 36, les agents payeurs du Liechtenstein transmettent les informations fournies en vertu du paragraphe 2 de l'article 36 à l'autorité compétente du Liechtenstein au plus tard cinq mois après la fin de l'année fiscale du Liechtenstein. Cette dernière transmet automatiquement les informations une fois par an, au plus tard huit mois après la fin de l'exercice fiscal du Liechtenstein, à l'autorité autrichienne compétente.

Article 38. Attestation de l'agent payeur du Liechtenstein

1. Chaque année et en cas de changement de l'agent payeur ou de dissolution de la structure patrimoniale, l'agent payeur du Liechtenstein établit à l'intention de la personne concernée une attestation qui mentionne notamment les données visées aux articles 33 à 35. Cette attestation doit être établie selon le modèle prédéfini. La dernière phrase de l'article 15 s'applique mutatis mutandis.

2. La République d'Autriche accepte les attestations délivrées par les agents payeurs du Liechtenstein visées au paragraphe 1 comme attestations à des fins fiscales.

Article 39. Changement d'agent payeur

Si la gestion d'une structure patrimoniale non transparent est transférée d'un agent payeur du Liechtenstein à un autre agent payeur du Liechtenstein, l'agent payeur qui transfère la gestion doit communiquer à celui qui la reçoit toutes les données requises en lien avec les articles 33 à 35 qui sont déterminantes pour la définition de la base de l'imposition.

Article 40.

Les dispositions relatives aux abus énoncées à l'article 32 s'appliquent mutatis mutandis à la partie 4.

PARTIE 5. CONTRÔLE

Article 41. Contrôle

1. L'autorité compétente du Liechtenstein effectue des contrôles auprès des agents payeurs du Liechtenstein. Ces contrôles ont pour objet de vérifier si les agents payeurs du Liechtenstein respectent les obligations découlant de la présente Convention.

2. Elle effectue des contrôles en relation avec la partie 2 de la présente Convention dans un délai de trois ans après l'entrée en vigueur de la présente Convention. Les contrôles sont effectués auprès d'un échantillon représentatif des agents payeurs du Liechtenstein.

3. Les contrôles en relation avec les parties 3 et 4 de la présente Convention sont effectués régulièrement.

4. L'autorité compétente du Liechtenstein informe l'autorité compétente autrichienne, au moyen d'un rapport récapitulatif, des résultats et des principales constatations découlant des contrôles effectués l'année précédente conformément au présent article.

Article 42. Contrôle spécial, en relation avec la partie 2 de la présente Convention, des agents payeurs au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2

1. Le contrôle du respect, par les agents payeurs au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2, des obligations découlant de la partie 2 de la présente Convention est effectué par des personnes juridiquement, économiquement et personnellement indépendantes.

2. L'autorité compétente du Liechtenstein désigne les auditeurs chargés d'effectuer chaque procédure de contrôle. L'auditeur doit être un expert qualifié. Les experts-comptables et les sociétés d'audit agréés par l'Autorité des marchés financiers du Liechtenstein conformément à la loi sur les experts-comptables et les sociétés d'audit au Liechtenstein, ou qui sont membres de la Chambre autrichienne des experts-comptables et des conseillers fiscaux et autorisés à exercer comme qu'experts-comptables au sens de la loi réglementant la profession d'expert-comptable et de conseiller fiscal, peuvent exercer les fonctions d'auditeur. La procédure de désignation des auditeurs doit être conforme à la procédure de désignation des experts-comptables, des conseillers fiscaux et des auditeurs autorisés à effectuer des contrôles conformément à la loi sur les obligations de diligence du Liechtenstein.

3. L'auditeur doit pouvoir accéder sans restriction à toutes les informations qu'il juge nécessaires à la réalisation du contrôle. Il traite de manière confidentielle toutes les constatations faites au cours du contrôle.

4. Le contrôle visé au paragraphe 1 des agents payeurs au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2 est effectué au plus tôt un an après l'entrée en vigueur de la Convention et au plus tard quatre ans après l'entrée en vigueur de la Convention.

5. L'auditeur soumet à l'autorité compétente du Liechtenstein un rapport d'audit qui contient les informations suivantes :

- a) Le nom du représentant qui fait l'objet d'un contrôle ;
- b) Le degré de respect des obligations démontré de manière statistiquement significative.

6. L'autorité compétente du Liechtenstein recueille les rapports d'audit, établit des statistiques et rédige un rapport récapitulatif annuel anonymisé qui est transmis à l'autorité compétente autrichienne.

7. L'autorité compétente du Liechtenstein signale les irrégularités graves ou répétées à l'autorité de surveillance ou disciplinaire compétente.

Article 43. Contrôle spécial, en relation avec la partie 4 de la présente Convention, des agents payeurs au sens du sous-alinéa ii) de l'alinéa e) du paragraphe 1 de l'article 2

1. L'autorité compétente du Liechtenstein communique, de manière anonymisé, le nombre de structures patrimoniales non transparentes du Liechtenstein à l'autorité compétente autrichienne six mois après la fin de chaque année civile.

2. Un comité d'audit au sens de l'article 44 de la présente Convention effectue un audit conjoint de dix à vingt cas par année civile des structures patrimoniales non transparentes du Liechtenstein visées au paragraphe 1 afin de déterminer si elles remplissent les critères énoncés à l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article 2 de la présente Convention et si elles ont payé les impôts dus pour les cinq années précédentes en vertu de la partie 4 de la présente Convention. Les structures patrimoniales à auditer sont choisies de manière aléatoire et sont considérées comme faisant l'objet d'une procédure judiciaire au sens de l'alinéa a) du paragraphe 3 de l'article 29 de la loi autrichienne sur les délits financiers. Le comité mixte visé à l'article 49 peut adapter le nombre de cas à examiner selon les besoins.

3. L'autorité du Liechtenstein transmet au comité d'audit toutes les informations, preuves et documents que l'autorité du Liechtenstein ou le comité d'audit considèrent comme potentiellement utiles pour prendre une décision. L'autorité du Liechtenstein doit donner suite à toute demande du comité d'audit de fournir des informations, des preuves ou des documents. Toute information reçue par le comité d'audit au cours de la procédure d'audit est tenue secrète et ne peut être utilisée par le comité d'audit qu'aux fins de la procédure d'audit.

4. Le comité d'audit prend une décision sur les cas à examiner dans un délai de six mois, et au plus tard dans les douze mois, à compter de la réception des informations conformément au paragraphe 3 et communique sa décision de manière anonyme aux autorités compétentes. Si le comité d'audit constate qu'une structure patrimoniale n'est pas une structure patrimoniale non transparente et que l'impôt dû en vertu de la partie 4 de la présente Convention n'a pas été payé, l'autorité compétente du Liechtenstein transmet les informations visées au paragraphe 3 à l'autorité compétente autrichienne en appliquant par analogie les instruments de protection juridique prévus dans la procédure d'assistance administrative du Liechtenstein.

5. Toutes les procédures menées par le comité d'audit sont confidentielles et se déroulent au Liechtenstein.

Article 44. Comité d'audit chargé d'effectuer le contrôle prévu à l'article 43

1. À l'entrée en vigueur de la présente Convention, les États contractants désignent les membres du comité indépendant chargés de l'exécution de l'audit conjoint. Les membres du comité issus d'un État contractant doivent être des personnes indépendantes qui remplissent les conditions requises pour l'exercice de fonctions judiciaires dans leur pays, ou des experts fiscaux dont la compétence est généralement reconnue. Les États contractants peuvent, dans des cas justifiés, s'opposer à la nomination d'un membre du comité par l'autre État contractant.

2. Le comité d'audit est composé de cinq membres (deux membres issus de chaque État contractant et un président) et est créé lors de l'entrée en vigueur de la Convention. Les membres élisent le président. La présidence alterne chaque année entre les États contractants. Le nombre des membres du comité mixte visé à l'article 48 peut, le cas échéant, être réduit.

3. Les coûts de la procédure menée par le comité d'audit sont répartis à parts égales entre les États contractants participants.

PARTIE 6. DISPOSITIONS FINALES

Article 45. Mesures de réciprocité de la part de la République d'Autriche

En vue de garantir l'imposition des gains en capital réalisés par des résidents du Liechtenstein auprès d'agents payeurs établis en République d'Autriche, le Liechtenstein peut demander à la République d'Autriche d'introduire des mesures correspondantes dans le cadre de la réciprocité fondamentale de la présente Convention. Ces mesures doivent être similaires à celles qui sont adoptées par la République d'Autriche à l'égard d'autres États. Les modalités de mise en œuvre feront l'objet d'un accord entre les États contractants.

Article 46. Utilisation de renseignements

1. Tout renseignement obtenu par un État contractant dans le cadre de la mise en œuvre de la présente Convention est tenu secret de la même manière que les renseignements obtenus en application du droit interne de cet État et ne peut être communiqué qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et organes administratifs) concernées par l'établissement ou le recouvrement des impôts couverts par la Convention, par les procédures ou poursuites concernant ces impôts ou par les décisions sur les recours relatifs à ces impôts. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent révéler ces renseignements au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements.

2. Les renseignements reçus par un État contractant dans le cadre de la mise en œuvre de la présente Convention, peuvent être utilisés à d'autres fins lorsque cette possibilité résulte des lois des deux États contractants et lorsque l'autorité compétente de l'État contractant qui fournit les renseignements autorise cette utilisation.

3. Les restrictions d'utilisation prévues par le présent article ne s'appliquent pas en cas de déclaration volontaire conformément aux articles 10 et 21.

Article 47. Mise en œuvre de la présente Convention

Les États contractants prennent les mesures nécessaires pour la mise en œuvre de la présente Convention et prévoient notamment des dispositions relatives aux procédures et à la responsabilité ainsi que des dispositions pénales.

Article 48. Consultation

1. Les autorités compétentes se consultent et s'efforcent de régler d'un commun accord les difficultés auxquelles pourraient donner lieu l'interprétation ou l'application de la présente Convention. Si elles ne parviennent pas à trouver une solution, elles soumettent l'affaire au comité mixte.

2. L'autorité compétente autrichienne informe l'autorité compétente du Liechtenstein de toute modification du droit autrichien en matière d'imposition des revenus et des gains couverts par la présente Convention.

3. Les autorités compétentes s'informent mutuellement des développements susceptibles d'avoir une incidence sur le bon fonctionnement de la présente Convention. Toute information relative à des accords conclus entre un État contractant et un État tiers, notamment ceux qui concernent l'application des alinéas f) et g) de l'article 2 et l'article 20, doit également être transmise.

Article 49. Comité mixte

1. À l'entrée en vigueur de la présente Convention, les États contractants créent un comité mixte, composé d'un nombre égal de représentants des deux États contractants.

2. Le comité mixte fixe la forme et le contenu des attestations prévues par la présente Convention.

3. En sus des tâches qui lui sont attribuées dans d'autres dispositions de la présente Convention, le comité mixte exerce les fonctions suivantes :

- a) Vérifier le bon fonctionnement de la présente Convention ;
- b) Analyser les développements pertinents ;
- c) Émettre des recommandations à l'intention des États contractants pour la modification ou la révision de la présente Convention.

Article 50. Circonstances extraordinaires

Si des perturbations exceptionnelles sur les marchés financiers compromettent la mise en œuvre de la présente Convention, les États contractants se consultent mutuellement et prennent ensemble des mesures appropriées.

Article 51. Annexe

L'annexe I fait partie intégrante de la présente Convention.

Article 52. Entrée en vigueur

1. Les États contractants se notifient mutuellement par la voie diplomatique l'accomplissement des procédures nécessaires selon leur droit interne pour l'entrée en vigueur de la présente Convention. La Convention entre en vigueur le 1^{er} janvier de l'année civile suivant la date de réception de la dernière de ces notifications.

2. Les paiements, contributions et distributions effectués après l'entrée en vigueur de la présente Convention sont couverts par les parties 3 et 4 de la présente Convention.

Article 53. Dénonciation et abrogation

1. La présente Convention reste en vigueur tant qu'elle n'a pas été dénoncée par un État contractant.

2. Chaque État contractant peut dénoncer la présente Convention pour la fin d'une année civile par une notification adressée à l'autre État contractant avec un préavis de deux ans.

3. Si un État contractant compromet gravement les effets de la présente Convention, l'autre État contractant peut dénoncer la présente Convention par une notification adressée avec un préavis de six mois. Avant d'adresser la notification, il avertit le comité mixte et lui fournit des preuves relatives à l'atteinte à la présente Convention par l'autre État contractant.

4. Le paragraphe 3 s'applique mutatis mutandis si une modification des taux d'imposition telle que définie au paragraphe 2 de l'article 19 n'est pas reprise.

5. En cas de dénonciation de la présente Convention :

- a) Les droits des personnes concernées au titre de l'article 22 ne sont pas affectés ;
- b) Le Liechtenstein établit un décompte final à la fin de la période d'applicabilité de la présente Convention et effectue un paiement pour solde de tout compte à la République d'Autriche.

FAIT à Vaduz le 29 janvier 2013, en deux exemplaires en langue allemande.

Pour la République d'Autriche :

MARIA FEKTER, M.P.

Pour la Principauté du Liechtenstein :

KLAUS TSCHÜTSCHER, M.P.

ANNEXE I

Calcul du montant du paiement unique

$$P = \max \left\{ t \cdot \left[\frac{2}{3} \cdot \left(C_d - \frac{n}{8} \cdot C \right) + \frac{1}{3} \left(\frac{n}{10} \cdot C_d + \frac{2}{10} \cdot \left(\frac{C_9' + C_{10}'}{2} \right) \right) \right] \right\}$$

(« formule de base »)

où

$$C_9' = C_d + C_d \cdot r$$

$$C_{10}' = C_d + C_d \cdot 2 \cdot r$$

$$C_d = \begin{cases} C_8 & , \text{if } C_{10} < C_8 \\ C_{10} & , \text{if } C_8 \leq C_{10} \end{cases}$$

$$cf = \frac{T}{C_d}$$

Pour éviter les impôts négatifs, si

$C_d - \frac{n}{8} \cdot C < 0$, cette valeur est fixée à zéro.

Le paiement unique augmenté P' est calculé comme suit :

Si $cf \geq 0,30$ (c.-à-d. 30 %), et :

Si 2 millions $\leq C_d < 4$ millions, cf' est égale à 0,32

Si 4 millions $\leq C_d < 6$ millions cf' est égale à 0,34

Si 6 millions $\leq C_d < 8$ millions, cf' est égale à 0,36

Si 8 millions $\leq C_d$, cf' est égale 0,38

Dans ce cas, $P' = cf' \cdot C_d$

L'article 8 prévoit que le paiement unique est calculé en euros. Par conséquent, tous les montants indiqués dans cette annexe sont en euros.

P Paiement unique

P' Paiement unique augmenté

t Taux d'imposition (30 %)

cf Charge fiscale

cf' Charge fiscale augmentée

Cd Capital déterminant

n Nombre d'années de la relation bancaire avant le 31 décembre 2011, $0 \leq n \leq 8$

C Montant du capital à la fin de l'année d'ouverture de la relation bancaire. Pour les relations bancaires ouvertes avant le 1er janvier 2004, le montant du capital au 31 décembre 2003 est déterminant.

i Année i , $1 \leq i \leq 10$, l'année 1 débutant le 1er janvier 2004

C_i Montant du capital à la fin de l'année i

C_8 Montant du capital à la fin de la 8ème année (31 décembre 2011)

C_{10} Montant du capital à la fin de la 10ème année (31 décembre 2013)

C_9' , C_{10}' Capital fictif à la fin de la 9ème année (31 décembre 2012) ou de la 10ème (31 décembre 2013)

r Rendement (3 % par an)

t_{min} Taux d'imposition minimum (15 %)

ACTE FINAL DE LA CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA
PRINCIPAUTÉ DU LIECHTENSTEIN SUR LA COOPÉRATION DANS LE DOMAINE
DE LA FISCALITÉ

Les plénipotentiaires ont adopté les déclarations suivantes, qui sont annexées au présent Acte final :

1. Déclaration commune des États contractants relative aux autres accords en matière d'imposition à la source
2. Déclaration commune des États contractants relative à la mise en œuvre de la partie 3 de la présente Convention
3. Déclaration commune des États contractants relative à la prise de mesures réciproques par la République d'Autriche
4. Déclaration commune des États contractants relative à l'effet de la déclaration volontaire au titre de l'article 11 de la présente Convention
5. Déclaration commune des États contractants relative au traitement des trusts
6. Déclaration de la Principauté du Lichtenstein relative à la mise en œuvre de la partie 2 de la présente Convention
7. Déclaration de la Principauté du Lichtenstein relative au paragraphe 4 de l'article 35
8. Déclaration de la République d'Autriche relative à l'acquisition de données dérobées concernant des clients d'intermédiaires financiers du Lichtenstein

SIGNÉ à Vaduz le 29 janvier 2013, en deux exemplaires en langue allemande.

Pour la République d'Autriche :

MARIA FEKTER, M.P.

Pour la Principauté du Liechtenstein :

KLAUS TSCHÜTSCHER, M.P.

Déclaration commune des États contractants relative aux autres accords en matière d'imposition à la source

Les États contractants déclarent que lorsque d'autres accords de coopération dans le domaine de la fiscalité seront conclus avec d'autres États, les avoirs couverts par la Convention entre la République d'Autriche et la Principauté de Liechtenstein sur la coopération dans le domaine de la fiscalité seront exclus du champ d'application de ces autres accords. Les principes de la Convention entre la République d'Autriche et la Principauté de Liechtenstein sur la coopération dans le domaine de la fiscalité ne sont pas remis en cause par ces autres accords.

Déclaration commune des États contractants relative à la mise en œuvre de la partie 3 de la présente Convention

Les États contractants déclarent qu'ils conviendront, dans les meilleurs délais après la signature de Convention entre la République d'Autriche et la Principauté de Liechtenstein sur la coopération dans le domaine de la fiscalité, d'un tableau de concordance visant à soutenir la mise en œuvre de la présente Convention. En outre, ils déclarent que les agents payeurs du Liechtenstein qui rencontreraient des difficultés considérables lors de l'application du tableau de concordance au cours de la première année suivant l'entrée en vigueur de la présente Convention, pourront recourir à bon droit, jusqu'au 31 décembre 2014, au tableau de concordance austro-suisse en lieu et place du tableau de concordance austro-liechtensteinois (cf. annexe II de l'Accord entre la Confédération suisse et la République d'Autriche concernant la coopération en matière de fiscalité et de marchés financiers du 13 avril 2012). Il en va de même pour la détermination de la base d'imposition applicable aux gains en capital, notamment pour la prise en compte du prix d'acquisition conformément au paragraphe 1 de l'article 23, et des dépenses ayant un rapport matériel direct avec la cession, ainsi que pour l'imposition de gains en capital thésaurisés conformément à l'alinéa b) de l'article 27. À partir du 1er janvier 2015, tous les agents payeurs du Liechtenstein devront appliquer le tableau de concordance austro-liechtensteinois

Déclaration commune des États contractants relative à la prise de mesures réciproques par la République d'Autriche

Les États contractants déclarent qu'au moment de la signature de la Convention entre la République d'Autriche et la Principauté de Liechtenstein sur la coopération dans le domaine de la fiscalité, l'expression « prise de mesures réciproques par la République d'Autriche » désigne les mesures que la République d'Autriche applique en vertu de la directive 2003/48/CE du 3 juin 2003 du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l'épargne envers des États tiers.

Déclaration commune des États contractants relative à l'effet de la déclaration volontaire au titre de l'article 11 de la présente Convention

Les États contractants déclarent que :

1. L'effet de la déclaration volontaire, qui correspond à une dénonciation spontanée, convenu à l'article 11 de la Convention entre la République d'Autriche et la Principauté de Liechtenstein sur la coopération dans le domaine de la fiscalité répond aux conditions énoncées au paragraphe 2 de l'article 29 de la loi autrichienne sur les délits financiers si les faits significatifs pour la détection de la fraude fiscale ont été intégralement déclarés, et que

2. Le délai fixé par le paragraphe 2 de l'article 29 de la loi autrichienne sur les délits financiers pour l'acquittement des montants dus ne commence à courir qu'à partir du moment où l'autorité compétente autrichienne communique cette dette.

Déclaration des États contractants relative au traitement des trusts

Les États contractants déclarent que les trusts gérés au Liechtenstein, qu'ils aient ou non la personnalité juridique, entrent dans le champ d'application de la Convention dans la mesure où la relation qu'ils entretiennent avec l'Autriche est celle généralement requise pour l'application de la Convention. Les trusts qui ne possèdent pas la personnalité juridique sont traités de la même manière que les structures transparentes dans le cadre de la Convention et la partie 3 s'applique donc à tous les avoirs gérés au sens de la Convention.

Déclaration de la Principauté du Liechtenstein relative à la mise en œuvre de la partie 2 de la présente Convention

À l'occasion de la signature de la Convention entre la République d'Autriche et la Principauté de Liechtenstein sur la coopération dans le domaine de la fiscalité, le Gouvernement de la Principauté du Liechtenstein déclare qu'il s'attend à ce que la plus grande partie des paiements uniques pourront être versés à la République d'Autriche au cours de l'année 2014 en vertu de la réglementation figurant dans la partie 2 de la présente Convention. Il soutiendra le développement attendu d'une manière appropriée avec des ressources adéquates.

Déclaration de la Principauté du Liechtenstein relative au paragraphe 4 de l'article 35

Le Gouvernement de la Principauté du Liechtenstein déclare que la réalisation ou l'impossibilité de réaliser l'objet d'une fondation et la dissolution de celle-ci qui en résulte ne peuvent se produire légalement qu'en conformité avec le paragraphe 39 de l'article 552 de la loi du Liechtenstein sur les personnes et les sociétés. Pour cette raison, une évaluation individuelle des circonstances est nécessaire dans chaque cas pour déterminer si le but de la fondation a été atteint ou n'est plus réalisable.

Déclaration de la République d'Autriche relative à l'acquisition de données dérobées concernant des clients d'intermédiaires financiers du Liechtenstein

À l'occasion de la signature de la Convention entre la République d'Autriche et la Principauté de Liechtenstein sur la coopération dans le domaine de la fiscalité, le Gouvernement de la République d'Autriche déclare que les autorités financières autrichiennes ne chercheront pas activement à acquérir des données dérobées auprès d'intermédiaires financiers au Liechtenstein concernant les clients de ces derniers.